

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Meine Dame und meine Herren!

Nicht nur Regierungserklärungen, Bundestagsbeschlüsse, Appelle und weitgestreute Diskussionen in der Bundesrepublik, sondern Ungewißheit und Spannungen in vielen Staaten unterstreichen insbesondere im Vollzug der zweiten industriellen Revolution die Bedeutung der so sachlichen Frage, die heute abend in unserem internationalen Kreise behandelt werden soll.

Ich danke Ihnen recht herzlich dafür, daß Sie die Mühen der Reise auf sich genommen haben. Ganz besonderen Dank schulde ich dem heutigen Referenten, Herrn Professor Pütz, und Herrn Professor Bombach, der die Diskussion steuern wird.

Das Preis-Lohn-Problem betrifft jeden von uns, Arbeitgeber ebenso wie Sprecher der Arbeitnehmer und vor allem die Wirtschaftswissenschaftler, die seit langer Zeit optimale Lösungen anstreben. Sie alle versuchen, die Rangfolge der Alternativen unter Berücksichtigung der Nebenwirkungen zu bestimmen. Hierbei muß man sich unter Umständen auch mit konzeptionsfremden Gedanken befassen. Damit meine ich den großen Bogen, der sich von Absprachen innerhalb einzelner Interessengruppen über Landesabsprachen oder auch über staatliche Interventionen hinauf bis zur Zentralverwaltungswirtschaft spannt.

Die Diskussionen der letzten Zeit haben aus mangelndem Sachverstand oder aus fehlender Bereitwilligkeit, die Wirtschaft und daher auch die Wirtschaftspolitik aus den ihnen eigenen Prämissen zu sehen, geradezu Schreckgespenster heraufbeschworen, die in diesem Ausmaß schlecht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Aus diesem Grunde bin ich dankbar dafür, daß in diesem Kreis von Wissenschaftlern und Praktikern ein sachlicher Erfahrungsaustausch stattfinden kann, wobei jeder von uns sachspezifisch, und das heißt auch ohne Vorbehalt, sprechen und argumentieren kann. Ich weiß, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, daß also auch Wirtschaftspolitik die Kunst ist, das Mögliche zu erreichen.

Das Bestmögliche anzusteuern ist unsere Aufgabe bei der Behandlung des heutigen Themas. Es liegt ohne Zweifel im Interesse aller, wenn unser heutiges internationales Forum einen umsetzbaren Beitrag zur Klärung und Lösung dieses Problems leisten könnte. Sie werden verstehen, daß ich als Unternehmer mir über Jahre hin meine eigene Vorstellung gebildet und danach gehandelt habe, weil ich ja handeln muß. Aber es ist ein Gebot der Höflichkeit, mich in dieser einleitenden Begrüßung mit meiner eigenen Meinung zurückzuhalten und den in diesem Fragenkreis informierten Gesprächskreisteilnehmern das Wort zu erteilen, weshalb ich Sie, sehr verehrter Herr Professor Pütz, bitte, mit Ihrem Referat zu beginnen.

## Pütz

Meine Dame, meine Herren! Der amerikanische Nationalökonom Samuelson ist der Meinung, daß die Preis-Lohn-Frage das größte ungelöst wirtschaftliche Problem unserer Zeit sei. Ob es das größte ist, weiß ich nicht; auf jeden Fall sind wir alle überzeugt, daß es ein zentrales Problem und offensichtlich ein spezifisch unserer Zeit zugehöriges, ungelöstes Problem ist. Worin besteht es und warum ist es so aktuell?

Wenn wir zunächst nicht von der wissenschaftlichen Literatur, sondern von der Wirklichkeit ausgehen, gewinnen wir den Eindruck, daß auf Lohnerhöhungen nicht selten Preissteigerungen folgen und daß die Unternehmer nicht selten in der Lage sind, diese Lohnerhöhungen ohne Absatz- oder Gewinneinbußen an die Käufer weiterzugeben. Nun sind Preissteigerungen bekanntlich häufig ein Argument für Lohnforderungen. Daher neigen bei Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt die beiden Partner dazu, sich gegenseitig die Schuld an der Preis-Lohn-Spirale zuzuschreiben.

Aktuell ist das Preis-Lohn-Problem deshalb, weil sich in manchen Ländern in jüngerer Zeit, seit 1961 etwa, die schleichende Inflation beunruhigend beschleunigt hat. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland, für Großbritannien, für Österreich, aber auch für die Schweiz, die wir für unverletzbar oder weitgehend unverletzbar hielten. Ich weiß nicht, ob wir in Österreich den Vogel abschießen, denn im abgelaufenen Jahr ist der Lebenshaltungsindex über 6% gestiegen.

Ich möchte nun dieses auf keine einzelne Nation beschränkte Problem in einen Gesamtzusammenhang stellen, aus dem heraus es sich verstehen und wirtschaftspolitisch beurteilen läßt. Das Problem der Wechselwirkungen zwischen Preis- und Lohnentwicklung muß doch als Teil des Problems der schleichenden Inflation, und diese selbst wieder als Teilerscheinung der Gesamtentwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gesehen werden. Wir sollten uns daher einige Grundzüge der heutigen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsentwicklung in den westlichen Ländern ins Gedächtnis rufen.

Wir können erstens zunächst sagen, daß in den uns hier interessierenden westlichen Ländern prinzipiell freie Marktwirtschaft besteht. Nicht nur die Marktpreisbildung ist grundsätzlich frei, sondern auch die Lohnbildung auf der Basis von Tarifverträgen, die durch autonome Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgeschlossen werden. Diese Marktwirtschaft hat, wie wir wissen, Enklaven mit verwaltungswirtschaftlich gebundener Preisbildung, besonders im Agrarbereich, aber auch in den Bereichen der öffentlichen Versorgungswirtschaft.

Die dominierende Marktform - zweitens - ist gewiß nicht die vollständige Konkurrenz. In wichtigen Wirtschaftszweigen spielt monopolistische und oligopolistische Preisbildung eine bedeutende Rolle.

Was ich - drittens - für sehr wesentlich halte, ist die Tatsache, daß die Tariflöhne nach unten praktisch starr sind. Auch die Flexibilität der Preise nach unten hat wesentlich, gegenüber früher, abgenommen. Die Produzenten passen sich Nachfragerückgängen eher durch Produktionseinschränkungen und unter Umständen durch Produktionsumstellungen an als durch Preissenkung, zumindest auf kürzere und mittlere Frist.

Schließlich müssen wir bewußt halten, daß die moderne Gesellschaft in Interessenverbänden organisiert ist, die einen zunehmenden Einfluß auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik haben.

Nun unterscheidet sich die wirtschaftliche Entwicklung seit dem letzten Krieg wesentlich von der Entwicklung früherer Zeiten. Die uns allen geläufigen Hauptkennzeichen sind das relativ schnelle Wachstum des Sozialproduktes und des Pro-Kopf-Einkommens sowie ein durchweg hoher Beschäftigungsstand. Die Konjunkturrückschläge, die wir in bestimmten Gebieten der Wirtschaft erlebten, haben die Form milder Rezessionen, von denen zwar die Investitionen und die Produktion beeinträchtigt werden, während Verbraucherpreise und Lohnniveau kaum reagieren. Im Ganzen gesehen ist das eine sehr günstige Entwicklung, für die wir mit dem bekannten Preis, eben der schleichenden Inflation, zahlen müssen. Die gleichzeitige Verwirklichung von raschem Wachstum, Vollbeschäftigung, stabilem Geldwert und Tarifautonomie der Sozialpartner scheint theoretisch nicht undenkbar; sie ist aber praktisch ebenso schwierig wie die Quadratur des Kreises.

Das zentrale Problem unseres heutigen Gesprächs ist nun die Frage, wieweit schleichende Inflation bzw. die Preis-Lohn-Spirale durch die Autonomie der Sozialpartner bedingt ist. Anders gesagt: Ist die Autonomie der Sozialpartner vereinbar mit einer Wirtschaftspolitik, die schnelles Wachstum, Vollbeschäftigung und stabilen Geldwert zu realisieren versucht?

Gleich zu Beginn der nun folgenden kurzen Analyse möchte ich betonen, daß es mir nach allen bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen falsch erscheint, in sogenannten übermäßigen Lohnsteigerungen die Hauptursache der schleichenden Inflation zu sehen. Die Inflationsursachen sind äußerst komplex. Deshalb hängt das Preis-Lohn-Problem und seine Bewältigung nur zum Teil mit der Tarifautonomie der Sozialpartner zusammen.

Die schleichende Inflation, die wir in allen Ländern finden, ist jeweils durch verschieden gelagerte Ursachenkomplexe, sei es durch expansive und defizitäre Budgetentwicklung oder durch die Lohnentwicklung, bedingt. Soweit aber die Budget- und Lohnentwicklung an diesem Prozeß der schleichenden Inflation Anteil haben, wissen wir doch, daß sie nur dann inflatorisch wirken können, wenn der Einkommensstrom entsprechend verbreitert wird, oder anders gesagt, wenn das Geld- und Kreditvolumen entsprechend ausgeweitet wird. Das ist die Bedingung.

Dazu kommt, daß längerfristig aktive Zahlungsbilanzen sowie hohe Investitions- und Konsumneigung zusätzliche Kausalfaktoren der schleichenden Inflation sein können. Von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft ist die Konstellation dieser Faktoren und insbesondere die jeweils dominierende Ursache verschieden. Obwohl sich in einigen Fällen die dominierende Ursache etwas deutlicher erkennen läßt, stößt eine Analyse, welche die langfristige Preisniveausteigerung den verschiedenen zusammenwirkenden Ursachen quantitativ zurechnen wollte, auf schlechthin unüberwindliche Schwierigkeiten. Deshalb sollte man besonders vorsichtig sein bei dem Versuch, diesen oder jenen Anteil zu bestimmen. Zudem kann die schleichende Inflation nicht allein aus den hier kurz angedeuteten Zusammenhängen erklärt werden. Wesentlich für das tiefere Verständnis dieses Prozesses der Geldentwertung ist auch das Wissen um die Bedeutung, die die Interessenverbände für die Marktpreis- und Lohnbildung ebenso wie für die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik bekommen haben.

Die Interessenverbände haben einen von Land zu Land gewiß verschiedenen, aber heute durchweg schon bedeutenden Einfluß auf die Budget-, Agrar- und Außenhandelspolitik. Dieser Einfluß hat in den meisten Staaten tendenziell zu einer Budgetexpansion und nicht selten auch zu einer Budgetdefizitentwicklung geführt, die inflatorische Wirkungen hatte. Diese Entwicklung sucht man aber mit der sogenannten unabdingbaren Notwendigkeit der Vollbeschäftigung und des Ausbaues der "Sozialen Sicherheit" zu rechtfertigen. Dazu kommen noch die expansiven Effekte der Verteidigungspolitik und die zu einem "noli me tangere" gewordenen Einkommensparitätsforderungen der Landwirtschaft, welche die Preisflexibilität nach unten sehr verringert und nicht selten zu Erhöhungen wichtiger Preisgruppen über das marktwirtschaftliche Gleichgewichtsniveau hinaus geführt haben. All das muß zum großen Teil auch als Auswirkung des Einflusses der Verbände auf die ihnen nahestehenden politischen Parteien betrachtet werden.

Wenn wir nun zu der spezielleren Frage nach der Preis-Lohn-Spirale zurückkehren, so möchte ich vor allem feststellen, daß Lohnforderungen auch stärkerer Gewerkschaften nicht an sich schon zu allgemeinen Preissteigerungen führen müssen. Steigerungen des allgemeinen Lohnniveaus, die inflatorisch wirken, lassen sich nur durchsetzen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Die erste ist eine expansive Entwicklung der Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern, eine Expansion, die die Unternehmer eben erwarten läßt, daß sie höhere Löhne ohne Absatzrückgang in höheren Preisen fortwälzen können. Die wichtigste Voraussetzung der Lohninflation ist also ein Zustand hoher Kapazitätsausnutzung mit Mangel an Arbeitskräften.

Die zweite Voraussetzung ist eine nachgiebige Geld und Kreditpolitik, um die zur inflatorischen Erweiterung des Einkommensstromes erforderlichen Geld und Kreditexpansionen durchführen zu können.

Die erste Voraussetzung der allgemeinen Nachfragesteigerung wurde bisher im wesentlichen durch expansive und defizitäre Budgetpolitik geschaffen und - wie in der Bundesrepublik und neuerdings besonders in Österreich - durch aktive Zahlungsbilanzentwicklung. Die zweite Voraussetzung, nämlich Nachgiebigkeit der Geldpolitik, war bisher weitgehend dadurch bedingt, daß man von einer restriktiven, anti-inflationistischen Währungspolitik eine Gefährdung der Vollbeschäftigung befürchtete.

So möchte ich folgern, daß sogenannte "überhöhte" Lohnforderungen nicht einfach die Ursache der schleichenden Inflation sind, sondern daß sie unter Umständen die inflatorische Wirkung expansiver und defizitärer Budgets und aktiver Zahlungsbilanzen verstärken können. Pointiert und zugespitzt und mit einem gehörigen Körnchen Salz läßt sich sagen: nicht starke Gewerkschaften und Unternehmer verursachen Preis-Lohn-Steigerungen, sondern die Inflation macht die Gewerkschaften stark und die Unternehmer bei Lohnverhandlungen nachgiebig.

Nun muß allerdings festgestellt werden, daß die eben genannten Voraussetzungen auf den Gebieten der Budget- und Währungspolitik weitgehend von den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden mitgeschaffen werden. Sie schaffen sich selber die Bedingungen, die dann am Arbeitsmarkt zu dieser Entwicklung führen, indem sie unmittelbar oder über die ihnen nahestehenden politischen Parteien einen Einfluß nehmen auf die staatliche Budget- und Beschäftigungspolitik im Sinne expansiver oder zumindest nicht restriktiver Ausgabengestaltung. So gesehen, liegt die Verantwortung der Sozialpartner für die Entwicklung des allgemeinen Lohn- und Preisniveaus eher auf dem Gebiet der staatlichen Wirtschaftspolitik - soweit sie darauf Einfluß nimmt - als unmittelbar auf dem der Arbeitsmarktpolitik. Dies gilt eindeutig in Österreich.

Um nun das spezielle Problem der Tarifautonomie der Sozialpartner im Hinblick auf die Preis-Lohn-Frage näher zu beleuchten, darf ich kurz die gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Bedeutung der Tarifautonomie herausarbeiten.

Der Gedanke des Rechts auf freie Vereinigung wirtschaftlich Gleichinteressierter, insbesondere der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also die Idee der Koalitionsfreiheit, hat sich Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt, aber erst nach dem ersten Weltkrieg voll entfaltet. Das auf dem Gedanken der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie aufbauende Kollektivvertragsrecht besteht erst seit 1918. Nach diesem Recht verzichtet der Staat grundsätzlich auf Eingriffe in die Lohnbildung bzw. auf Erlass von verbindlichen Tarifordnungen und verleiht den autonom abgeschlossenen Kollektivverträgen den normativen Charakter der Unabdingbarkeit und Allgemeinverbindlichkeit.

Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie sind sowohl in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation als auch in der "Erklärung der Menschenrechte" durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verankert. In der "Erklärung der Menschenrechte" heißt es: "Außer im Falle des Krieges oder eines anderen öffentlichen, das Leben der Nation bedrohenden Notstandes, werden die Koalitionen nur denjenigen gesetzlichen Einschränkungen unterworfen, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der inneren und äußeren Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verbrechensverhütung, zum Schutze der Gesundheit und Moral oder zum Schutze der Rechte und Freiheit anderer notwendig sind."

Diese Deklaration sieht also keinerlei Beschränkungen der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie aus etwa wirtschaftspolitischen Erwägungen vor.

Ohne im Rahmen dieses Referates eine nähere Begründung geben zu können, möchte ich sagen, daß Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie der Sozialpartner doch wohl wesensgemäß zu einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gehören und daß sie auch gewiß dem Konzept einer sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich konform sind. Die Tarifautonomie entspricht insbesondere auch dem Ordnungsprinzip der Subsidiarität.

Aus dem gleichen Sinnzusammenhang heraus läßt sich sagen, daß die freiheitliche Gewerkschaft und die Tarifautonomie der Sozialpartner, historisch gesehen, mit dem System der freien Marktwirtschaft steht und fällt. Goetz Briefs sagte einmal sehr prägnant: "Freie Unternehmerwirtschaft und freie Gewerkschaft sind siamesische Zwillinge". Daran ist etwas sehr Richtiges.

Seit nun die Staaten zu Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem ersten Weltkrieg die Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie gewährten, haben sich hinsichtlich der Stellung und Macht der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt und im Verhältnis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zum Staat tiefgehende Wandlungen vollzogen. Ursprünglich waren die Gewerkschaften reine Arbeitsmarktorganisationen ohne zentrale Dachorganisation. Die einzelne Gewerkschaft verhandelte isoliert für sich mit dem betreffenden Arbeitgeber bzw. Arbeitgeber-Verband. Zudem war der gewerkschaftliche Organisationsgrad bis zum ersten Weltkrieg so gering, daß die Gewerkschaften zwar hier und da einen gewissen Einfluß auf den Normlohn einzelner Teilarbeitsmärkte ausüben konnten, aber gewiß keinen Einfluß auf das allgemeine Lohnniveau.

Das hat sich in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert. Im Gewerkschaftswesen vollzog sich ein Konzentrations- und Zentralisationsprozeß von bedeutendem Ausmaß. Dadurch wurde die Macht der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt so groß, daß sie bei günstiger allgemeiner Konjunkturlage das gesamte nominale Lohnniveau beachtlich beeinflussen können. Damit wurden nun die Arbeitsmarktparteien mitverantwortlich für die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus bzw. Geldwertes.

Wichtiger aber noch als die bedeutende Steigerung der Gewerkschaftsmacht nach innen und nach außen ist der erst seit dem zweiten Weltkrieg bedeutsam gewordene Einfluß der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und der zahlreichen anderen Interessenverbände auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dieser Einfluß hat sich vor allem zugunsten der Vollbeschäftigungspolitik, der

Steigerung der Sozialausgaben und der Subventionen verschiedenster Art ausgewirkt. Diese Entwicklung hatte aber gerade jene allgemeine Nachfragesteigerung zur Folge, welche die Durchsetzung inflationistisch wirkender Lohnsteigerungen bei Tarifverhandlungen erst ermöglichte. Damit werden die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie zu einem spezifischen Problem. Hochkonjunktur und Mangel an Arbeitskräften machen hohe Ist-Löhne zu Schrittmachern der Tariflohnentwicklung.

Hohe Lohnzahlungen jener Unternehmungen, bei denen die Lohnkosten nicht sehr stark ins Gewicht fallen, werden zu Schrittmachern des allgemeinen Lohnniveaus. In solchen Situationen gibt der Unternehmer bei Lohnforderungen nach, sofern er eben annimmt, daß er höhere Lohnkosten in höheren Preisen weitergeben kann. Nicht selten sehen wir, daß Unternehmer auf Gewinnanteile verzichten, weil sie keine Arbeitskräfte verlieren wollen. Das Wort vom "Horten der Arbeitskräfte" ist allgemein bekannt.

Es liegt auch nahe, daß Unternehmer Gegner einer auf Geldwertstabilität ausgerichteten, restriktiven Geld- und Kreditpolitik sind; denn eine solche antiinflationistische Währungspolitik macht es unmöglich, allgemein die steigenden Lohnkosten in höheren Preisen zu verkraften.

### **Bombach**

Als Diskussionsleiter fällt mir zunächst die Aufgabe zu, Ihnen, Herr Pütz, recht herzlich für Ihr ausgezeichnetes Referat zu danken. Ich möchte vorschlagen, daß wir in der Diskussion folgende Problemkreise behandeln.

Der erste beträfe die Diagnose.

Herr Pütz stellt das Phänomen der schleichenden Inflation in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Zu ihrer Deutung sind die verschiedensten Theorien entwickelt worden. Wenn die Ökonomen auch weit davon entfernt sind, sich auf eine bestimmte Theorie geeinigt zu haben, so sollten wir doch die unterschiedlichen Deutungsversuche als Basis für unsere Diskussion kurz Revue passieren lassen. Am Anfang steht immer die Frage, ob die heutige Inflation eine Kosten- oder eine Nachfrageinflation sei.

Wir müssen weiter klären, ob unsere schleichende Inflation lediglich eine Begleiterscheinung des schnellen Wachstums oder vielmehr eine Vorbedingung dieses Wachstums ist. Die These von der schleichenden Inflation als Vorbedingung kräftigen Wachstums ist sehr gewichtig; bestünde sie zu Recht, so ergäbe sich die Alternative: Verzicht auf Wachstum zu Gunsten stabiler Preise oder schnelles Wachstum und schleichende Inflation.

Herr Pütz hat eine Frage angeschnitten, die auch zur Diagnose gehört: Inwieweit liegt die Ursache für unsere Inflation in der - im Gegensatz zu heute - früher nicht vorhandenen Rigidität der Preise und Löhne. Wenn nämlich alle Preise in einer Richtung vollkommen rigid sind, d. h. sich nur noch nach oben und nicht mehr nach unten bewegen können, müssen wir zwangsläufig die Inflation haben, die dann sehr einfach zu erklären wäre und für die sich auch zugleich eine ganz bestimmte Therapie anbieten würde.

Ein weiteres Problem betrifft die "Schrittmachergewerkschaften", die für die schnelle Aufwärtsbewegung der Preise verantwortlich gemacht werden. Hier spielt natürlich die Frage eine sehr große Rolle, ob wir in einem Land Branchengewerkschaften oder Einheitsgewerkschaften haben. Israel z. B., als ein interessanter Fall eines Entwicklungslandes, hat eine Einheitsgewerkschaft und kennt deshalb das Phänomen der Schrittmachergewerkschaften überhaupt nicht.

Nach der Behandlung der Diagnose sollten wir zur Therapie übergehen, und zwar, den von Herrn Pütz entwickelten Gedankengängen folgend, zunächst zweitens - die wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen im allgemeinen behandeln.

Herr Pütz hat die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß an der heutigen ständigen Aufwärtsbewegung der Preise und Löhne das allgemeine Inflationsklima schuld sei, nicht so sehr dagegen die besonderen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes. Als Therapie ergibt sich daraus, daß in erster Linie allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahmen (Geldpolitik, Fiskalpolitik, Wettbewerbspolitik, Außenhandelspolitik) in den Dienst der Anti-Inflationspolitik gestellt werden sollten. Es muß nach Professor Pütz verhindert werden, daß ein Inflationsklima überhaupt erst entsteht.

Somit ergibt sich als dritter Problemkreis das Verhältnis der Sozialpartner, die Lohnpolitik.

Hier sind die institutionellen Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern zu betrachten, die Zielsetzungen der Gewerkschaften, die evtl. gegebenen Indexverbindungen usw. Das Problem der

Tarifautonomie wird zu diskutieren sein. Auch die bereits angeschnittene Frage der Schrittmachergewerkschaften gehört zu diesem Problemkreis. Der Produktivitätslohn - eine Idee, welche nach den letzten Pressediskussionen noch immer nicht ganz tot zu sein scheint - wird zur Sprache kommen und gewiß auch der Investivlohn und die Sparförderungspläne ganz allgemein.

Wollen wir zunächst mit dem ersten Problemkreis, mit der Diagnose, beginnen.

### **Knapp**

Ich würde sehr gern in die Diagnose von Herrn Professor Pütz einstimmen, wenn ich eine Möglichkeit sähe, damit das Beispiel Englands in Einklang zu bringen. Dort ist der Preisauftrieb gerade dann am größten gewesen, wenn das Wachstum zum Stillstand kam: Im Zeitraum 1956 bis 1958 ist die Industrieproduktion nur um insgesamt 1% gestiegen, die Lebenshaltungskosten dagegen um 12,3%. In den Jahren 1959 und 1960 hat umgekehrt die Industrieproduktion um 12% zugenommen mit der Folge, daß die Lebenshaltungskosten nur um 2% gestiegen sind. Das ist, glaube ich, mehr als ein interessanter Sonderfall, denn auch in Österreich haben wir das Gefühl, daß wir uns dieser "englischen Krankheit" nähern: Die stärksten Preissteigerungen haben wir seit etwa einem Jahr, also genau seit dem Zeitpunkt, da das Wachstum der Industrieproduktion praktisch zum Stillstand gekommen ist.

Kommen wir also noch mit dem Modell einer Nachfrageinflation aus? Wenn diese Beobachtungen stimmen, ist das ein typischer Fall von Kosteninflation: Die Lohnforderungen der Gewerkschaften und die Gewinnerwartungen der Unternehmer gehen in einer Periode des verlangsamten Wachstums nicht genügend stark zurück. Dann aber wirkt eine Restriktionspolitik, die zwar die Rate der jährlichen Lohnerhöhungen von sieben auf vier Prozent herabdrückt, zugleich aber die Expansion so hemmt, daß die Rate der Produktionssteigerung von sechs auf ein Prozent sinkt, per Saldo sogar inflationsbeschleunigend.

### **Bombach**

Ich danke Ihnen, Herr Knapp. Sie haben gleich das Problem Wachstum und Preisstabilität aufgegriffen. Ihr Argument steht aber nicht im Gegensatz zur Nachfrageinflationsthese von Herrn Pütz; denn Nachfrageinflation heißt ganz einfach, wie Sie es auch sagten, daß das Angebot die Nachfrage übersteigt. Die Frage ist nur, ob die Nachfrage zu groß oder das Angebot zu klein ist. Das ist eine jener berühmten Preisfragen. Ich erinnere an die schöne Geschichte, wo ein Soldat eine neue Mütze verpaßt bekommt, dann zum Feldwebel geht und sagt: "Die Mütze ist zu klein", worauf dieser sagt: "Nein, Ihr Kopf ist zu groß".

In Basel führen wir eine statistische Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Preissteigerungen und Inflationsraten durch. Dabei kommen wir zu ganz ähnlichen Beobachtungen, wie Sie sie eben zitierten. Es ist keineswegs so, daß immer hohe Wachstumsraten mit hohen Inflationsraten korreliert sind. Oft ergeben sich sogar eindeutig negative Korrelationen. Alle nur denkbaren Konstellationen scheinen möglich zu sein. Natürlich spielen die "time lags" hier eine wichtige Rolle.

### **Pütz**

Ich bin zwar nicht angesprochen worden, möchte mich aber verdeutlichen. Ich bin kein Nachfrageinflationstheoretiker, sondern lege nur den Hauptton auf die Nachfrage. Die Erklärung für die Phänomene, die Sie im englischen und österreichischen Beispiel nicht erklärt finden, ergibt sich für mich zunächst durch die "time lags". Expansionen, die z. B. vom Budget oder der Zahlungsbilanz herkommen und zu Geld- und Kreditausweitungen führen, wirken sich erst nach einem oder zwei Jahren im Preisniveau aus, d. h. der Bedarf ist so groß, daß wir unter Umständen dann schon eine Stagnation oder ein nicht mehr so schnelles Wachstum haben. Aber auch das, was Sie Kosteninflation nennen, kann sich gar nicht als solche durchsetzen, wenn nicht von der Geld- und Kreditseite her die Bedingungen gegeben sind. Für mich handelt es sich darum, was jeweils das Primäre ist. Auch die englische Kosteninflation wäre nicht zustande gekommen, wenn man eben in dem wirtschaftspolitischen Bereich, der für mich der primäre ist, nicht nachgegeben hätte. Verstehen Sie, das ist das Entscheidende.

### **Knapp**

Gerade das ist ja in England nicht möglich.

### **Pütz**

Aber Sie wissen doch, daß zuerst die Verbreiterung des Einkommensstromes da sein muß, sonst kann es zu keiner Inflation kommen.

### **Andreae**

Ich möchte zwar auch glauben, daß die Nachfrage hier eine sehr bedeutende Rolle spielt, aber man darf die Kostenseite nicht zu sehr vernachlässigen, zumindest, was die Reihenfolge der Ereignisse angeht. Wenn es die monetären Bedingungen nicht erlauben, kommt es zu keiner Preis-Lohn-Spirale, die ich lieber "Gewinn-Lohn-Spirale" nenne, um die beiden Einkommenswünsche, die sich gegenüberstehen, zu charakterisieren. Ich glaube aber, daß der Anfang ganz verschieden sein kann. Nehmen wir an, daß eine starke Gewerkschaft sagt: "Wir verlangen einfach einmal einen höheren Anteil am Sozialprodukt." Blicke jetzt die Geldpolitik hart, käme es zur Unterbeschäftigung und zu schweren Erschütterungen im gesamten Staatswesen. Sie wird also nicht hart bleiben. Die Ursache hierfür lag aber in der gewerkschaftlichen Willensbildung.

Diese wiederum kann entweder von den Mitgliedern herkommen, die ihre Funktionäre bedrängen. Die Funktionäre müssen dann trotz höherer Einsicht nachgeben. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Gewerkschaften relativ wenige Mitglieder haben, das heißt, wenn ihr Organisationsgrad klein ist.

Die Bewegung kann aber auch von den Funktionären ausgehen, die aus ideologischen Gründen einen solchen Kampf beginnen.

Alles andere entwickelt sich dann aus diesen Grundvorstellungen, so daß ich sagen möchte: ursächlich für solche Inflationen - aber ich möchte nicht so mißverstanden werden, als ob ich den Gewerkschaften die Sache in die Schuhe schieben wolle - scheinen mir die Einkommensvorstellungen zu sein, die die einzelnen Gruppen in der Volkswirtschaft haben. Wenn sich diese Einkommensvorstellungen strukturell verändern und eine entsprechende politische Macht hinter der jeweiligen Gruppe steht, dann scheint es mir möglich zu sein, die Geldpolitik mehr oder minder zu zwingen, die Voraussetzungen für eine Verbreiterung des Einkommensstroms zu schaffen.

Die Einkommensvorstellungen stehen am Anfang. Danach kommt es darauf an, wie stark der Staat und die Geldpolitik ist, wie stark diese Autoritäten dem inflationistischen Trend, der aus den Einkommensvorstellungen entsteht, standhalten. Denn das scheint mir ganz normal zu sein, daß die Summe aller Einkommensvorstellungen größer ist als das Sozialprodukt.

### **Bombach**

Ja, sie entspricht genau dem Prozentsatz der Inflation. Aber Sie haben damit eine wichtige Frage, die Frage der Reihenfolge im Prozeß der ständigen Steigerung der Löhne und Preise angeschnitten. Wo ist der Anfang?

Ist das Steigen der Löhne das auslösende Moment oder vielmehr die Steigerung der Preise? Wie ist die Zeitfolge? Oder, um es in der Formulierung von Herrn Andreae auszudrücken: ist es Lohninflation oder Gewinninflation? Man hat die Zeitfolgen analysiert und aus dem statistischen Material Kausalschlüsse zu ziehen versucht, überzeugende Ergebnisse sind mir nicht bekannt, trotz des Einsatzes komplizierter ökonomischer Methoden. Wir sind es gewohnt, bei der ständigen Aufwärtsbewegung von Preisen und Löhnen von einer Schraube ohne Ende zu sprechen. Wie aber soll sich bei solch einer Schraube Anfang und Ende identifizieren lassen?

Das ist aber ein Problem, das uns in die nächsten Problemkreise hineinführt. Es ist eine sehr schwierige Sache, in der Volkswirtschaft, in der alle, auch die öffentlichen Haushalte, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln um höhere Anteile am Gesamtprodukt kämpfen, einen zu finden, der plötzlich Vernunft annimmt. Wahrscheinlich werden auch wir zu dem Ergebnis kommen, daß es nur geht, wenn alle, oder wenigstens die Großen, es gleichzeitig tun. Andernfalls wird derjenige, der Vernunft anzunehmen bereit ist, von den anderen nur hereingelegt. Da jeder dies weiß, macht keiner den Anfang.

### **Pütz**

Herr Andreae, ich habe Ihren Beitrag als eine eingängigere Formulierung meiner Gedanken empfunden. Wenn Sie davon sprechen, daß die allgemeinen Einkommenswünsche die treibende Kraft sind, so ist es genau das, was ich Nachfrageinflation genannt habe und nicht Kosteninflation. Diese Einkommenswünsche führen dazu, daß die Leute über die Parteien und die Politik auf den Staat Einfluß nehmen. Das äußert sich dann in Subventionen, in Steigerung der Sozialausgaben, im Wachstum des Budgets und der öffentlichen Ausgaben. Das sind alles Nachfragefaktoren.

**Andreae**

Die Einkommenswünsche expandieren also die Nachfrage, die vom Staat ausgeht?

**Pütz**

Ja, meinetwegen auch vom Lohnsektor usw. Aber ich habe keine einseitige Nachfragethese aufgestellt; ich meine nur - wobei Ihre Verallgemeinerung mit dem Einkommen eine Stützung meiner These ist-, daß der inflatorische Prozeß nicht ausschließlich oder primär vom Arbeitsmarkt her zu verstehen ist. Das gilt auch für das englische Beispiel. Sie können natürlich sagen, daß hinter diesen Prozessen immer der Wunsch nach mehr Einkommen steht.

**Frisch**

Zunächst eine Vorbemerkung: Man sollte Expansion und Produktivität genau voneinander trennen. Durch Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte und durch die Verlängerung der Arbeitsdauer läßt sich bei gleichbleibender Produktivität das Sozialprodukt steigern ohne Berechtigung zur Lohnsteigerung. Sollen die Löhne nicht zur Inflation führen, genügt es nicht, das Sozialprodukt zu steigern, sondern man muß die Produktivität pro Arbeitsstunde verbessern.

Zur Sache selbst erscheint es wünschenswert, eine Schematisierung zu vermeiden und in diesem Sinne auf folgende Punkte hinzuweisen:

1. Der Dienstleistungssektor ist eine Inflationsquelle, weil er nur beschränkte Produktivitätsfortschritte erzielen kann. An dem allgemeinen Aufstieg der Kaufkraft will er jedoch teilhaben, so daß dort die Löhne und die Gewinne schneller steigen, als es die Produktivität zuließe. Infolgedessen wirken sie inflationistisch, übrigens in Form der Kettenreaktion, denn die Verteuerung der Dienstleistungen wird von dem kleinen Mann sofort bemerkt und veranlaßt ihn zu neuen Lohnforderungen. Erschwerend wirkt die in den Industriestaaten zu beobachtende Verknappung des Angebots im Dienstleistungssektor.

2. Es gibt nicht notwendigerweise eine Beziehung zwischen der Stärke der Gewerkschaften und der Lohninflation. Die französischen Gewerkschaften sind denkbar schwach, besonders in der Privatwirtschaft, wo die Löhne meistens innerbetrieblich ausgehandelt werden, was sie nicht daran hindert, der Produktivität davonzulaufen. Die sogenannten Schrittmacher-Gewerkschaften sind weniger entscheidend als das sich immer mehr verbreitende Gleichheitsprinzip. Kein Arbeiter will weniger verdienen als sein Kollege. Es wird immer schwerer, die bestehenden Unterschiede zwischen den Branchen und den einzelnen Betrieben verständlich zu machen. Es herrscht ein allgemeiner Zug zur automatischen sozialen Harmonisierung nach oben. In Frankreich z. B. spielte man mit dem Gedanken einer sogenannten nationalen Lohnpolitik, die den globalen Produktivitätsgewinn unter Berücksichtigung des Gleichheitsprinzips verteilen soll. Vor der Verwirklichung dieser Theorie schreckt man jedoch zurück, weil eine nationale Lohnpolitik zwangsläufig zur totalen staatlichen Lohn- und Preiskontrolle führt.

3. Die sozialpsychologischen Faktoren sollten nicht übersehen werden. So beobachtete man wiederholt, daß Lohnforderungen gerade in einer schlechten Konjunktur mit Nachdruck angemeldet wurden, weil sich die Arbeiter in der vorhergegangenen Konjunkturperiode optimistisch verschuldeten und diese Schulden dann in einem Augenblick bezahlen mußten, in dem die nachlassende Konjunktur sie auch der Möglichkeit der Überstunden beraubte. Hierzu kommt als weiterer sozialpsychologischer Faktor die Überzeugung der Massen, Anspruch auf eine ständige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu haben. Alle nationalökonomischen Argumente sind in diesem Falle machtlos. Vergessen wir auch die ebenso verbreitete Forderung nach Sicherung des Einkommens nicht, das heißt das politische Primat der Vollbeschäftigung. Wenn wir bereit sind, die Vollbeschäftigung zu garantieren, dann müssen wir auch den Preis hierfür bezahlen. Dies bedeutet, daß es nicht mehr um den Grundsatz der schleichenden Inflation geht, sondern nur noch um ihr jeweiliges Ausmaß.

4. Meines Erachtens besteht auch nicht immer ein logisches, den nationalökonomischen Grundsätzen entsprechendes Verhältnis zwischen Löhnen und Arbeitskräfteangebot einerseits und zwischen Löhnen und Nachfrage andererseits. Bezeichnend hierfür ist das Beispiel des Kohlebergbaus, wo trotz Überproduktion die Belegschaften dauernd höhere Löhne verlangen und nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Regierungen nachgeben, obwohl selbst ein längerer Streik die Wirtschaft auf der Versorgungsseite kaum belasten würde. Man muß sich mit dem Widerspruch auseinandersetzen, daß die Kohlengrubenbesitzer die doppelte Klage erheben, ihre Kohle nicht loszuwerden und keine Arbeitskräfte zu finden. Wenn man über die Lohninflation nachdenkt, darf man die Verweichlichung



der modernen Gesellschaft nicht außer acht lassen, die nicht mehr den Mut aufbringt, einen Streik durchzustehen.

5. Man warf früher der Industrie und den Besitzenden vor, sie seien nicht inflationsempfindlich und verdienten Geld an Preissteigerungen. Heute kommt dazu, daß die Angst der Arbeiter vor der Inflation nachgelassen hat. Sieht man von der galoppierenden Geldentwertung ab, gehen die Löhne fast immer schneller in die Höhe als die Preise. Der Arbeiter wird außerdem zunehmend zum Grund- und Aktienbesitzer, das heißt, sein Sparkapital ist wertbeständig angelegt. Hierzu kommt in Deutschland noch die dynamische Rente. Bei schwindendem Inflationsrisiko vermag sich demnach der Arbeiter völlig auf den unmittelbaren Wohlstand zu konzentrieren.

Noch ein letztes Wort zur Geldpolitik: Mit der Bestimmung des Kreditvolumens allein ist es nicht getan. Die große Unbekannte bleibt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. In Frankreich wurde wiederholt die konjunkturpolitische Vorausschau völlig über den Haufen geworfen, weil die Leute unerwartet und rechtswidrig ihre Geldscheine entweder in die Tasche steckten oder plötzlich in Umlauf setzten. Neben der statistisch erfaßbaren Spartätigkeit gibt es die unkontrollierbare Geldnotenhaltung. Wenn sich eine Regierung unter diesen Umständen auf eine klassische Kredit- und Wirtschaftspolitik verläßt, kann sie manche peinliche Überraschung erleben.

### **Bombach**

Sie haben eine Fülle von Gedanken gebracht, die uns den ganzen Abend noch beschäftigen werden. Selbstverständlich dürfen wir nicht sagen Wachstum der Produktion, sondern der Produktivität. Aber ich gehe davon aus, daß heute in der Mehrzahl der Länder das Arbeitspotential nur noch sehr wenig vermehrbar ist, so daß Produktionswachstum oder Produktivitätswachstum praktisch identisch sind. Das hat in Deutschland z. B. für die Zeit vor dem 13. August 1961, als wir noch den großen Einstrom von Arbeitskräften aus Ostdeutschland hatten, nicht zugeht.

Sehr wichtig sind die "time lags", also die Tatsache, daß sich gewisse Einkommensvorstellungen dem Menschen einprägen, daß sich Menschen nicht mehr wie früher nur an bestimmte Einkommensniveaus gewöhnen und diese stabilisieren möchten, sondern daß sie heute das Wachstum stabilisieren wollen.

Ich habe es einmal so ausgedrückt: Die Menschen haben gelernt, mathematisch im Sinne erster Ableitungen zu denken. Die ersten Ableitungen stabilisieren sie - d. h. die Wachstumsraten. Wir müssen nur achtgeben, daß sie nicht plötzlich auch in zweiten Ableitungen denken, also in der Zunahme des Wachstums. Das wäre natürlich sehr bedenklich. Es ist sicher eine Tatsache, daß die Menschen sich an das wachsende Einkommen gewöhnt haben und dieses Wachstum in ihrer Ausgabenpolitik schon vorwegnehmen. Deshalb sagten Sie ja wohl auch, Herr Frisch, daß die Leute in Erwartung künftiger Einkommenssteigerungen Verpflichtungen eingehen, die dann unbedingt eingelöst werden müssen. Hier spielt natürlich die Trägheit in der Anpassung an sich ständig wandelnde wirtschaftliche Gegebenheiten eine entscheidende Rolle. Man kann nicht ad infinitum über seine Verhältnisse leben. Wenn sich die Gegebenheiten wandeln, wird man sich auch eines Tages wieder umgewöhnen müssen.

Eine sehr wichtige Frage für die Lohnpolitik und für die Mentalität der Tarifpartner ist die Dauer, bis die Menschen merken, daß die Konstellationen sich gewandelt haben. Deutschland ist ein sehr gutes Beispiel dafür, daß zunächst in Zeiten eines rapiden Produktivitätswachstums die Lohnforderungen relativ mäßig blieben. Plötzlich merkten sie, daß mehr herauszuholen war. Der ungewöhnliche Produktivitätsfortschritt schien nicht mehr eine nur vorübergehende Erscheinung zu sein; der "Devisenturm" wurde als Symptom für ungenutzte, interne Expansionschancen gedeutet. Im Anschluß an das Lohngutachten der Bundesbank meldeten die Gewerkschaften sogar "Nachholbedarf" an.

Heute verzeichnen wir starke Nominallohnsteigerung bei abklingendem Produktivitätswachstum, Lohnforderungen, die sich - sicher unbewußt - auf vergangene Expansionsprozesse stützen. In den USA ist die Entwicklung ähnlich verlaufen, nur mit einer deutlichen Phasenverschiebung.

### **Neuhauser**

Ich möchte zur begrifflichen Klärung doch noch eine Bemerkung einfügen. Machen wir nicht vielleicht einen terminologischen Fehler, wenn wir Kosteninflation und Nachfrageinflation gegenüberstellen? Jede Inflation ist eine Nachfrageinflation; jede Inflation entsteht dadurch, daß eine Diskrepanz zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot existiert. Infolgedessen ist auch jede Kosteninflation in diesem Sinne eine Nachfrageinflation.

**Bombach**

Eine Reihe von Theoretikern behauptet aber, die Nachfrage sei nur entstanden, weil man zuvor höhere Löhne konzidiert habe. Das Konzidieren der höheren Löhne sei also die letzte Ursache der Inflation.

**Neuhauser**

Aber die unmittelbare Ursache ist auf jeden Fall die Nachfrage.

**Bombach**

Ich stimme Ihnen völlig zu. Aber es ist noch niemandem gelungen, eine Inflation wirklich ursächlich zu erklären. Obwohl wir die Schwächen der Terminologie kennen, müssen wir sie dennoch für unsere Diskussion verwenden. Wir werden auch heute abend keine bessere finden.

**Brechling**

Ich möchte auf ein paar Punkte hinweisen, die sich auf Fragen beziehen, die schon von Herrn Knapp und von Herrn Frisch angeschnitten worden sind. Herr Professor Pütz erwähnte in seinem Referat, daß das Inflationsproblem quantitativ nicht behandelt werden könnte. Dem möchte ich widersprechen. Meiner Meinung nach verspricht eine empirische Methode mehr Erfolg als eine rein theoretische. Es gibt theoretische Modelle sowohl der Nachfrage- als auch der Kosteninflation; die Theorie allein kann uns aber nicht sagen, welcher Inflationstyp uns gerade Sorgen macht. Diese Frage kann nur durch empirische Studien beantwortet werden.

Zumindest in Amerika und England haben Wissenschaftler versucht, das Inflationsproblem quantitativ zu behandeln. Ich möchte mich hier nur auf die Arbeit von L. A. Dicks-Mireaux ("The Interrelationship between Cost and Price Changes 1946 - 1959", Oxford Economic Papers, October 1961) beziehen, der versucht hat, durch zweistufige Regressionsanalyse Preis- und Lohnveränderungen gleichzeitig zu erklären. Die folgenden Resultate dieser ökonomischen Studie sind von Interesse:

1. Effektivlöhne reagieren sehr stark auf Veränderungen in der Arbeitsmarktlage und relativ schwach auf Veränderungen der Güterpreise.
2. Güterpreise reagieren schwach auf Lohnveränderungen und relativ stark auf Veränderungen in der Arbeitsproduktivität. Je schneller die Arbeitsproduktivität wächst, desto langsamer steigen die Güterpreise.

Inflation könnte also vermieden werden, solange mangelnde Nachfrage nach Arbeitskraft Lohnsteigerungen auf den Produktivitätszuwachs beschränkt. Nun tritt eine weitere Schwierigkeit auf: empirische Studien in Amerika und England haben gezeigt, daß der Arbeitsproduktivitätszuwachs größer ist, je knapper die Arbeitskraft ist. Der Grund für diese Beobachtung liegt erstens im Abnehmen des Arbeitshortens und zweitens in der Substitution von Kapitalgütern für Arbeitskraft in Zeiten hoher Nachfrage. Mangelnde effektive Nachfrage reduziert also nicht nur die Lohnsteigerungen, sondern auch den Arbeitsproduktivitätszuwachs, und aus diesem Grunde ist sie ein zweiseitiges Schwert.

Zusammenfassend möchte ich die empirische Analyse des Inflationsproblems wie folgt darstellen: Effektivlöhne werden überwiegend durch die Arbeitsmarktlage (also Angebot und Nachfrage) bestimmt. Dagegen reagieren Güterpreise überwiegend auf Kosten, die sich hauptsächlich aus Effektivlöhnen und Arbeitsproduktivität zusammensetzen. Steigende effektive Nachfrage verursacht Steigerungen in der Arbeitsproduktivität, aber auch stärkere Steigerungen in Effektivlöhnen, und daher kommt es zu steigenden Güterpreisen.

Zum Schluß möchte ich kurz zu einer anderen These Stellung nehmen, die von Herrn Professor Pütz vorgetragen wurde. Seiner Meinung nach kann eine restriktive Geldpolitik wirkungsvoll dazu beitragen, inflationistische Tendenzen im Rahmen zu halten. Die englische Erfahrung hat gezeigt, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes so elastisch sein kann, daß als anti-inflationistisches Instrument der Geldpolitik nur eine sehr untergeordnete Stellung eingeräumt werden kann.

**Küng**

Nachdem Herr Pütz das Schwergewicht seiner Erklärung auf die Nachfrageseite verlegte, möchte ich zur Ergänzung noch einen Faktor nennen, der dafür zu sprechen scheint, daß man die Kosteninflation nicht zu sehr aus dem Auge verlieren darf. Ich weiß, daß eine Reihe von Untersuchungen darauf hindeutet, die Gewerkschaften seien im allgemeinen nicht in der Lage, die Löhne stark über jenes

Maß hinaus zu treiben, das sich ohnehin ergeben hätte. Die Gewerkschaftsmacht finde vielmehr eine deutliche Grenze.

Aber damit scheinen verschiedene Dinge in Widerspruch zu stehen, z. B. die Tatsache, daß in einzelnen Ländern die Löhne eben doch über das Maß der gleichzeitigen Produktivitätssteigerung hinaus steigen. Ich kann mir nicht recht vorstellen, daß die Unternehmer von sich aus und völlig freiwillig derartige Lohnerhöhungen zubilligen. Gewiß werden sie nachgiebig, wenn das Klima entsprechend ist. Aber der Anstoß wird eben doch von den Gewerkschaften und von den Einkommensansprüchen ausgehen, und die Arbeitgeber werden darauf einlenken, weil sie die Gewißheit haben, die höheren Löhne überwälzen zu können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein außerordentlich charakteristisches statistisches Beispiel dafür anführen, daß die Löhne auch bei erheblicher Arbeitslosigkeit in die Höhe gehen können. Ich zitiere zu diesem Zwecke ein paar Sätze aus einer Untersuchung des amerikanischen Labor Economist Ross: "Between May, 1953, and May, 1954, the numbers of production workers declined from 834.000 to 604.000 (gewiß beträchtlich) in automobile manufacturing, and from 561.000 to 487.000 in basic steel." (Also ganz erhebliche Reduktionen der Zahl der Beschäftigten in diesen Branchen.) "Likewise, average weekly hours decreased in both industries, but wages were advanced in 1954 as they had been for many years past. Apart from small auto companies, no employer even bothered to argue that increases should be foregone, or that rates should be cut, because of declining production and employment."

Es hat sich also offenbar eingebürgert, daß die Löhne ganz unabhängig von der Beschäftigungslage jedes Jahr in die Höhe gehen und in die Höhe gehen müssen. Das scheint mir doch dafür zu sprechen, daß hier ein strukturelles Element am Werk ist. Ich möchte das als "Macht-Ungleichgewicht" charakterisieren. Macht-Ungleichgewicht zwischen Nachfrageseite und Angebotsseite des Arbeitsmarktes.

Auf der Nachfrageseite haben Sie die einzelnen Produzenten. Sie wissen, daß da die Antitrustpolitik seit Jahrzehnten am Werke ist, daß man die Kartelle sehr scharf unter die Lupe nimmt, daß also das Fixieren der Preise nicht mehr ohne weiteres Privatsache der einzelnen ist. Auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes haben Sie die Gewerkschaften, die dieser Antimonopol- und Antitrustpolitik in gar keiner Weise unterstellt sind. Hier liegt offenbar eine historische Interferenz vor. Man ist sich der "Bösartigkeit" der Monopole auf den Märkten der Produkte bewußt geworden und hat seit langem dagegen etwas unternommen. Daß die Monopole auf der Arbeitnehmerseite dagegen einen mindestens ebenso großen Einfluß ausüben können, insbesondere in Zeiten inflatorischer Grundstimmung, darüber ist man sich offenbar noch zu wenig im klaren. Gerade das möchte ich nun eben unter dem Stichwort des "Macht-Ungleichgewichts" in den Mittelpunkt rücken, als zusätzliches Element, das doch dafür zu sprechen scheint, daß auch die Angebotsseite, das Element der Kosteninflation, eine beträchtliche Rolle spielt.

### **Bombach**

Dieses Problem des Macht-Ungleichgewichtes und Ihr amerikanisches Beispiel geben in der Tat zum Nachdenken Anlaß. In der heftigen Rezession des Jahres 1957 ist es ähnlich gelaufen. Auch damals sind bei einem sehr starken Beschäftigungseinbruch zunächst die Löhne eher noch weiter gestiegen.

Es bleibt aber immer meine Gegenfrage, inwieweit hier nicht einfach Anpassungsträgheit vorliegt. Wielange steigen die Löhne? Würden sie weiter steigen, wenn es zu einer wirklichen Depression kommt, und zwar zu einer andauernden? Dafür haben wir keinen Präzedenzfall in der Gegenwart. Es bleibt die Frage: Wie lange würden die Löhne weiter steigen, wenn der inflatorische Nachfragedruck wirklich einmal längere Zeit aufgehört hat und nicht sofort wieder kompensatorische Maßnahmen einsetzen, auf die die Parteien schon spekulieren.

Sie hatten am Anfang noch eine wichtige Frage eingeschaltet, die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmacht und Lohnsteigerung. Eine These, die vertreten worden ist, besagt: Im Grunde genommen hat die Existenz der Gewerkschaften und ihre Politik gar nicht viel an der effektiven Entwicklung der Löhne geändert. Die Entwicklung wäre demnach auch ohne Gewerkschaften in etwa so gelaufen, wie sie tatsächlich verlief.

Hier muß man aber zwei Dinge scharf auseinanderhalten. Einmal die These, daß die Gewerkschaftspolitik die Anteile am Sozialprodukt nicht wesentlich geändert habe. Dies ist etwas ganz anderes als jene These, die auf das Lohnniveau abzielt. Man kann nämlich etwa gleiche Anteile bei jedem möglichen Grad der Inflation haben.

**Altmann**

Muß man nicht grundsätzlich fragen, ob die Gewerkschaften ihre Lohnpolitik überhaupt marktwirtschaftlich auffassen?

Wenn ich Herrn Professor Pütz vorhin richtig verstanden habe, meinte er, man könne "marktwirtschaftliche Vernunft" voraussetzen. Aber die Gewerkschaften wollen - wenn ich nicht ganz falsch orientiert bin, jedenfalls wichtige Industriegewerkschaften - gar keine Marktwirtschaft treiben. Sie wollen keine Marktwirtschaft. Ich sage das ohne jede Polemik.

**Pfleiderer**

Ich glaube, es wäre in diesem sehr mannigfaltig zusammengesetzten Kreis von Nutzen, wenn Sie, Herr Bombach, darlegen würden, was mit den beiden Modellbegriffen "Kosteninflation" und "Nachfrageinflation" gemeint ist.

Das Begriffspaar ist sehr nützlich, um klar zu stellen, an welchen Stellen des wirtschaftlichen Kreislaufes überhaupt neue Daten gesetzt werden können, die ihrerseits einen revolvierenden oder sich reproduzierenden Effekt haben. Es handelt sich bei diesem Begriffspaar wohl nicht um eine ausschließende Alternative; vielmehr werden unter bestimmten Bedingungen beide Inflationsursachen nebeneinander wirksam sein können; das heißt, es werden möglicherweise gleichzeitig auf der Kostenseite, das heißt bei den Löhnen, wie auch auf der Nachfrageseite, vor allem von den unternehmerischen Investitionen her, neue Daten gesetzt werden, die dann vom Kreislauf zu verarbeiten sind und zu sich reproduzierenden Preissteigerungen führen können.

**Bombach**

Auf Ihre Frage haben wir eigentlich die Antwort schon gegeben. Die konkrete Frage, die auch Herr Pütz stellt, lautet aber: Inwieweit schafft eine Nachfrageinflation, d. h. ein Überhang der Summe von Investitionen, privatem Konsum, Staatsverbrauch und Exportüberschuß über das Gesamtangebot das Klima für eine inflatorische Bewegung der Preise und Löhne, also für das Ingangsetzen der Lohn- und Preisspirale? Wenn Sie bei den Löhnen den Ausgangspunkt suchen, ist die Antwort sehr viel einfacher zu geben. Wenn die Löhne steigen, wird sicher die Nachfrage steigen. Ausgenommen, die Menschen sparen ihr zusätzliches Einkommen. Das ist aber der Punkt, auf den wir später, wenn wir über Therapie sprechen, zurückkommen werden. Diese Tatsache wird heute als Ausgangspunkt für bestimmte neue Pläne benutzt, etwa den Plan des Zwangssparens, des Investivlohnes usw.

Im Grunde genommen sind ja sowohl Kosteninflation als auch Nachfrageinflation der Ausdruck für Ungleichgewichte in der Wirtschaft. In Gleichgewichtssituationen kann es keine von beiden geben. Die Nachfrageinflation ist ein klarer Fall des Ungleichgewichtes. Die Kosteninflation ist weniger klar einzustufen; sie kann Ungleichgewicht, kann aber auch Gleichgewichtslosigkeit sein, wie wir sie auf Märkten des bilateralen Monopoles haben. Wenn der Markt a priori gleichgewichtslos ist, dann kann ex definitione kein Ungleichgewicht herrschen. In diesem Fall wäre die Frage, ob es beide Formen der Inflation geben kann, bejaht.

**Pfleiderer**

Ja. Nebeneinander.

**Bombach**

Nebeneinander, selbstverständlich.

**Linder**

Ich wollte lediglich darauf hinweisen, daß die Begriffe Kosten- und Nachfrageinflation für die Praxis ganz brauchbar sind, obwohl diese Trennung, vom rein theoretischen Blickwinkel aus betrachtet, nicht immer völlig zu befriedigen vermag; indessen ist hier bereits in der Benennung des Inflationstyps eine Charakterisierung der Inflationsursachen enthalten. Man hat sich bewußt zu sein, daß die Inflation, so wie sie sich am Indikator der Preiserhöhungen, d. h. an den Preisindices, darbietet, durch eine ganze Reihe von Ursachen ausgelöst werden kann, wobei der Beitrag der einzelnen verursachenden Faktoren - je nach der konkreten wirtschaftlichen Situation - völlig verschieden ausfallen kann. Wenn also beispielsweise inflationäre Impulse in ihrer letzten Verursachung durch entsprechende Veränderungen in der Produktionskostenstruktur entstehen, so wird man wohl berechtigt sein, von einer Kosteninflation zu sprechen.

Der britische Nationalökonom L. Robbins argumentiert beispielsweise folgendermaßen: Wenn Lohnerhöhungen zu einem Beschäftigungsrückgang führen (Verschlechterung der unternehmerischen Erwartungen), wenn also trotz der Lohnerhöhungen die globalen Einkommen nicht mehr wachsen, so wird dadurch die globale Nachfrage beeinträchtigt, wodurch der Staat, um eine deflationäre Entwicklung zu vermeiden, sich gezwungen sehen könnte, mit einer expansiven Kredit- und Finanzpolitik aufzutreten, die den Kern der Inflation in sich trägt. Darin erkennt Robbins das Phänomen der "Wage-Inflation", die natürlich nur eine Variante der Kosteninflation darstellt. Treten jedoch Lohnerhöhungen auf, ohne daß dadurch die globale Nachfrage beeinträchtigt wird, so kann das Produktionsvolumen offenbar zu den höheren Preisen abgesetzt werden; hier ist die Nachfrage stark genug, um das Produktionsvolumen zu den höheren Preisen aufzunehmen (keine Anpassung über einen Beschäftigungsrückgang), weshalb es sich um eine Nachfrageinflation handelt. Für den ersten Fall wäre auf das Beispiel England hinzuweisen: steigende Löhne und Preise trotz Arbeitslosigkeit und freier Kapazitäten, verbunden mit einer leicht expansiv wirkenden öffentlichen Kredit- und Finanzpolitik. Für den zweiten Fall könnte etwa auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen werden.

### **Brechling**

Dem wäre aber hinzuzufügen, daß man noch lange keine Garantie für Preisstabilität eintauscht, wenn man wie im Falle England versucht, die Löhne durch eine rigorose Lohnpolitik auf die Höhe des Produktivitätszuwachses herunterzudrücken.

### **Bombach**

Jetzt sind Sie aber schon mitten in der Therapie beim Produktivitätslohn. Dazu werden wir später mehr zu sagen haben.

Es gibt Herde in der Volkswirtschaft, wo man Preissteigerungen eindeutig lokalisieren kann, z. B. in manchen Ländern die Landwirtschaft. Man spricht von der "grünen Front", und wenn ich mich recht erinnere, zitierte Herr Frisch schon die "schwarze Front", nämlich den Kohlebergbau. Das sind offenkundige Fälle, hinter denen bestimmte politische Konzeptionen stehen. Diese Dinge dürfen wir natürlich nicht vergessen, da sie möglicherweise, wenn die Zahl der "Fronten" steigt, jede vernünftige Anti-Inflationspolitik durchkreuzen können.

### **Frisch**

Herr Bombach, verstehen Sie unter Nachfrageinflation den klassischen Begriff des mangelnden Gleichgewichts zwischen Nachfrage und Angebot? Oder auch die moderne Auffassung, daß die Menschen eben so viel Geld verdienen, daß sie auf den Preis keine Rücksicht mehr nehmen? Ich meine die aus dem plötzlich erhöhten Einkommen heraus wachsende Großzügigkeit, die dazu führt, daß der Preis nicht mehr genau kontrolliert oder überwacht wird. Dies spielt meines Erachtens heute eine sehr große Rolle.

### **Bombach**

Aber das sind doch nicht die gleichen Symptome.

### **Frisch**

Nein. Ich glaube, daß heute z. B. im Konsumgütersektor die Nachfrage restlos, im Dienstleistungssektor noch weitgehend befriedigt werden kann. Die Leute haben so viel Geld, daß es ihnen ganz gleichgültig ist, was z. B. der Klempner kostet. Es wird eben bezahlt. Ich werfe den Nationalökonom vor, daß sie zuviel in die Statistiken und zuwenig auf die Menschen sehen. Im Augenblick, wo die Hausfrau den Preis nicht mehr ansieht, wo die Leute so viel Geld verdienen, daß der Pfennig keine Rolle mehr spielt, und sie außerdem glauben, daß ihr soziales Prestige davon abhängt, wieviel Geld sie ausgeben, gehen die Preise trotz Befriedigung der Nachfrage in die Höhe.

### **Bombach**

In Ihrem Argument kann ich nur die volle Unterstützung der These des Herrn Pütz sehen. Die Kaufkraft ist so groß, daß die Leute keine Veranlassung mehr sehen, Preis und Leistung gegeneinander abzuwägen. Diese von Herrn Frisch beschriebene Großzügigkeit ist m. E. nicht die Ursache des heutigen Nachfrageüberhanges, sondern vielmehr ein Symptom dafür.

**Frisch**

Ja, aber woher kommt die Nachfrage?

**Bombach**

Das gerade ist der Gegenstand unserer Diskussion: welches sind die Ursachen des ständigen Nachfrageüberhanges? Wenn wir in die Diskussion der Therapie eintreten, wird die Frage lauten: welche Methoden stehen der Wirtschaftspolitik heute zur Verfügung, die Gesamtnachfrage wirksam zu beeinflussen?

**Pfleiderer**

Ich glaube, diese Diskussion zeigt, wie mißverständlich der Ausdruck "Nachfrageinflation" ist. Denn das, worauf Herr Frisch hinweist, gilt ja für jede Form der Inflation. Von jeder Form der Preissteigerung kann man sagen, daß sie ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage anzeigt. Das ist also nicht etwas, was eine bestimmte Ursache der Inflation von einer anderen unterscheidet. Auch die "Kosteninflation" ist insoweit eine "Nachfrageinflation", als die Lohnerhöhungen, von denen sie ihren Ausgang nimmt, zu einer über die gleichzeitige Steigerung des Konsumgüterangebots hinausgehenden Zunahme der Verbrauchernachfrage führen. Was wir demgegenüber mit dem Modell der "Nachfrageinflation" meinen, ist etwas ganz anderes, nämlich eine Preissteigerung, die in erster Linie aus bestimmten unternehmerischen Dispositionen, aus dem Umfang der Investitionen hervorgeht.

**Bombach**

Die Ursache muß nicht notwendigerweise beim Unternehmer liegen. Die Expansion der Exporte oder der Ausgaben der öffentlichen Haushalte kommen gleichermaßen in Betracht. Schließlich ist der Sozialhaushalt nicht zu übersehen.

**Pfleiderer**

Das kann sein.

**Bombach**

Wenn wir die Diagnose "Nachfrageinflation" stellen, denken wir notwendigerweise auch schon an bestimmte Formen der Therapie. Eine Nachfrageinflation sollte logischerweise auch durch eine Beschneidung der Nachfrage geheilt werden, und zwar auf dem Wege der Fiskalpolitik, Geldpolitik, Außenhandelspolitik usw.

Lautet die Diagnose hingegen "Kosteninflation" bzw. "Lohninflation", so soll damit doch wohl die Überzeugung zum Ausdruck gebracht werden, daß in der gegebenen Situation Maßnahmen der Nachfragebeschränkung vermutlich nicht ziehen, daß vielmehr autonome Kräfte am Werke sind. Das Augenmerk wird sich auf die Tarifpolitik richten, der Ruf nach Einschränkung der Tarifautonomie mag sogar laut werden.

**Neuhauser**

Ja, aber nicht deswegen, weil die währungspolitischen Mittel zur Bekämpfung der Inflation nichts nützen würden.

**Bombach**

Da scheiden sich eben die Geister. Es gibt eine stattliche Gruppe von Nationalökonomern, die die Meinung vertreten, diese Mittel würden heute praktisch überhaupt nicht mehr wirken.

**Neuhauser**

Sie müssen wirken, wenn das Geld nicht da ist, um die höheren Löhne zu bezahlen.

**Bombach**

Wenn die Zentralbank das Geld nicht zur Verfügung stellt? Ich kann mir nicht recht vorstellen, wie das aussieht: die Zentralbank stellt nicht die erforderlichen Zahlungsmittel bereit, mit denen die

Unternehmer die erhöhten Löhne ausbezahlen können. Wo ist auf diese Weise schon einmal einem Prozeß ständiger Preissteigerungen Einhalt geboten worden?

### **Knapp**

Der Fehler liegt, glaube ich, in der Diagnose, nämlich in Ihrer Gleichgewichtsdefinition: Ein Überschuß der Gesamtnachfrage über das Angebot ist doch in einer "offenen" Wirtschaft begrifflich undenkbar, weil ein solcher Nachfrageüberhang zwangsläufig zu einem Importsog führen müßte. Wenn es nicht irgendwelche Importbarrieren (hohe Zölle usw.) gibt, tritt an die Stelle der Nachfrageinflation ein Zahlungsbilanzdefizit.

### **Bombach**

Nein, so weit kann man nicht gehen.

### **Tacke**

Ich wehre mich zunächst gegen die ständige Anwendung der Vokabel Inflation. Ich tue das nicht, weil ich nicht zwischen einer sogenannten schleichenden und einer galoppierenden Inflation zu unterscheiden vermag. Aber wir verbinden in der Bundesrepublik mit dem Begriff Inflation ganz bestimmte Vorstellungen einer totalen Geldentwertung. Deswegen sollte man mit der Anwendung dieser Vokabel sparsamer umgehen. Ich komme auch nicht mit, wenn man das Ganze in Nachfrage-, Kosten-, Preis- oder Lohninflation aufgliedern will.

Wir gehen doch davon aus, daß die Wirtschaft wachsen soll. Sie soll den gesamten Lebensstandard heben. Das löst zwangsläufig Impulse aus, die zu einer ständigen Ankurbelung der Nachfrage und der Bedürfnisse führen. Wir erhalten doch in der Bundesrepublik und, soweit ich die Verhältnisse in anderen Ländern kenne, auch dort täglich Beweise dafür, in welchem Ausmaß, mit welchen Methoden, mit welchen Systemen und mit welchen Mitteln man die Nachfrage anregt und ankurbelt. Das muß zumindest zeitweilig zu Nachfrageüberhängen führen. Andererseits kann es, gemessen am Angebot, zeitweilige Lohnüberhänge geben. Nachfrageüberhänge lösen nicht nur Preissteigerungen aus, sondern lösen auch gleichzeitig den Anreiz - und darauf baut doch das ganze System auf - zu neuen und vermehrten Investitionen aus, um dem erhöhten Bedarf durch ein größeres bzw. verändertes Angebot gerecht zu werden. Wir haben hier also eine Wechselwirkung zu verzeichnen. In dem Augenblick, in dem der Anreiz für eine weitere Investition durch höhere Nachfrage nicht mehr gegeben ist, würden wir zwangsläufig zu anderen Verhältnissen kommen. Nach einer gewissen Stagnation würde eine rückläufige Entwicklung einsetzen.

Nun ist der Lohn ein tragendes Element der Nachfrage überhaupt, und zwar in Verbindung mit der Tatsache, die Herr Frisch als das Bedürfnis nach immer besserem und höherem Lebensstandard analysierte. Wer hat das Bedürfnis nicht? Hier liegt also etwas Unausweichliches vor in einer Ordnung, die wir nicht zwangsweise steuern wollen, indem wir einfach keine Nachfrage entstehen bzw. keine Bedürfnisse aufkommen lassen.

Soweit ich von einem Schwund der Kaufkraft in den letzten Monaten spreche, meine ich, daß einige Prozente davon psychologisch bedingt sind. Wir können in der neueren Geschichte der Bundesrepublik nachweisen, daß sich in dem Augenblick, in dem am stärksten von drohenden Gefahren in unserer Wirtschaft geredet und "maßhalten" empfohlen wird, genau entgegengesetzte Reaktionen bemerkbar machen. Und so geht man nach einer sehr dramatischen Zuspitzung der Lohn-Preis-Diskussion in den letzten Wochen nun mit einem Mal dazu über, zu sagen, die Beruhigung sei da. Es bahnen sich plötzlich ganz deutliche Zeichen der Stabilität an. So las ich es jetzt in einem Bericht, der von der Deutschen Bundesbank in Frankfurt kam.

Ich meine, wenn man das Ganze sieht, kann es doch nur darum gehen, daß man zum Teil psychologisch, zum Teil aber auch mit Ordnungsmaßnahmen - das ist ein schlechtes Wort, aber ich will es trotzdem verwenden - versucht, das Ganze in eine vernünftige Entwicklung zu bringen. Daß man sich gegen eine Kaufkraftschwächung wehrt, halte ich für selbstverständlich. Ich glaube aber nicht, daß man eine absolute Geldstabilität haben kann.

Abgesehen von relativ kurzen Zeitspannen, hat es in unserer Geldgeschichte noch nie eine absolute Stabilität der Währung gegeben. Es kommt darauf an, alle Mittel anzuwenden, um den relativen Kaufkraftschwund erträglich zu halten und eine wirkliche Inflation zu vermeiden. Das ist das entscheidende Problem.

In diesem Zusammenhang ist es müßig zu streiten, wer die größere Schuld am Kaufkraftschwund hat; denn auch hier gibt es wahrscheinlich für jeden eine ganze Reihe von Faktoren, die er für seine

Entschuldigung in Anspruch nehmen kann. Die Gewerkschaften werden konsequenterweise sagen, unsere Lohnpolitik ist nicht schuld. Sie können eine ganze Reihe von Statistiken vorlegen in bezug auf die Produktivitätsentwicklung, die Vermögensbildung, die Kostenentwicklung etc., die ihre Auffassungen bestätigen. Sicherlich kann man auf der anderen Seite mit anderen Statistiken über Nachfrageentwicklungen durch höhere Löhne etc. das gleiche machen.

Ich bin der Meinung, und damit möchte ich eine Antwort geben auf das, was Herr Altmann sagte: Ob die Gewerkschaften wollen oder nicht, sie können in einer freien Wirtschaft nur die Lohnpolitik machen, die diese freie Wirtschaft zuläßt. Das hat mit Ideologie nichts zu tun, auch wenn einmal versucht worden ist oder versucht werden sollte, der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine bestimmte Ideologie zu unterschieben. Die Lohnpolitik orientiert sich tatsächlich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten. Ich wage sogar zu behaupten, daß die Lohnpolitik in der Bundesrepublik in den letzten Jahren weitgehend auf unserer konjunkturellen Entwicklung und auf den in ihr gegebenen Möglichkeiten aufbaut. Daß diese Lohnpolitik aber nicht unbedingt zu Preissteigerungen führen muß, ist bewiesen. Das kann ich Ihnen an einem Beispiel aus der Industrie (Textilindustrie) zeigen, aus der ich komme. Die Löhne sind ständig erhöht worden, wenn sie auch nicht an der Spitze aller Industrien liegen. Wenn Sie sich heute die Preise in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie ansehen, werden Sie nicht behaupten, daß sie sich inflatorisch entwickelt hätten.

### **Pentzlin**

Aber der Marktanteil der deutschen Textilindustrie an der Versorgung des deutschen Marktes ist entscheidend zurückgegangen.

### **Tacke**

Das will ich nicht bestreiten. Ich kann jetzt aus Zeitmangel leider in keine Fachdiskussion über die Textilindustrie eintreten. Wenn man sich aber zu dem System einer freien Wirtschaft bekennt und jeden Zwang ablehnt, muß man natürlich auch Entwicklungen in Kauf nehmen, die man lieber nicht sehen möchte.

### **Pentzlin**

Aber Herr Gutermuth will sie nicht in Kauf nehmen.

### **Tacke**

Herr Gutermuth bekennt sich auch nicht bedingungslos zur freien Marktwirtschaft, zumindest nicht, was den Kohlenbergbau anbelangt. Ich kann hier auch für den Kohlenbergbau auf keine Sachdiskussion eingehen. Man sollte dieses Sonderproblem auch nicht zur Grundlage für den gesamten Komplex machen.

Was den Nachfrageüberhang anbelangt, so bin ich nicht der Meinung, daß heute der Käufer jeden Preis zahlt. Wenn das der Fall wäre, könnte man die Entwicklung der letzten Zeit in weiten Bereichen unseres Nahrungsgüterkonsums nicht verstehen. Denken Sie nur an die Entwicklung der Diskontläden oder den sogenannten grauen Handel. Hier sind in wenigen Wochen Umsätze erzielt worden, die in der Nachkriegszeit beispiellos sind. Ich wollte dies zur Diagnose sagen. Zu dem anderen komme ich noch, wenn die Therapie an der Reihe ist.

### **Bombach**

Herr Tacke, wir stimmen Ihnen ohne weiteres zu, daß eine wachsende Wirtschaft auch wachsende Einkommen braucht, um wachsen zu können. Es sei denn, wir gehen von dem uns oft angebotenen utopischen Modell aus, daß wir eines Tages alle Einkommen blockieren und unser Wachstum sich bei ständig sinkenden Preisen vollziehen sollte. Das ist ein Modell, das theoretisch sehr schön aussieht, das aber eben leider nicht funktionieren kann.

Aber was wir heute diskutieren wollen, Herr Tacke, ist die Frage nach der Grenze, wo Nominaleinkommenssteigerungen mit Geldwertstabilität nicht mehr vereinbar sind. Sie sagen, es habe nie eine Stabilität gegeben. Sie wollen natürlich sagen: eine Stabilität der Preise. Eine Stabilität in den Realgrößen wird niemand anstreben; wir wünschen kein Einmünden in einen stationären Zustand.

### **Tacke**

Nein.



**Bombach**

Sie haben völlig recht, daß es in der Wirtschaftsgeschichte keine längere Periode stabiler Preise gegeben hat. Sie sind gestiegen und gefallen. Jedoch finden wir, daß das Preisniveau um 1929 nicht wesentlich höher war als etwa zu Beginn des 19. Jahrhunderts; d. h. in dieser langen Spanne haben sich die Perioden sinkender Preise und steigender Preise etwa die Waage gehalten. Was wir heute fürchten, ist, daß es diesen Ausgleich nicht mehr geben wird, daß wir heute in einem Zeitalter ständig steigender Preise stehen. Schon spricht man von "säkularer Inflation".

Sie fragen: Von welcher Rate an wollen wir eigentlich von Inflation sprechen und was ist noch erträglich? Das ist die Gretchenfrage unserer ganzen Diskussion - eine sehr gefährliche Frage. Wir können uns hier nicht auf eine bestimmte Rate festlegen und sagen: 3% ist eine läßliche Sünde, und was darüber hinausgeht, nennen wir eine Inflation, die wir bekämpfen. In dem gleichen Augenblick, in dem Sie 3% nennen, werden diese 3% zur Norm erhoben. Dann können Sie mit Sicherheit rechnen, mehr als 3% zu haben, weil sich dann alle von vornherein auf die 3% einstellen.

**Tacke**

Ich stelle mich auch gar nicht darauf ein und nenne auch keinen Prozentsatz. Ich glaube aber, wenn wir eine ununterbrochen starke Abwertung unserer Kaufkraft hätten, gäbe es deutliche Anzeichen, die wir sehen würden.

**Bombach**

Wir verspüren sie doch schon.

**Tacke**

Entschuldigen Sie, wir haben bis jetzt in der Bundesrepublik in den letzten 10-12 Jahren Zeiten gehabt, wo die Preise relativ stabil waren. Irgendein Preis ist immer in Bewegung. Und wir haben Zeitläufe gehabt, wo wir immer stärkere Preissteigerungen zu verzeichnen hatten. Wir haben aber bisher keine konstante Entwicklung mit einer absoluten, ununterbrochenen Abwärtskurve des Geldwertes zu verzeichnen gehabt.

**Pütz**

Ich meine, die Kurve ist ständig gefallen, aber mit verschiedener Intensität. Wir haben in der Bundesrepublik eine Verbraucherpreis-Statistik, aus der dies offen und eindeutig hervorgeht. Sie haben recht, daß diese Kurve nicht stetig ist, aber sie zeigt einen sinkenden Trend, und zwar mit durchschnittlich ungefähr 2% von 1951 bis 1961.

**Tacke**

Bei diesem Prozentsatz werden wir aber nicht von Inflation sprechen.

**Pütz**

Bitte, das ist Geschmackssache.

Kollege Bombach und ich sind Nationalökonominnen und gehören keiner Interessengruppe an. Sie als Gewerkschaftler müssen ein Interesse daran haben, daß ein jährlicher Schwund von 2 oder 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% nicht schadet. Diese 2% machen die Gewerkschaft jedoch so stark, daß Sie zufrieden sind.

Ich als Nationalökonom kann nur für Stabilität sein. Aber für die Frage, ob 1% oder 2% oder 5% als inflationistisch angesprochen werden sollen, gibt es kein sachlich befriedigendes Kriterium.

**Tacke**

Ich kann mir einen Maßstab denken, obschon ich ihn nicht als richtig hinstellen will. Ich kann mir vorstellen, daß z. B. ein Sparer keinen echten Vermögensverlust befürchten muß, wenn die Kapitalzinsen über dem Kaufkraftverfall liegen. Ich kann mir vorstellen, daß Besitzende sich folgendermaßen orientieren: Wenn die D-Mark im Jahr 2 Pfennig weniger wird und durch Zinsen nominell auf 1,05 DM erhöht wird, so nehmen sie die 2 Pfennig Kaufkraftschwund in Kauf. Ich will nicht behaupten, daß das ein richtiger Maßstab sei, ich kann mir nur vorstellen, daß solche Überlegungen gemacht werden.

**Pütz**

Aber das ist keine Begründung dafür, daß ein solcher Zustand auf die Dauer volkswirtschaftlich wünschenswert ist.

**Bombach**

Man könnte ein weiteres, wichtiges Kriterium finden, indem man sagt: Jener Grad von Inflation ist gerade noch akzeptabel, der nicht von einer schleichenden in eine offene (galoppierende) Inflation hinüberführt, d. h. der sich nicht selbst beschleunigt.

**Pütz**

Den gibt es aber nicht, weil er nicht bestimmbar ist.

Wir hatten in Österreich etwa 8 Jahre lang eine Durchschnittsrate von etwa 2,2% Inflation. Auf einmal haben wir 6%. Warum? Wir hätten nicht 6%, wenn wir nicht vorher ständig 2% gehabt hätten. Das ist das entscheidende Problem. Wenn man sich auf eine solche Durchschnittsrate einläßt, fördert man die Inflation.

**Bombach**

Amerikanische Kollegen sind in dieser Hinsicht nicht so zaghaft. Sie haben aber bisher auch nicht die Erfahrung der offenen Inflation. Für sie ist jener Grad noch gerade akzeptabel, der nicht zu einer Akzeleration führt. Wenn man dieses Kriterium aber akzeptiert, dann hätte auch Chile eine "stabile" Währung, obwohl es seit Jahren in etwa 25% Kaufkraftschwund jährlich verzeichnet. Als Nationalökonom müssen wir sagen: In demselben Augenblick, in dem wir eine bestimmte Rate als Norm setzen, können wir mit Sicherheit sagen, daß wir mehr als diese Rate bekommen werden, weil jeder darauf spekuliert. Binnen kurzem würde sie als Norm in die Rechtspraxis eingehen und in den Verträgen vorweggenommen werden.

**Spiegelhalter**

Wir haben doch die Frage gestellt, was ist die Ursache der Inflation. Wir waren uns darüber einig, daß Inflation dann besteht, wenn die Gesamtnachfrage sich über das Gesamtangebot hinaus entwickelt. Nun käme die weitere Frage, wer innerhalb der Gesamtnachfrage ursächlich den Überhang auslöst. Ich möchte wissen, ob man diese Frage überhaupt rein theoretisch lösen kann. Müssen hier nicht von vornherein gewisse Normvorstellungen mit ins Spiel kommen? Ich nenne hier nur als Beispiel eine Norm, die häufig diskutiert wird: Der Teil der Gesamtnachfrage, der über den Wachstumsgrad des Gesamten hinauswächst, der also überproportional wächst, habe die Inflation verursacht. Aber man könnte ebenso gut auch sagen, dieser Teil, z. B. der Lohn, sei nur dann inflationistisch, wenn nicht gleichzeitig ein anderer Teil, z. B. der Staatsverbrauch oder die Investitionsquote, zurückweicht. Aber welche Theorie gibt nun an, welcher Teil zurückweichen muß und wieviel der andere über die Proportion hinausgehen kann?

Damit wird aber gleichzeitig die Frage aufgeworfen, weshalb man den einen Teil als inflationistisch bezeichnet, wenn ein zweiter ihn nicht ausgleicht? Woher also nehmen wir rein wissenschaftlich das Kriterium für das "Inflationistische" einer Entwicklung in einem bestimmten Bereich? Und meine These ist nun die, daß man zwangsläufig irgendwelche Normvorstellungen einbauen muß, wenn man hier überhaupt zu einer Aussage kommen will. Welches aber sind die jeweils richtigen Normvorstellungen? Soll die Norm sich an den bisherigen Proportionen jedes Sektors ausrichten, oder soll ein Bereich in der Entwicklung Vorrang erhalten vor anderen? Und muß es dann nicht auch gewisse Normen geben für das Maß dieses Vorranges, dieses Zurückweichens der einen Gruppe gegenüber der anderen? Auch hierüber müßte man sich geeinigt haben, bevor man eine Aussage über das inflationistische Verhalten eines Teilbereiches treffen kann.

**Bombach**

Sie haben soeben eigentlich das Einleitungsreferat für den Problembereich Therapie gehalten, denn Sie fragten nach den Kriterien für eine Anti-Inflationspolitik. Damit drängt sich die Frage auf, welche Nachfragekomponenten für die Inflation verantwortlich sind, welche Komponenten sich überproportional entwickelt haben usw. Mit einer solchen Argumentation jedoch wird impliziert, daß die heutige Aufteilung des Sozialproduktes auf Konsum, Investition usw. gerade die richtige ist. Die Investitionsquote darf nicht abnehmen, der Staatsverbrauch darf nicht zunehmen, Export müssen wir haben usw.

Daß die Zweifel an diesem - nach meiner Meinung höchst problematischen - Denksatz gerade von Ihnen vorgebracht werden, Herr Spiegelhalter, wundert mich etwas, weil ich weiß, daß Sie selbst einmal ein Inflationszurechnungsmodell konstruiert haben.

**Spiegelhalter**

Ich habe aber ausdrücklich gesagt, daß man vorher eine Norm, eine Spielregel braucht, auf die man sich einigen muß. Man muß sich erst über die Normen einigen, ehe man sagen kann, wer gegen die Norm verstößt und damit inflationistisch wird. Wenn Sie die Norm nicht nennen, können Sie auch niemandem sagen, daß er inflationistisch handelt.

**Bombach**

Ich habe mich mit einem solchen Modell auch einmal aufs Glatteis begeben; ich werde es nie wieder tun. Die ausdrücklich angebrachten Einschränkungen werden leider oft - bewußt oder unbewußt - übersehen.

**Spiegelhalter**

Ja, aber meine Frage ist eben: Wie wollen Sie nun zu einem Urteil über eine Ursache kommen, ohne irgendeine Norm aufzustellen?

**Bombach**

Das kann man nie von der Theorie verlangen; es ist nicht Aufgabe der Wirtschaftstheorie, Normen zu setzen.

**Pütz**

Vom Theoretiker können Sie nur verlangen, die Zusammenhänge aufzuzeigen, die relevant sind, z. B. für das Phänomen der Inflation.

Die gesamte Nachfrage setzt sich zusammen aus der öffentlichen Nachfrage nach Konsumgütern, aus der privaten Nachfrage nach Konsumgütern und aus der Nachfrage nach Investitionsgütern. Und nun können Sie weiter aufteilen, in kleinere Aggregate und so fort. Ich kann die Nachfrage nach Konsumgütern aufgliedern und ihre Entwicklung feststellen. Das gleiche gilt für die Nachfrage nach Investitionsgütern und den Exportüberschuß. Dann stelle ich fest, daß wir zwei, drei Jahre lang eine aktive Zahlungsbilanz hatten, daß keine kompensatorischen Vorgänge in der Konsumentwicklung zu beobachten waren und daß wir in den Jahren 1954 bis 1957 hochdefizitäre Haushalte hatten. Daraus folgt zwangsläufig der Schluß - von Schuld wollen wir nicht sprechen;- , daß von daher jene Ausweitung der Nachfrage ausgegangen ist, die inflatorisch gewirkt hat. Ich weiß gar nicht, was Sie mit Norm wollen. Das ist eine *questio facti*, eine empirische Untersuchung. Ich stelle einfach fest, welche Größen rückläufig und welche Größen gleich geblieben sind sowie welche Größen sich überproportional entwickelt haben.

**Spiegelhalter**

Das ist eine Beschreibung, gegen die ich überhaupt nichts einzuwenden habe.

**Pütz**

Ja, aber damit ist doch geklärt, welche Größenveränderungen die Inflation bewirkt haben.

**Bombach**

Die Gefahr ist aber eben doch, daß sofort wieder die Frage nach den Ursachen, nach dem "Schuldigen" gestellt wird.

**Spiegelhalter**

Wenn wir anfangen, nach Ursachen und Kausalitäten zu fragen, kommen wir doch bereits in die normative Vorstellung hinein.

**Pütz**

Nein. Ich könnte Ihnen - bei allem Vorbehalt gegenüber der statistischen Zuverlässigkeit - darlegen, daß in Österreich in den letzten 10 Jahren die Löhne im Verhältnis zum Wachsen des Sozialproduktes ungefähr parallel liefen. Ich könnte Ihnen zeigen, daß in diesen und jenen Jahren das Budget in diesem und jenem Ausmaß defizitär war und durch Kreditschöpfung oder Auslandsanleihen finanziert werden mußte. Ich könnte Ihnen die Zahlungsbilanzentwicklung genau zeigen, verstehen Sie?

### **Bombach**

Sehen Sie, Herr Spiegelhalter, wenn man solche Statistiken und Analysen vorlegt, so besteht immer die Gefahr der falschen Interpretation.

### **Pütz**

Ich glaube aber, daß diese Gefahr in meinem Referat gar nicht gegeben war. Ich habe nur diagnostisch von einer Ursachenkonstellation gesprochen, nicht von den quantitativen Problemen; aber wir haben heute die Möglichkeit, statistisch - wenn auch in groben Annäherungen - ungefähr zu sagen, wo die Nachfrageerweiterungen vor sich gehen.

### **Voigt**

Mir liegt daran, der Diskussion, die in Gefahr gerät, wichtige Unterscheidungen zu verwischen, einige Grenzen zu setzen. Wenn wir in der Diagnose nicht auch volkswirtschaftliche Prozesse analysieren, die andere Ergebnisse mit sich brachten, kommen falsche Perspektiven in die Diskussion. Wir fragen doch: Kann eine Autonomie der Sozialpartner grundsätzlich optimale Bedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung schaffen?

Ich meine, eine Autonomie der Sozialpartner braucht nicht zwingend inflationistische Tendenzen nach sich zu ziehen. In der geschichtlichen Entwicklung der Marktwirtschaft gab es genauso Perioden, in denen die Autonomie der Sozialpartner deflationistische Tendenzen verstärkte und die Unterbeschäftigung die Arbeitslosigkeit verstärkte. Auch die möglichen Folgeprozesse der Tarifautonomie müssen wir bei unserer Diskussion beachten, nicht also nur einseitig den inflationistischen Effekt.

Und eine zweite Bemerkung zum bisherigen Lauf der Diskussion: Wenn wir jetzt von inflationistischen Tendenzen durch zu große Nachfrage sprechen, reden wir nur von den Einflüssen, die Lohnsteigerungen bewirken, und überlegen uns gar nicht, daß die Nachfragesteigerung auch aus anderen gestiegenen Einkommen stammen kann, ohne daß die Steigerung ein Ergebnis der Autonomie der Sozialpartner ist.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß, soweit wir es von den Ergebnissen der deutschen Statistik ableiten können, nicht in jenen Warenbündeln, die bei Erhöhung der Löhne der Arbeiter mehr gekauft werden, die größte Nachfragesteigerung zu verzeichnen war. Ganz im Gegenteil! Die schroffsten Tendenzen der Preissteigerung gab es in Wirtschaftszweigen der Investitionsgüterindustrie, insbesondere der Bauwirtschaft. Ein großer Teil der zusätzlichen Lohnsteigerungen floß zu den Ersparnissen. Effektive Kaufkraft wurde insoweit stillgelegt.

Uns interessiert jetzt die Frage, ob eine Lohnerrhöhung zwingend zu einer Inflation führen muß. Ich meine, sie muß es unter bestimmten Bedingungen nicht. Insbesondere setzt sich insoweit keine inflationistische Tendenz durch, als Lohnsteigerungen die Folgewirkung mit sich bringen, die Produktivität der Wirtschaft zu erhöhen. Diesen Prozeß konnten wir im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich beobachten.

Fragen wir doch, wann die Löhne auf die Änderung der Produktivität wirken. Dann nämlich, wenn ein Anreiz zum verstärkten Maschineneinsatz, zur Rationalisierung, zur Automatisierung erwächst. Ich wage zu behaupten, daß eine derartige Auswirkung der ständig steigenden Löhne zur Zeit einer der Hauptgründe für die außerordentlich große Investitionstätigkeit in der deutschen Volkswirtschaft ist. Die verhältnismäßig starke Lohnsteigerung führt zu dem bekannten Substitutionseffekt: die Arbeitskraft ist zu teuer, die zu teure Arbeitskraft wird durch leistungsfähigere Maschinen ersetzt, die neuen leistungsfähigeren Maschinen produzieren mit sinkenden Grenzkosten mehr, die Kosten der neuen Maschinen werden über Kredit finanziert, d. h. wir haben hier das Element der Geldschöpfung, die neben den Einflüssen aus dem Ausland und der zunehmenden Staatstätigkeit die hauptsächliche Quelle der inflationistischen Tendenz war. Nicht also so sehr die erhöhte Kaufkraft, die aus den erhöhten Löhnen des Arbeiters stammt, ist schuld an den Preissteigerungen, sondern ein volkswirtschaftlicher Prozeß, der als Sekundärwirkung aus einer wertvollen Investitionstätigkeit erwächst.

Hier liegt also ein Prozeß vor, der nicht so sehr durch eine Zunahme der Einkommen ausgelöst worden ist, sondern durch diesen Substitutionseffekt. Da es bei einer Verteuerung der Arbeitskraft zweckmäßig wird, besonders intensiv zu automatisieren und neue Maschinen heranzuholen, kann ein solcher Prozeß zu einem sich selbst nährenden Industrialisierungsprozeß führen. Diesen Vorgang konnten wir nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland beobachten. Es war also keineswegs nur ein volkswirtschaftlicher Prozeß, der ausschließlich als schädlich angesehen werden mußte.

Um kein Mißverständnis hervorzurufen, möchte ich nochmals ausdrücklich betonen, daß es Inflationen gibt, die nur schädlich wirken. Der volkswirtschaftliche Wachstumsprozeß, den die Autonomie der Tarifpartner im letzten Jahrzehnt in der Bundesrepublik Deutschland auslöste, war - anders als 1929 bis 1933 - in erster Linie ein Industrialisierungsprozeß und die Preissteigerung eine abhängige Variable der großen Investitionstätigkeit. Hier liegt das Entscheidende. In dem Augenblick, in dem ein Unternehmer den technischen Fortschritt eingeführt hat, muß der andere auch investieren, schon aus Konkurrenzgründen. Das ist der sich selbst nährnde Prozeß, der inflationistische Wirkung hat, denn er schafft Einkommen, ohne daß die Konsumgüter in dieser Phase schon in gleichem Umfang steigen. Erst wenn die Maschinenanlagen fertiggestellt sind, ist mit einer Steigerung des Angebots neuer, zusätzlicher Güter zu rechnen. Wie sich dann das Preisniveau entwickelt, ist eine Frage der inzwischen erreichten Verbesserung der Produktivität. Eine Steigerung der Löhne muß also nicht nur negative Ergebnisse haben.

### **Klose**

Ich wollte nur kurz auf die These von Herrn Frisch zurückkommen, wonach das Angebot im allgemeinen ausreichend sei. Ich glaube, gerade im Sektor der Dienstleistungen, dem eine wachsende Bedeutung zukommt, gilt dies zumindest weithin nicht mehr, sondern hier wird deutlich, vor allem in der Fremdenverkehrswirtschaft, daß die Angebotsenge eine ganz große Bedeutung für die Preisbildung hat. Gerade beim Fremdenverkehr ist interessant, daß es nicht nur "Leitbetriebe" für die Preisbildung gibt, sondern auch typische "Leitorte". Wir sehen gerade in Österreich, daß die Preisbildung in der Fremdenverkehrswirtschaft von gewissen Orten bestimmt wird, eben von Zentren des Fremdenverkehrs. Hier finden wir eine praktisch unaufhaltsame Tendenz starker Preissteigerungsraten - vielfach 10 bis 20% jährlich. Diesen Preissteigerungen kann aber kaum wirksam begegnet werden, da einerseits eine so starke Nachfrage vorherrscht, andererseits einer Erweiterung des Angebotes unüberwindbare Schwierigkeiten, so etwa bei den Arbeitskräften, entgegenstehen. In diesem wichtigen Bereich der Dienstleistungen versagen alle Möglichkeiten, etwa durch eine Einschränkung der Autonomie der Sozialpartner einzugreifen, da die Löhne fast unabhängig von den Tariflöhnen gebildet werden. Gerade in diesen Sektoren finden wir die stärksten Abweichungen von Effektiv- und Tariflöhnen, die Lohnbildung erfolgt hier praktisch auf einem freien Markt. Nun handelt es sich hier aber nicht um wenige Ausnahmen, sondern die Bereiche, in denen sich solche Tendenzen zeigen, sind im Zunehmen begriffen. Es ergeben sich daraus auch die Grenzen der Möglichkeiten, das Lohn-Preis-Problem durch Maßnahmen zu bewältigen, die auf eine Einengung der Autonomie der Sozialpartner hinzielen.

### **Bombach**

Sie schneiden damit wieder ein Sektorenproblem an, diesmal bedingt durch einen Engpaß. Es wird heute abend im Rahmen dieser Diskussion aber kaum möglich sein, auf solche Einzelfragen einzugehen. Wir nannten bereits die Landwirtschaft und den Kohlebergbau.

Aber ganz nebenbei haben Sie ein sehr bedeutsames Problem angeschnitten: die Schere zwischen den Tariflöhnen und den Effektivlöhnen. Die Schere zu beobachten ist besonders wichtig, wenn wir die Unterscheidung "Lohninflation" und "Nachfrageinflation" diskutieren.

Können wir angesichts der heute bestehenden enormen Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen überhaupt von Kostendruckinflation sprechen, wo in einigen Industriebereichen bei Einstellungen überhaupt nur noch über das diskutiert wird, was über den Tariflohn hinaus zu zahlen ist? Was heißt hier noch "Lohndruck"?

Wenn die Unternehmer bereit sind, derart großzügig zu verhandeln, so ist dies meines Erachtens ein deutliches Indiz für Nachfragesog.

### **Pütz**

Das hat mit der Macht der Gewerkschaften überhaupt nichts zu tun.

**Bombach**

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften ist dann doch eigentlich nicht sehr viel mehr als ein Konstatieren der Marktlage, so etwa, wie die Diskontpolitik oft nur die Situation auf dem Geldmarkt konstatiert. Dies ist eine wichtige Beobachtung, auf die auch Herr Voigt hinwies.

Die Tarifautonomie wird heute immer wieder für die Inflation verantwortlich gemacht. Es gibt aber auch Ökonomen, die sagen, wir hätten viel höhere Löhne und damit noch mehr Inflation, wenn es keine Tarifverträge gäbe.

**Tacke**

Ich glaube, hier muß man einiges richtig stellen. So groß, wie es in der Öffentlichkeit betont wird, ist die Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen nicht. Man darf sich nicht an Einzelercheinungen orientieren. Ich kann Ihnen sagen, zwischen unseren Tariflohnstatistiken und den Statistiken des Statistischen Bundesamtes über die Effektivverdienste liegt, im Gesamten gesehen, eine Spanne von etwa 20%, die man als sogenannte übertarifliche Löhne bezeichnen könnte.

**Bombach**

Das ist aber doch sehr erheblich.

**Tacke**

Entschuldigen Sie! Sie müssen dann aber noch etwas zur Kenntnis nehmen. In weiten Bereichen unserer Produktionsindustrie baut der Lohn auf dem Leistungsprinzip und nicht auf dem Zeitlohn auf. Dieser Leistungslohn orientiert sich an Zeitvorgaben, die heute mit den verschiedensten Lohnanreiz- und Lohnfindungssystemen ermittelt werden. In den letzten Wochen besuchte ich einige Betriebe. Dabei stellte ich fest, daß sogar ich in einem Betrieb den Leistungsgrad um fünf Prozent niedriger schätzte, als er in Wirklichkeit war. Der Leistungsgrad lag bei 122%. Dann ist der "tarifliche Überverdienst" kein echter Überverdienst mehr, sondern ein leistungsgerechter Lohn.

**Bombach**

Und Sie glauben, daß man diesen Leistungsgrad ganz objektiv messen kann?

**Tacke**

Was heißt objektiv? Objektiv ist er zumindest, wenn man sich über die Grundprinzipien einer Normalleistung innerhalb eines Betriebes einig ist und eine objektive Zeitvorgabe feststellt, an die man sich halten kann. Man kann natürlich alles anzweifeln. Eine völlige Objektivität gibt es im Leben wohl nicht.

**Voigt**

An dieser Stelle der Diskussion müssen wir uns noch der Grundkonzeption bewußt werden, die Anlaß wurde, die Autonomie der Tarifpartner als optimale Lösung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer in einem Entwicklungsprozeß anzusehen.

Die Vorstellung, daß es im Interesse der bestmöglichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung den unmittelbar Beteiligten überlassen bleiben könne, die Höhe der Löhne und Sozialleistungen miteinander auszuhandeln, und keine andere Stelle, nicht einmal der Staat, das Recht und die Pflicht zur Einwirkung habe, beruht auf folgenden Voraussetzungen.

Auf der einen Seite gab es Arbeitnehmer, die für die Arbeitsleistungen möglichst hohe Entgelte forderten. Auf der anderen Seite standen die Unternehmer, die als Arbeitgeber zu Lasten ihres eigenen Gewinns oder Vermögens die Löhne bezahlen mußten. Auf Grund der Koalitionsfreiheit stehen bei den Lohnverhandlungen auf der einen Seite die Arbeitgeberverbände als Zusammenschluß der Unternehmer. Zu ihrem persönlichen Vorteil gehen die Arbeitsleistungen und zu ihren Lasten erhöhte Lohnzahlungen. Auf der anderen Seite stehen die Gewerkschaften als Zusammenfassung der Arbeitnehmer, die die Arbeitsleistungen erbringen sollen und dafür Bezahlung fordern. Es sind zwar gleichberechtigte Verbände mit gleichem verhandlungstechnischen Gewicht, aber mit entgegengesetzter Interessenlage.

In dieser Ausgangslage, die für das Ende des vorigen Jahrhunderts typisch war, hat sich in der modernen Entwicklung einiges so grundsätzlich geändert, daß die Voraussetzungen für die Grundkonzeption der Autonomie der sogenannten Sozialpartner erheblich verschoben wurden.

1. In weiten Teilen unserer Wirtschaft ist nicht mehr jenes Idealbild des Einzelunternehmers vorherrschend, der auf der Grundlage seines Privatvermögens den Wirtschaftsablauf gestaltet. In den großen anonymen Konzernen werden die Lohnverhandlungen nicht mehr von dem geführt, zu dessen finanziellen Lasten bewilligte höhere Löhne gehen.

2. Einem Generaldirektor, der die große Zahl der Aktionäre seiner Gesellschaft nicht kennt, ist ein gutes Verhältnis zu den Arbeitnehmern seines Unternehmens meist wichtiger als die Gewinninteressen der ihm unbekanntenen Aktionäre, die meist selbst nicht einmal in der Hauptversammlung erscheinen. Außerdem kommt es kaum vor, daß ein Aktionär in einer Hauptversammlung zu hohe Löhne der Arbeiter des Unternehmens beanstandet.

3. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Unternehmung, die es in der Bundesrepublik Deutschland seit 1946, seit den Mitbestimmungsgesetzen von 1951 und 1956 und dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 gibt, hat in den Bereichen, die uns für unsere Problemstellung besonders interessieren, die Willensbildung der Unternehmungen im Vergleich zur ursprünglichen Grundkonzeption der Autonomie der Tarifpartner völlig verändert.

Zeigen wir dies am extremsten Fall, der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, jenes Industriezweiges, der zu den bedeutendsten der Bundesrepublik Deutschland gehört. Wer übt hier in diesen Unternehmungen die Funktion des Arbeitgebers aus? Niemand mehr, der auf Grund einer Bewilligung erhöhter Löhne oder Sozialleistungen finanziell wesentlich betroffen wird.

Doch betrachten wir zunächst den Vorstand der Unternehmungen dieses Wirtschaftszweiges. Jedes Vorstandsmitglied darf nur für die Dauer von 5 Jahren bestellt werden. Die Bestellung nimmt der Aufsichtsrat vor.

Wer sind diese wichtigen Persönlichkeiten im Aufsichtsrat? Paritätisch sind hier Vertreter der Arbeitnehmer wie der sogenannten Anteilseigner vertreten. Unter den sogenannten Anteilseignern finden wir weniger Eigentümer von Aktien als vor allem Vertreter befreundeter Gesellschaften und Banken. Die Arbeitnehmervertreter sind teils Vertreter der Gewerkschaften, teils der Arbeitnehmer des eigenen Unternehmens. Die sogenannte neutrale Persönlichkeit wurde in etwa der Hälfte der Fälle von den Arbeitnehmern gestellt, und zwar grundsätzlich in den Unternehmen, in denen nicht ein Arbeitnehmervertreter Vorsitzender des Aufsichtsrats ist. In der Hälfte aller Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs herrscht folglich im Aufsichtsrat eine Mehrheit der Arbeitnehmervertreter.

Ein Vorstandsmitglied, das sich periodisch der Wiederwahl stellen muß, ist gar nicht in der Lage, so zu handeln, wie ein Eigentumsunternehmer in dem Modell handelt, das der Grundkonzeption der Autonomie der Tarifpartner zugrunde liegt. In seiner Willensbildung muß er auf ein gutes Einvernehmen zu den Arbeitnehmern bedacht sein.

Noch bedeutsamer ist aber, daß die Arbeitgeberfunktion hier von einem Vertrauensmann der Gewerkschaften ausgeübt wird, nämlich dem Arbeitsdirektor, dem in der Regel als gleichberechtigtem Vorstandsmitglied das Sozial- und Personalreferat übertragen ist. Der Arbeitsdirektor ist in der heutigen Praxis in der Bundesrepublik stets ein profiliertes Mitglied der Gewerkschaft gewesen und gehört ihr heute noch als Mitglied an. Zu seiner Wahl und Abberufung sind grundsätzlich die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erforderlich. Ein Arbeitsdirektor ist gar nicht in der Lage, den "Gegenpart" der Gewerkschaften darzustellen. Er ist vielmehr ihr Ideenträger in den Unternehmungen.

Betrachten wir nun den zuständigen Arbeitgeberverband dieser Wirtschaftszweige. In den entscheidenden Positionen sitzen zu 33% die Arbeitsdirektoren, also die Ideenträger der Gewerkschaften. Bei Lohnverhandlungen sitzen den Gewerkschaften auf der Gegenseite ihre eigenen Leute gegenüber. Damit ist die ursprüngliche Grundkonzeption des Liberalismus völlig durchbrochen.

Daß die Arbeitsdirektoren ihrerseits auf die Willensbildung der Gewerkschaften einwirken und die Zahl der Streiks in der Bundesrepublik Deutschland erheblich abnahm, ist wichtig, aber trifft den Kern der Frage nicht, die wir heute diskutieren.

Gewiß ist weiter die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen anderer Wirtschaftszweige schwächer. Trotzdem haben sie auch hier mehr oder weniger die Willensbildung der Unternehmungen jener Wirtschaftszweige verändert, in denen Kapitalgesellschaften vorherrschen. Je größer der Arbeitskraftmangel in einer Volkswirtschaft ist, um so stärker pflanzen sich Lohnerhöhungen und eine Erhöhung der Sozialleistungen, die in einem oder einigen

Wirtschaftszweigen immer wieder erneut gewährt werden, von einem Wirtschaftszweig zum anderen fort.

Wir können nicht mehr davon ausgehen, daß eine Autonomie der Tarifpartner jenes optimale volkswirtschaftliche Ergebnis aus der Verhandlungsposition zweier gleichberechtigter Gruppen mit entgegengesetzten Interessen hervorbringt, das die Theorie der Sozialpolitik heute oft noch behauptet.

### **Bombach**

Ich möchte Ihnen für Ihre präzisen Ausführungen zu diesem Problem, lieber Kollege Voigt, danken. Nun zwingt uns aber die fortschreitende Zeit, die Diskussion über mögliche Ursachen der schleichenden Inflation abzubrechen. Von der Diagnose müssen wir übergehen zur Therapie. Lassen Sie mich versuchen, kurz das Resümee zu ziehen.

An den Anfang ist die Unterscheidung zwischen Kosteninflation und Nachfrageinflation gestellt worden. Wie oft bei ähnlichen Diskussionen, sind auch wir zu dem Ergebnis gekommen, daß eine scharfe Trennung nicht möglich ist. Das statistische Abbild beider Inflationstypen ist das gleiche. Dennoch hat es sich für unser Gespräch als zweckmäßig erwiesen, an dem üblichen Sprachgebrauch festzuhalten.

Wir könnten die Ökonomen heute einteilen in Anhänger der Kostendruck-Theorie und Anhänger der Nachfragesog-Theorie, sofern wir von jenen absehen, die diese Unterscheidung überhaupt ablehnen. Wahrscheinlich würden die Kostendruck-Theoretiker heute eine beachtliche Mehrheit erzielen. Professor Pütz hingegen hat sich mit seinem Referat und den Diskussionsvoten eindeutig zur zweiten Gruppe bekannt. Ich persönlich habe ihm zugestimmt. Seine Hauptthese war, daß die heutige Macht der Gewerkschaften und die Großzügigkeit der Unternehmer bei der Konzessionierung von Lohnerhöhungen nur eine Folge des Nachfrageüberhanges auf den Gütermärkten seien. Mit ihm werde das eigentliche Inflationsklima geschaffen. Wenn ich auf die einzelnen Voten zurückblicke, so ist trotz mancher Bedenken kein ernsthafter Widerspruch erfolgt.

Natürlich dürfen, das hat die Diskussion gezeigt, die Zusammenhänge zwischen der Angebots-Nachfrage-Situation auf den Gütermärkten und den Vorgängen auf dem Arbeitsmarkt nicht übervereinfacht gesehen werden. Die Lohnpolitik paßt sich oft erst sehr langsam und mit großen zeitlichen Verzögerungen an neue Gegebenheiten an. Ein besonderes Problem bringt die Anpassung an niedrigere reale Wachstumsraten nach der Zeit der stürmischen Aufwärtsentwicklung nach dem Kriege mit sich.

Wir konnten uns aber nicht mit der Feststellung zufriedengeben, die Ursachen der schleichenden Inflation lägen darin begründet, daß die Gesamtnachfrage schneller wachse als das Angebot. Man wollte darüber hinaus wissen, welche Komponenten der Gesamtnachfrage es seien, die zu schnell wachsen. Diese Problemstellung aber sprengt bereits den Rahmen einer rein theoretisch-statistischen Analyse. Die Theorie kann keine Normen setzen. Die Analyse kann nur feststellen, daß bestimmte Komponenten in manchen Zeiten vielleicht die Investition, in anderen der Staatsverbrauch, in wieder anderen der Konsum - überproportional gewachsen sind, d. h. ihren Anteil am Gesamtprodukt vergrößert haben. Damit darf aber den betreffenden Komponenten noch nicht die Schuld für die Inflation zugeschoben werden. Das überproportionale Ansteigen mag wünschenswert oder sogar notwendig gewesen sein, und eine ernst genommene Politik der Geldwertstabilität hätte dann eben dafür sorgen müssen, daß andere Nachfrager entsprechend zurückstecken.

Zur Sprache gekommen sind ferner bestimmte, genau identifizierbare Herde für inflatorische Preisbewegungen. Natürlich droht noch keine ernste Gefahr für das allgemeine Preisniveau, solange die "Sonderbereiche" begrenzt bleiben. Niemals wird ja das Ziel verfolgt, individuelle Preise zu stabilisieren. Steigende Preise in bestimmten Branchen - bedingt durch geringe Chancen der Produktivitätssteigerung, wobei mehrfach auf die Eigenheiten des tertiären Sektors hingewiesen wurde, insbesondere durch Herrn Frisch - können kompensiert werden durch Preissenkungen in Branchen mit raschem Produktivitätsfortschritt.

Zwei Bedingungen müssen allerdings erfüllt sein, wenn dieser Kompensationsprozeß funktionieren soll. Erstens müssen die Preise überhaupt noch nach unten beweglich sein. Bei völliger Preisrigidität in einer Richtung ist die Inflation unvermeidlich. Zweitens darf es nicht so sein, daß die Gewerkschaften der Bereiche mit überdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt ihre Möglichkeiten voll nutzen. Die Bereiche mit geringem Produktivitätswachstum ziehen sonst in dem berechtigten Streben nach, traditionelle Lohnrelationen wieder herzustellen.



Schließlich hat es sich noch gezeigt, daß bei der Stellung der Diagnose die Scherenbewegung zwischen Tarif- und Effektivlöhnen im Auge behalten werden sollte.

Wenn wir uns nun dem zweiten Problemkreis - der Behandlung wirtschaftspolitischer Stabilisierungsmaßnahmen - zuwenden, werden wir uns mit der von Herrn Pütz in den Mittelpunkt gestellten Frage auseinanderzusetzen haben: Was kann unter Beibehaltung der Tarifautonomie getan werden, um ein grundsätzlich anderes Klima für die Lohnverhandlungen zu schaffen?

Anzuknüpfen wäre an das von Herrn Spiegelhalter aufgezeigte Kardinalproblem. Inflation herrscht, wenn die Gesamtnachfrage schneller wächst als das Güterangebot. Dazu müßten wir aber lokalisieren, welche Komponenten nach unserer Ansicht zu schnell wachsen. Die Theorie kann, so wurde soeben festgestellt, darauf keine Antwort erteilen. Man würde auch von dem Gutachtergremium, dessen Bildung nun zur Diskussion stehen wird, zuviel erwarten, wenn man annähme, es könnte uns sagen, diese oder jene Aufteilung des Sozialproduktes auf die Hauptnachfrageaggregate sei "vom Standpunkt der Wissenschaft" die richtige. Vielleicht glaubt man gerade in Deutschland mehr als in anderen Ländern, es gäbe so etwas wie einen einheitlichen Standpunkt der Wissenschaft, oder die Professoren könnten mittels wissenschaftlicher Methoden helfen, den Kampf um die Anteile am Sozialprodukt zu "objektivieren".

Der Anhänger des klassischen Marktwirtschaftsmodells wird vielleicht einwenden, man solle sich bei der Anti-Inflationspolitik ganz auf globale Maßnahmen beschränken; der Marktmechanismus werde dann schon für die adäquate Aufteilung sorgen, d. h. die Nachfrage beschneiden, die am wenigsten dringlich ist. Jede politische Diskussion über die Aufteilung des Gesamtproduktes auf Hauptnachfragekomponenten sei dem Wesen der Marktwirtschaft fremd. Aber, wenn ich das einmal vorwegnehmen darf, uns ist bei diesem Modell nicht mehr so ganz wohl. Wer garantiert uns z. B., daß die Geldpolitik gerade jene Nachfrage eindämmt, die am wenigsten dringlich ist? Darüber hinaus ist der Marktmechanismus ohnehin in weiten Bereichen in seinem Funktionieren gehemmt oder ganz außer Kraft gesetzt.

Man will sich also nicht mehr so recht auf einen Automatismus verlassen. Deshalb heute in vielen Ländern das Streben nach einer Vorausschau und einer bewußten Beeinflussung.

Die Skala der Möglichkeiten, die wir dabei diskutieren müssen, ist außerordentlich weit. In Deutschland denkt man daran, neben den wissenschaftlichen Beiräten ein Sachverständigengremium zu schaffen, das lediglich eine Diagnose stellt, die Auswirkungen bestimmter Entwicklungen, Ereignisse und Pläne auf Wachstum, Beschäftigung und Preisentwicklung abschätzt, aber - und das ist wichtig - selbst keine Empfehlungen unterbreitet. Am anderen Ende dieser Skala stehen Länder, die Nationalbudgets aufstellen und diese den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zugrunde legen.

Wenn wir dann weiter Maßnahmen der Beschneidung der monetären Nachfragediskutieren, so stellen sich uns zwei Probleme. Logischerweise sollte an erster Stelle die Frage stehen, wer uns die Normen für eine Antiinflationspolitik setzt, d. h. an welcher Stelle die Nachfrage eingeschränkt werden soll. Daran schließt sich die zweite Frage an, nämlich wie die Zurückdrängung der Nachfrage, auf die man sich geeinigt hat, durchgesetzt werden kann. Dies ist die Frage nach den Instrumenten. In der Praxis beachtet man meist leider nicht diese logische Rangordnung, sondern beschneidet die Nachfrage einfach dort, wo es am leichtesten geht. Der Weg des geringsten Widerstandes wird beschriftet.

Schlußfolgerungen werden heute meist- implizit oder explizit - unter der Prämisse abgeleitet, daß Lohnneinkommen voll für Konsumzwecke ausgegeben werden. In den Spargewohnheiten hat sich aber in den letzten Jahren ein bedeutender Wandel vollzogen, der bei unseren Diskussionen berücksichtigt werden sollte. Auch sollten wir uns mit den heute bestehenden Plänen einer bewußten Sparförderung auseinandersetzen, Pläne, die bis zu einer Art Zwangssparen und zum Investivlohn hinreichen, der gerade auch wieder einmal modern zu werden scheint.

## Küng

Mir will scheinen, als ob die Antwort verhältnismäßig einfach sei, wenn wir feststellen, daß in einer Volkswirtschaft eine aktive Leistungsbilanz vorliegt, grob ausgedrückt ein Exportüberschuß im Betrage von soundso viel Milliarden. Wir werden daraus zunächst einmal ableiten dürfen, daß dadurch ein inflatorischer Effekt auf die Binnenwirtschaft ausgeübt wird. Als nächstliegende Abhilfemaßnahme wäre somit die Wechselkurspolitik ins Auge zu fassen, weil sie in erster Linie auf den Außenhandel einwirkt.

Oder wir stellen z. B. fest, daß der Staatshaushalt ein Defizit aufweist, finanziert etwa durch Kredite der Notenbank. Die Therapie scheint zunächst wiederum eindeutig: Schaffen wir dieses Defizit aus

der Welt, und wir werden den dadurch verursachten Beitrag zur inflatorischen Situation ebenfalls zum Verschwinden bringen.

Wir stellen weiter fest, daß die Summe der durchgeführten Investitionen um soundso viel Milliarden den Betrag der bereitgestellten freiwilligen Ersparnisse übersteigt. Daraus schließen wir, daß dies wiederum inflatorisch wirkt. Wenn wir die Kreislaufexpansion vermeiden wollen, sollten wir vielleicht am besten bei den Investitionen ansetzen, falls wir es nicht vorziehen, irgendwelche anderen Variablen zu beeinflussen. Das gegebene Mittel wäre hier natürlich die Kreditpolitik. Sie trifft in erster Linie die Investitionen.

Ich sagte ausdrücklich, daß es sich um eine Beurteilung auf den ersten Blick handelt. Ich stelle lediglich fest, daß gewisse Faktoren inflatorisch wirken können und daß es bestimmte Einwirkungsarten gibt, um sie aus der Welt zu schaffen. Ob es wirklich zweckmäßig ist, sie anzuwenden, bleibt noch offen. Läßt sich z. B. beobachten, daß die Konsumausgaben zu hoch sind im Vergleich zum Angebot auf den Konsumgütermärkten, so müßte man offenbar diese Konsumgüteraussgaben drosseln. Vielleicht kann man sich aber auch dazu entschließen, den Überschuß der Investitionen über die freiwilligen Ersparnisse bewußt beizubehalten, etwa in einem unterentwickelten Land, um auf lange Frist zu operieren und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Vielleicht kann man sich daher entschließen, vorübergehend eine zwangsweise Konsumeinschränkung durchzuführen.

Auf den ersten Blick scheinen mithin die angezeigten Interventionsmittel eindeutig zu sein. Vielleicht kommt man aber bei einer näheren Überlegung doch zu anderen Vorschlägen.

### **Bombach**

Wir sollten das Problem der Entwicklungsländer und die Frage, ob man dort via Inflation die Investitionen finanzieren sollte oder könnte, ausklammern, denn das ist ein Problem für sich.

Nun nehmen wir also den Fall, in welchem eine überproportionale Zunahme der Staatsausgaben vorliegt, finanziert durch ein Haushaltsdefizit. Als Maßnahme bietet sich an, das Defizit zu beschneiden, und zwar durch eine Ausgabenreduktion. Dieser Schluß wird meist gezogen. Ich kann mich aber auch auf den Standpunkt stellen, die Zunahme der Staatsausgaben sei unumgänglich. In der Schweiz etwa müssen Straßen gebaut werden. Dann verbleibt nur eine Erhöhung der Steuern, die die volkswirtschaftlichen Ausgaben an anderer Stelle vermindert.

Aber dann ergibt sich sofort die Frage, wo die Steuern ansetzen sollen. Sollen sie die Investitionen oder den Konsum treffen?

### **Altmann**

Das Thema Inflation ist aber nur interessant, wenn wir sagen können, daß ein ursächlich enger Zusammenhang mit dem Preis-Lohn-Problem besteht. Darauf müssen wir stärker zurückkommen, wenn wir zum praktischen Teil kommen wollen, sonst erschöpft sich unser Gespräch tatsächlich in einer Theorie der inflationären Entwicklung.

### **Pütz**

Darf ich jetzt einmal ganz praktisch sprechen? Das Institut für Wirtschaftsforschung in Wien hat eine Diagnose gestellt. Daraus ist eine Therapie entwickelt worden, die die österreichische Wirtschaftspolitik angewandt hat.

Von der währungspolitischen Seite erfolgte daraufhin eine Offenmarktoperation - nicht von der diskontpolitischen Seite, auf die man verzichtet hat. Weiter kam es zu einer Verschärfung der Mindestreservenvorschriften. Dann bemühte man sich, in der Budgetentwicklung zurückzustecken und das Defizit, das an sich schon größer geplant war, möglichst zu verkleinern und zum Ausgleich zu bringen. Weiter hat man Maßnahmen in der Außenhandelspolitik im Sinne der Zollsenkungen vorgenommen.

Es wurden also die klassischen Mittel angewandt. Außerdem wurden die Sozialpartner angesprochen und eine Art Stillhalteabkommen getroffen.

Wenn jetzt eine Beruhigung eingetreten ist, so sagt das Institut für Wirtschaftsforschung dazu, daß dieser Erfolg in der Beruhigung der Preisentwicklung weniger die Folge dieser Maßnahmen, sondern des Rückganges der Gesamtkonjunktur sei.

Wenn wir jetzt nach der Rationalität der Maßnahmen fragen, so war alles äußerst vernünftig. Ich sehe da keine so komplizierten normativen Probleme wie Sie, Herr Spiegelhalter.

Man hat alle diese Maßnahmen benutzt, weil man den Eindruck hatte, daß die von den bekannten Bereichen bedingten Nachfrageaggregate zu schnell gewachsen sind. Infolgedessen hat man dämpfende Maßnahmen eingebaut. Die Dosierung der Maßnahmen ist eine Spezialfrage.

### **Spiegelhalter**

Wenn Sie sagen "zu schnell", haben Sie mit dem Wörtchen "zu" doch schon wieder eine Norm gesetzt.

### **Pütz**

Das ist doch keine Norm, das ist eine Feststellung.

### **Bombach**

Wenn Sie es als Grundlage einer wirtschaftspolitischen Maßnahme benutzen, dann ist es doch zur Norm geworden.

### **Pütz**

Ja, das Normative ist der Geldwert, die Erhaltung des Geldwertes.

### **Andreae**

Wer soll die Währung erhalten? Alle Beteiligten, wer mehr, oder wer weniger?

### **Bombach**

Herr Andreae, wir reden ja um die Gretchenfrage herum, um die Frage, ob es jenes ominöse Nationalbudget geben soll, mit welchem einmal im Jahr im voraus festgelegt wird, was als vernünftig, als "richtig" zu gelten hat, oder ob man die Politik als die Kunst des Möglichen betreibt und die Dinge aushandelt: hier ein bißchen mehr, dort etwas weniger. Dies gilt natürlich auch innerhalb der großen Nachfrage-Komponenten. Wir tun hier z. B. so, als seien Staatsausgaben ein großes Aggregat, als stünde dahinter ein gemeinsamer Wille. Im Grunde sind es bei uns Bund, Länder, Gemeinden und Nebenfishen, die sich alle untereinander kräftig streiten. Der Bund und die Länder sagen, die Gemeinden geben zuviel aus; die Gemeinden sagen, wir geben gar nicht zuviel aus, sondern unsere Steuerquellen sind zu schwach. Wir erhalten zuwenig von den übergeordneten Haushalten: gebt uns 5% der Einkommensteuer, dann ist alles behoben.

Immer geht es um Normen.

### **Wenger**

Herr Professor Pütz hat in seinem Referat die These aufgestellt, allfällige negative Auswirkungen der Tarifautonomie der Sozialpartner könnten weitgehend hintangehalten werden, wenn diese Tarifautonomie durch allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates von vornherein in die notwendigen Schranken gewiesen wird. Ich stimme dieser These durchaus zu, möchte aber doch in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen, ob angesichts der allseits zunehmenden Einflußnahme der Interessenverbände auf die staatliche Wirtschaftspolitik ein solches In-die-Schranken-Weisen noch in genügendem Ausmaß möglich ist.

Josua Werner ist in seiner Untersuchung über die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft zu dem m. E. überzeugenden Ergebnis gekommen, daß gerade die langfristige Sicherung einer freien Marktwirtschaft einen Staat verlangt, der über eine starke Autorität verfügt. Eine starke Autorität setzt aber eine weitgehende Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der staatlichen Organe voraus. Aus der praktischen Erfahrung heraus wage ich zu bezweifeln, daß diese Voraussetzung heute noch gegeben ist.

Ich möchte diese Meinung mit einigen Hinweisen auf die österreichischen Verhältnisse begründen. Grundsätzliche Angelegenheiten des Außenhandels und bewilligungspflichtige Einfuhrgeschäfte mit einem Warenwert von mehr als S 150 000 müssen nach dem österreichischen Außenhandelsgesetz einem Beirat zur Begutachtung vorgelegt werden, dem neben Vertretern der Wirtschaftsministerien und der Notenbank auch Vertreter der gesetzlichen Interessenverbände angehören. Formal kann

zwar dieser Beirat keine verbindlichen Beschlüsse fassen, doch praktisch ist bei der gegebenen politischen Situation eine Entscheidung gegen die Stellungnahme der Interessenvertretungen in diesem Beirat (die überdies mit den Tarifpartnern identisch sind) kaum denkbar. Ähnliches gilt für den im Zollgesetz vorgesehenen Beirat. Es handelt sich hierbei nicht um eine Begutachtung von Gesetzentwürfen, sondern um eine Mitwirkung an der Vollziehung. Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, daß durch diese Konstruktion marktkonforme Maßnahmen zur Dämpfung des Preis-Lohn-Auftriebes, wenn überhaupt, dann nur in geringem Ausmaß und mit reichlicher Verspätung gesetzt werden können.

Eine ähnliche Situation wie auf den Warenmärkten ist auf dem Arbeitsmarkt gegeben. Obwohl nach der österreichischen Rechtslage für die Erteilung der Beschäftigungsgenehmigung für ausländische Arbeitskräfte die Arbeitsämter bzw. das Sozialministerium zuständig sind, gelang es bis 1962 den Arbeiterkammern und Gewerkschaften, einen angesichts der weitgehenden Erschöpfung des heimischen Arbeitskräftepotentials volkswirtschaftlich erwünschten Zuzug einer größeren Zahl ausländischer Arbeitskräfte hintanzuhalten. Inwieweit dabei die Tatsache, daß der derzeitige Sozialminister vor seinem Amtsantritt die Funktion eines Generalsekretärs des Österr. Gewerkschaftsbundes ausübte, eine Rolle spielt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Tatsache ist jedenfalls, daß erst zu Beginn des Jahres 1962, also zu einem konjunkturpolitisch viel zu späten Zeitpunkt, auf Grund einer Einigung zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmerverbänden ein größeres Kontingent bewilligt wurde.

Schon diese Beispiele zeigen, wie wenig der Staat bei dem allseits feststellbaren zunehmenden Einfluß der Interessenverbände unabhängig von den Sozialpartnern rechtzeitig wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen setzen kann. Bekanntlich hat Walter Eucken in seinen "Grundsätzen der Wirtschaftspolitik" die Meinung vertreten, eine Ausstattung der Verbände mit öffentlichen Privilegien nach dem Modell der berufsständischen Ordnung würde das soziale Problem eher verschärfen als überwinden. Das gilt m. E. auch für das Inflationsproblem.

Für unsere Diskussion möchte ich daher - vielleicht etwas überspitzt - formulieren: Die Tarifautonomie der Sozialpartner erscheint mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung solange vereinbar, als der Einfluß

Der Sozialpartner auf die allgemeine staatliche Wirtschaftspolitik die Entscheidungsfreiheit der staatlichen Organe auf diesem Gebiete nicht beeinträchtigt. Sie wird aber in dem Moment zur Gefahr, wo der Staat von seinen wirtschaftspolitischen Funktionen so viel an die Sozialpartner delegiert, daß er nicht mehr imstande ist, gegenüber der koalitierten Macht der Sozialpartner die Rolle einer "countervailing power" zu spielen.

### **Bombach**

Allgemein gesehen haben Sie recht. Der Staat ist keine handelnde Person. Aber fragen wir, wer ist denn dieser Staat?

### **Wenger**

Die obersten Staatsorgane, vor allem die Regierung. Und ihre Aufgabe, konkret auf die wirtschaftspolitische Praxis übertragen, ist, den etwas überwuchernden Einfluß der Sozialpartner auf die Wirtschaftspolitik des Staates zurückzudämmen.

### **Bombach**

Wie weit ist nicht auch das Parlament identisch mit den Sozialpartnern?

### **Wenger**

Für das Parlament möchte ich eine solche Identität nicht ohne weiteres behaupten. Sie ist sicherlich bei einzelnen Abgeordneten gegeben, aber schon nicht mehr für die parlamentarischen Fraktionen, die in der Regel einheitlich abstimmen.

### **Bombach**

Dieses Problem stellt sich heute ganz deutlich, und ich glaube, die Engländer haben es am klarsten gesehen. Ich meine die Frage, ob man bestimmte wirtschaftspolitische Instrumente ganz in die Hände des Kabinetts legen soll, befreit von den Eingriffsmöglichkeiten des Parlaments und den großen Verzögerungen der Gesetzgebungsmaschinerie. Zu denken ist insbesondere an die Variation von Steuersätzen entsprechend der jeweiligen konjunkturellen Situation. Damit würde sich dann in

beschränktem Rahmen auch die Möglichkeit einer Wirtschaftspolitik jenseits der Einflußsphäre der Interessentengruppen ergeben, über die sonst nur die Geldpolitik verfügt.

### **Wenger**

Das gilt nicht nur für die Steuerpolitik, sondern auch für andere Gebiete der Wirtschaftspolitik, wie z. B. die Außenhandelspolitik, die Sozialpolitik oder auch für die Geld- und Kreditpolitik. Der wunde Punkt scheint mir aber nicht so sehr die Einflußnahme der Interessentenverbände auf das Parlament zu sein als vielmehr die Einflußnahme auf die Exekutive.

### **Frisch**

Ich möchte indirekt dazu Stellung nehmen, aber direkt gegen die Herren Nationalökonomten. Ich glaube, Wirtschaftspolitik setzt Politik voraus. Und Politik ist heute, ob wir es wollen oder nicht, weitgehend Sozialpolitik. Das Primat der Vollbeschäftigung wird jetzt allgemein anerkannt. Ihre Bemerkung, Herr Bombach, daß alles eine Zeitfrage sei und die Menschen dank den wirtschaftlichen Gesetzen vernünftig werden müssen, ist theoretisch, aber meines Erachtens nicht praktisch richtig, weil wir uns keine Krisen mehr leisten können.

Hier stimmen auch die Nationalökonomten zu, nicht als Nationalökonomten, aber als Staatsbürger. Wir stehen im Wettkampf, vielleicht im falschen Wettkampf, vielleicht im unnötigen Wettkampf mit dem Osten. Im Stadium der sogenannten friedlichen Koexistenz können wir uns bestimmte Dinge nicht leisten.

Was können wir nunmehr tun, um trotz der Aufrechterhaltung des Primats der Vollbeschäftigung die Inflation zu vermeiden? Ich bin der Ansicht: Primat der Vollbeschäftigung bedeutet permanente Expansion, und zwar im gleichen Umfange und vielleicht noch stärker als die Produktivität.

### **Bombach**

Expansion wessen?

### **Frisch**

Expansion der Produktion. Weil wir die Vollbeschäftigung aufrechterhalten müssen.

Expansion wird im allgemeinen in einer mindestens teilweise freien Wirtschaft durch Kreditschöpfung finanziert. Wir können natürlich sagen, das hat aufzuhören, was sich durchaus vertreten läßt. Dann muß man sich aber auch über die Konsequenzen im klaren sein. Die Lohnsteigerung sollte global mit der Produktivität Schritt halten und nicht darüber hinausgehen. Wenn wir im reinen Rahmen des Gleichgewichts bleiben wollen, müssen wir eine nationale Lohnpolitik einführen und den Industrien, die eine hohe Produktivität aufweisen, vorschreiben, daß die Löhne nur um 2% hinaufgehen dürfen und die Preise um 2% heruntergehen müssen. Hierdurch entsteht ein Ausgleich für die unvermeidbare Verteuerung der Dienstleistungen.

### **Bombach**

Aber das bedeutet eindeutig Zwangswirtschaft.

### **Frisch**

Es ist eben die Frage, wie weit Ihre theoretische Antiinflationpolitik vereinbar ist mit einem freien System. Aber ich persönlich glaube nicht ...

### **Bombach**

Herr Frisch, entschuldigen Sie, daß ich eingreife. Sie schneiden im Augenblick ein sehr wichtiges Problem an, das wir erst später behandeln sollten.

### **Frisch**

Nein, das gehört hierher. Ich meine nämlich, daß Ihre klassischen Mittel nichts nützen, weil Sie die Grundfrage nicht beantwortet haben, ob Sie bis zur letzten Konsequenz gehen wollen. Sie können die Wirtschaftspolitik nicht von der Sozialpolitik trennen.

### **Bombach**

Nein, Herr Frisch. Wir diskutieren ja jetzt die Frage, wie man das Wachstum der monetären Nachfrage eindämmen kann.

**Frisch**

Es muß sie aber jemand eindämmen wollen; das ist doch die Frage; das sind politische Fragen ...

**Bombach**

Es muß immer jemand bereit sein, die Beschneidung seines Einkommens (heute besser: des Einkommenszuwachses) zu akzeptieren.

**Neuhauser**

Wir müssen uns doch fragen, ob wir das wirtschaftspolitische Ziel "Geldwertstabilisierung um jeden Preis" realisieren wollen, oder realistischer, was hat die volle Realisierung des wirtschaftspolitischen Zieles "Geldwertstabilität" für Nebenwirkungen auf die Beschäftigung, auf das Wachstum. Das ist die einzige Betrachtung, die wir anwenden.

**Bombach**

Sie bringen damit die bekannte These vor, daß Inflation einfach der Preis für Vollbeschäftigung sei.

**Frisch**

Nein, für die Freiheit.

**Bombach**

Für Vollbeschäftigung unter Freiheit, selbstverständlich. Aber wir müssen später prüfen, ob das richtig ist, ob wirklich diese Alternative besteht. Sie implizieren, daß mit der realen Expansion ein Ansteigen der Preise verbunden sein muß. Das ist keineswegs immer so gewesen. Wir hatten von 1870-1896 ständig eine sehr kräftige Expansion, im Durchschnitt etwa so, wie wir sie heute haben. Diese Expansion ist von einer ungeheuren Kreditausweitung begleitet gewesen, und alles hat sich bei ständig sinkenden Preisen vollzogen.

**Frisch**

Zu wessen Lasten?

**Pentzlin**

Seit 1880 haben wir eine ständige Steigerung des Lebensstandards.

**Bombach**

Herr Frisch, ich gebe zu, daß damals verschiedene Bereiche enorme Schwierigkeiten zu überstehen hatten, in einigen Ländern insbesondere die Landwirtschaft.

**Sombart**

Der Rest der Welt ist ausgebeutet worden.

**Löwenthal**

Meine Herren, wir können doch die Verhältnisse von 1880 nicht mit denen des Jahres 1962 vergleichen.

**Bombach**

Nein, das will ich auch nicht. Ich will nur sagen, daß Sie nicht logisch daraus folgern können, daß jede durch Kredite finanzierte Expansion mit Inflation verbunden sein muß.

**Andreae**

Unter den heutigen politischen und sozialpolitischen Umständen schon.

### **Pütz**

Dann, Herr Kollege Andreae, ist überhaupt nicht mehr zu diskutieren, wenn Sie einfach sagen: die politischen Verhältnisse sind "telles quelles". Dann brauchen wir uns überhaupt nicht mehr zu unterhalten. Jede Unterhaltung hat den Sinn, die Politik zu verändern. Sie können nicht mit der bestehenden Politik als einem Datum rechnen. Wir sprechen doch nur darüber, wie wir die Politik ändern können.

### **Altmann**

Wir verstehen doch hier Theorie nur als Grundlage einer anwendbaren Politik. Wenn wir der Auffassung sind, daß die Mittel, die Sie theoretisch entwickeln, praktisch nicht zu realisieren sind, ganz gleich, ob das an der Macht der Gewerkschaft oder an irgendetwas anderem liegt, dann nützt uns die Theorie nichts. Dann hat sie keinen Erkenntniswert mehr für die Politik. Die Theorie ist dann eine Fiktion geworden.

Wir schieben die eigentliche Diskussion hinaus man muß analysieren, was politisch möglich ist. Das ist eine sehr interessante Frage, bei der uns auch die Verhaltensforschung helfen kann.

### **Stohler**

Wenn wir nur vom politisch Möglichen sprechen wollen, dann können wir überhaupt nicht über Inflationsbekämpfung sprechen.

### **Altmann**

Sehr richtig! Aber wir sprechen ja von der Politik als der Kunst des Möglichen. Die Frage heißt also, ob eine Stabilisierung der Währungspolitik politisch möglich ist.

### **Brechling**

Müssen wir denn immer absolute Ziele haben? Es geht doch darum, die Arbeitslosigkeit und gleichzeitig die Preissteigerung so niedrig wie möglich zu halten. Oder wollen wir wirklich behaupten, daß Preissteigerungen um jeden Preis zu verhindern sind?

### **Bombach**

Sie haben recht, Herr Brechling. Es hat keinen Zweck, einen Idealzustand anzuvizieren, sondern wir können uns immer nur darüber unterhalten, in welcher Richtung Bestehendes geändert werden könnte. Wir können überhaupt nur Tendenzen angeben. Jede Theorie, die Idealzustände angeht, ist mir von vornherein verdächtig.

### **Brechling**

Wir haben z. B. geschätzt, daß wir in England, um vollständige Preisstabilität zu erlangen, eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 5-6% haben müssen. Und das ist zuviel. Warum denn keine 3-4% Inflation? Sie haben natürlich vorhin gesagt, das führe dann unbedingt in die Hyperinflation. Ihre Behauptung ist allerdings empirisch nicht bewiesen.

### **Bombach**

Nein, ich habe nur gesagt, man könnte eine solche Rate als Kriterium verwenden. Herr Pütz hat dann sofort mit Recht eingewandt, diese Rate sei gar nicht angebar.

### **Pütz**

Ich glaube, wir kommen jetzt auf alle möglichen interessanten Nebenwege. Aber es geht doch um die Frage: Tarifautonomie und Preis - Lohn. Wir stehen hier vor einer gewissen Alternative, vor einer politischen: Sollen und können wir versuchen, die Preis-Lohn-Entwicklung nach oben möglichst klein zu halten bei voller Aufrechterhaltung der Tarifautonomie, oder glauben wir, daß wir die Tarifautonomie einschränken müssen?

Ich habe Herrn Frickhöffer zitiert: "Geldwertstabilität geht vor Tarifautonomie". Meine These war, daß man aus gesellschaftspolitischen Gründen alles tun sollte, um die Tarifautonomie (das ist also meine Norm) aufrechtzuerhalten. Freie Gewerkschaften, freie Unternehmerverbände entsprechen der sozialen Marktwirtschaft, eben der freien Gesellschaftsordnung.

Wenn wir das wollen, welche Wege gibt es dann? Ich glaube, daß wir eine Kombination aller Mittel suchen müssen, einmal auf der übergeordneten Ebene, für die der Staat verantwortlich ist (in der Währungspolitik, in der Außenwirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik), auf dem Arbeitsmarkt selber durch eine bessere Zusammenarbeit der Sozialpartner, wie man das in Schweden und bei uns in Österreich versucht, um durch eine Versachlichung der Diskussion zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Vielleicht ist das nur die drittbeste oder die zweitbeste Lösung, aber es scheint mir eine realistische Betrachtung zu sein.

Wenn ich das Verhalten der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände im Laufe der letzten Jahrzehnte ansehe - das gilt für Österreich und gilt auch für andere Staaten;- , so ist gar kein Zweifel, daß der Wille der Beteiligten, aus der reinen Kampfsituation heraus die jeweilige Machtposition auszuschöpfen, nicht mehr der Stil von heute ist. Die Bereitschaft zum Gespräch ist sicher sehr groß. Das ist ein ungeheurer Fortschritt. Auf dem Weg sollten wir weitergehen.

Wir sollten versuchen, durch Verbesserung der ökonomischen Methoden praktisch nutzbare Erkenntnisse zu finden. Wir sollten weiter versuchen, durch ständige institutionalisierte Kontakte der Sozialpartner miteinander zu reden und nicht gegeneinander zu kämpfen. Ich glaube, daß allein auf solchen Wegen die Lösung gefunden werden kann, wenn wir die Tarifautonomie retten wollen. Sonst kommt der Tag, an dem wir sagen werden: Nun geht es nicht mehr, der Staat muß in die Lohnbildung eingreifen.

Dann sind wir von dem Pfad abgekommen, den zu beschreiten wir uns angeschickt haben. Das ist jetzt ein Bekenntnis und auch in diesem Sinne bin ich "Professor".

### **Stohler**

Es wurde die Frage gestellt, wer die Normen setzt für die Beschränkung der Teile der Gesamtnachfrage, um die es bei diesen globalen Maßnahmen geht. Theoretisch kann man diese Normen, wie wir gesagt haben, nicht festlegen. Wir müssen die faktische Frage beantworten: Wie werden diese Normen heute bei uns gesetzt? Nach welchen Kriterien wird die Gesamtnachfrage eingeeignet? Und da, scheint mir, hat Galbraith eine wesentliche Antwort gegeben. Er hat gesagt: Das überkommene Vorurteil, die Konvention, setzt diese Normen.

Mir scheint, daß wir in den jüngsten Tagen wieder ein Anwendungsbeispiel dafür gesehen haben. In der Bundesrepublik ist ein "Haushalt der Besinnung", ein Maßhalte-Haushalt verabschiedet worden. Der öffentliche Sektor ist beauftragt, Maß zu halten. An zweiter Stelle wird der Sektor der Investitionen, zunächst der öffentlichen und dann der privaten, damit beauftragt. Ein Sektor, der nicht mit der Aufgabe betraut wird, Maß zu halten, also ein Teil der Gesamtnachfrage, der nicht eingeschränkt wird auf Grund dieser Ideologie, ist das private Konsumvolumen.

Ist das nicht eine falsche, inkonsistente Normsetzung? Inwieweit sind öffentliche Ausgaben und private Investitionen nur eine Funktion der privaten Konsumausgaben? Wieweit müssen wir daher das gesamte Ausgabevolumen auch im Konsumsektor einschränken? Ist diese Unterlassungssünde nicht vielleicht die Wurzel des Übels?

### **Tacke**

Ich darf zunächst auf etwas hinweisen: Was das Verhältnis der "Sozialpartner" anbelangt, so haben wir zwar in Deutschland keine Regelungen wie in Österreich, in der Schweiz oder in Schweden. Trotzdem glaube ich, daß wir uns in der Praxis kaum anders verhalten, als man es in diesen drei Ländern tut. Die Gewerkschaften hätten zweifellos, wenn sie alle Vorteile der Vollbeschäftigung in den vergangenen Jahren ausgenutzt hätten, eine ganz andere Politik machen können. Das ist nicht geschehen, und die Auseinandersetzungen bewegen sich, was die Tarifverhandlungen anbelangt, in einem absolut sachlichen Klima. Es wird dabei weniger über soziale Existenzfragen gesprochen als über Rentabilität und Gewinne, Preise, Reserven, Kapitalbildung in den Betrieben usw. Die meisten Tarifverhandlungen sind ausgezeichnete volks- und betriebswirtschaftliche Diskussionen und Vorlesungen. Soweit die Praxis.

Wenn ein Eingriff erfolgen würde in die Tarifautonomie, würde alles schiefgehen - das haben wir aus der Zeit vor 1933 erlebt. Da gibt es keine Verantwortung mehr auf der einen wie auf der anderen Seite, sondern der Verantwortliche ist der Staat. Die neueren Entwicklungen in Holland zeigen deutlich, daß das dortige staatliche System nicht funktionieren kann.

Nun ist es natürlich - und das wird nicht bestritten;- , daß zu einem Teil zumindest höhere Löhne, sofern sie restlos in den Konsum gehen und der Preis sich nach Angebot und Nachfrage entwickelt, zweifellos preisverteuernd wirken. Das wird von den Gewerkschaften nicht bestritten, wobei wir nicht



behaupten, daß die Preisbildung, sofern sie sich an der Nachfrage orientiert, absolut gerecht und richtig ist. Der Preis kann sich auch nach anderen Prinzipien orientieren und bilden. Aber wir sind uns klar darüber, daß es in einer Wirtschaft, wo einer das nimmt, was er kriegen kann, so zugeht. Die Frage ist also, wenn man unterstellt, daß Löhne oder, besser gesagt, höhere Löhne zu einem Kaufkraft- und Nachfrageüberhang führen und somit preisverteuernd wirken, wie ich diesen neutralisieren kann.

Ich könnte für mich in Anspruch nehmen, der Bundesregierung dazu sogar einen ganz konkreten Vorschlag unterbreitet zu haben. So, wie auf der einen Seite Anreizmittel erfunden werden, um den Konsum zu steigern, kann man sich auch vorstellen, daß es Anreizmittel gibt, den Konsum einzudämmen, also, von der Nachfrage her gesehen, überschüssige Kaufkraft zu sparen. Ein Mittel gibt es, was ich als das in einer freien Wirtschaft wohl sicherste ansehe, daß man in einem viel stärkeren Maße bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, d. h. bei dem Arbeitseinkommen, Anreiz zum Sparen schafft. Wir haben Ansätze im Prämiensparen und im sogenannten steuerbegünstigten Sparen. Wenn man das in einem stärkeren Maße tun und mit diesem Anreiz sozusagen die letzte noch eben entbehrliche Mark sparen würde, dann käme man wahrscheinlich zu größeren Erfolgen als bei dem, was man heute im allgemeinen diskutiert.

Aber ich muß auch hier leider wieder gleich ein Fragezeichen setzen. Was würde geschehen, wenn jetzt das Sparen und damit die Kaufkraftzurückhaltung in einem Maße einsetzen würde, daß keine Anreize mehr zur Produktionsausweitung oder zu einer Rationalisierung der Produktion gegeben werden? Aber es scheint mir, daß der Anreiz zu erhöhtem Sparen und die psychologische Beeinflussung mit dem Ziel der Verminderung der Konsumanreize zunächst noch die realsten Mittel sein könnten, um eine sogenannte preisinflationäre Entwicklung zu neutralisieren.

#### **Körper**

Ich möchte vorausschicken, daß auch ich der Meinung bin, Sparen sei ein sehr gutes Mittel, um den Kaufkraftüberhang einzudämmen.

Meine Frage geht nun an Sie: Warum machen Sie nur der Regierung den Vorschlag, Sparanreize zu schaffen, und warum ergreifen die Gewerkschaften nicht selbst die Initiative im Rahmen von Tarifverhandlungen, also an einem Tisch mit ihren Sozialpartnern, einen Sparanreiz für die Arbeitnehmer zu schaffen?

#### **Tacke**

Worin sollte ein solcher Sparanreiz bestehen?

#### **Körper**

Darüber sollen die Sozialpartner gemeinsam nachdenken. Sie sollten bemüht sein, selbst einen Beitrag zu leisten, der dämpfend auf die inflationistischen Bewegungen wirkt.

#### **Tacke**

Anregen, das tun wir ja.

#### **Körper**

Anregen genügt nicht; die Sozialpartner sollten selbst unter sich Sparanreize für die Arbeitnehmer schaffen und nicht nur, um solche bittend, an die Regierung herantreten.

#### **Tacke**

Da müßten Sie deutlicher sagen, was Sie meinen.

#### **Körper**

Gründen Sie eine Bank der Sozialpartner und sagen Sie bei der Tarifverhandlung: Wir wollen von der Lohnerhöhung, die wir bekommen, einen Prozentsatz in diesen gemeinsamen Fonds geben. Zu einem von den Sozialpartnern zu bestimmenden Zeitpunkt, sagen wir im Alter von 65 oder 60 Jahren, wird dem Arbeitnehmer die ersparte Summe mit Zins und Zinseszins ausgezahlt.

Das wäre doch eine kaufkraftregulierende Maßnahme.

### **Tacke**

Ich glaube nicht, daß wir die Angestellten und Arbeiter zum Sparen zwingen können. Es kommt da auf den persönlichen Anreiz an. Selbst eine Bank, die die Arbeitnehmerschaft gründen würde - und wir haben ja sogar eine;-, würde das Problem nicht lösen.

### **Körper**

Aber sparen die Arbeitnehmer genug?

### **Tacke**

Die Arbeitnehmer sparen schon. Die Frage ist nur, ob sie vom Kaufkraftüberhang aus gesehen genug sparen.

### **Bombach**

Ich bin Herrn Dr. Körper sehr dankbar. Er hat sehr deutlich das gesagt, was ich in den Diskussionen selbst immer zu sagen pflegte, nämlich: Warum sehen die Gewerkschaften ihr einziges Aktionsparameter in der Lohnpolitik? Das Ziel der Gewerkschaften besteht doch darin, den Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt zu heben, sich nicht mit der stabilen Lohnquote zufrieden zu geben.

Wir wissen heute, daß sie das Ziel nicht erreichen können via Lohnerhöhungen, sondern nur in Verbindung mit höherer Ersparnisbildung. Sie schieben den Schwarzen Peter ab auf den Staat. Höhere Löhne zu fordern, ist immer sehr populär. Aber die Arbeiter dann aufzufordern, zu sparen, ist unpopulär.

### **Tacke**

Sie werden keinen unter uns finden, der etwa die Arbeitnehmer zu einem höheren Konsum anreizt. Das macht nur die Wirtschaft.

### **Bombach**

Sie haben vorhin in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Frage angeschnitten. Gelingt es, auf irgendeine Weise - ganz gleich, ob freiwillig oder unfreiwillig - eine massive Zunahme der privaten Ersparnisbildung durchzusetzen, also z. B. in Form einer Lohnerhöhung, die nur zum Teil ausbezahlt, zum Teil aber thesauriert wird, wie Herr Dr. Körper dies vorschlägt, so führt dies natürlich zu einer Reduktion der Gewinnquote. Das Problem nun ist, wie die Unternehmer darauf reagieren werden. Würden sie mit einer Einschränkung der Investitionen antworten, und viele meiner Kollegen befürchten in der Tat einen solchen "Investitionsstreik", so wäre das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt war. Statt stabilen Wachstums gäbe es Deflation.

### **Pfleiderer**

Ich bin anderer Meinung.

Es ist selbstverständlich eine Aufgabe des Staates, das Seinige zu tun, um in möglichst wirksamer Weise einen Sparanreiz zu schaffen. Ich glaube, in der Zielsetzung besteht keine Differenz, weder zwischen uns noch mit Herrn Tacke. Es handelt sich nur um die Frage der Wirksamkeit der einzelnen Mittel oder der Wahl des besten Mittels. Es sollte aber noch ein Wort gesagt werden über die Grenzen, die der Wirksamkeit der Geldpolitik in unserer heutigen Situation gezogen sind.

Auf den ersten Blick erscheint es sehr einleuchtend, was Herr Pütz in seinem Referat sagte, daß nämlich jeder inflatorische Prozeß damit steht und fällt, daß er gewissermaßen durch die Geldversorgung finanziert wird. Er sprach von der Nachgiebigkeit der Geld- und Kreditpolitik.

Das ist, wie gesagt, durchaus einleuchtend; nur müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß es keine Geldpolitik gibt und geben kann, die etwa bewirkt, daß jedem Unternehmer gerade die Gelder fehlen, die er brauchen würde, um höhere Löhne zu bezahlen; oder daß jedem individuellen Haushalt die Gelder fehlen, die er brauchen würde, um höhere Preise zu bezahlen. Das ist eine unlösbare Aufgabe.

In einer internationalen Währungsordnung, die durch Konvertibilität gekennzeichnet ist, kann die Geldpolitik nur bedingt Einfluß auf die beiden Faktoren nehmen, in denen sich ihre Wirkungsmöglichkeit im wesentlichen erschöpft: nämlich auf das Zinsniveau und auf die Liquidität der Banken.

Indem die Geldpolitik nun in einer gegebenen Situation das Zins-Niveau oder die Bankenliquidität beeinflusst, wirkt sie nicht direkt auf das Preisniveau. Sie kann nur auf die Konjunktur, das heißt praktisch auf Investition und Beschäftigung wirken, was auch immer die Ursache der Inflation sei. Dann aber erhebt sich die Frage, ob es möglich ist, mit der Geldpolitik gegenzuhalten und trotzdem die Vollbeschäftigung nicht aufs Spiel zu setzen.

Diese Frage steht heute hinter all unseren Überlegungen. Sie wird dadurch kompliziert, daß neben der Geldwert-Stabilität auch die Tarifautonomie als ein hohes wirtschaftspolitisches Gut angesehen wird.

Nun wäre also die Aufgabe: Erhaltung der Tarifautonomie und der Vollbeschäftigung sowie eine Geldpolitik, die auf die Konjunktur so wirkt, daß die Vollbeschäftigung nicht zunichte gemacht wird. Dazu kommen die internationalen Aspekte, die sich daraus ergeben, daß die Geldpolitik heute wieder in die internationale Konvertibilität eingebettet ist.

### **Bombach**

Welche Möglichkeiten hat überhaupt noch die Geldpolitik im Zeitalter konvertibler Währungen?

### **Pfleiderer**

Es ist ja nicht so, daß es keinerlei internationale Währungsgrenzen mehr gibt. Die internationalen Geldströme müssen vielmehr eine gewisse Schwelle nehmen, um von einem Land ins andere zu fließen, so daß also in Höhe dieser Schwellen, die in den einzelnen Ländern aus politischen Gründen verschieden hoch sind, schon ein gewisser Bewegungsspielraum für die Geldpolitik besteht, aber eben doch nur in diesen Grenzen.

Wir müssen also, wenn wir diese Schwelle überschreiten, immer mit der Möglichkeit rechnen, daß unsere Geldpolitik, insofern, als sie auf eine Zinserhöhung hinausläuft, konterkariert wird durch Devisenzuflüsse, die ein durch die Zinserhöhung induzierter Kapitalzustrom aus dem Ausland mit sich bringt. Oder, wenn die Geldpolitik eine Wirkung auf die Konjunktur und das Preisniveau ausübt, wird sie möglicherweise in ihrer Wirkung beeinträchtigt durch die davon ausgehende Aktivierung der Leistungsbilanz und durch die verflüssigende Wirkung der Zahlungsbilanzüberschüsse.

In der Tat sind heute der Währungspolitik verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt.

### **Körber**

Ich möchte an die Empfehlung von Prof. Pütz anknüpfen, der in seinem Referat abschließend sagte: "Es müssen neue Wege gefunden werden, auf denen die Sozialpartner zusammenkommen." Ich möchte deshalb meine Äußerung von vorhin durch einen konkreten Vorschlag verdeutlichen.

Wir haben z. Z. in der Bundesrepublik 21 Mill. Beschäftigte; davon sind nur 8 Mill., in der produzierenden Wirtschaft tätig. Der überwiegende Teil ist also in Dienstleistungsbetrieben wie Post, Bahn, Erziehung usw. beschäftigt, bei denen der Staat als Arbeitgeber und somit als Sozialpartner funktionsmäßig tätig ist. So, wie die automatisierbare produzierende Wirtschaft für Lohnerhöhung der Schrittmacher ist, sollten die Dienstleistungsbetriebe, weil sie den Staat mit seinen wirtschaftspolitischen Steuerungsaufgaben als Sozialpartner einschließen, die Schrittmacher für Sparmaßnahmen werden.

Das könnte so geschehen, daß, beginnend bei den Tarifverhandlungen im tertiären Bereich, die Arbeitnehmer von ihren Forderungen von z.B. 10% auf 8% heruntergehen und die Arbeitgeber von ihren z.B. angebotenen 6% auf 8% hinaufgehen, wobei die Differenz von 6 zu 8, also 2%, dem Arbeitnehmer nicht ausbezahlt, sondern in den Fonds der Sozialpartnerbank eingezahlt werden.

Wann und in welchem Umfang Auszahlungen aus dem Fonds erfolgen sollen und wieviel die Arbeitnehmer direkt erhalten, oder ob Schulen, Krankenhäuser oder Altersheime eingerichtet werden sollen, entscheiden die Verwalter der Bank, also die Sozialpartner, zu denen in diesem Falle auch der Staat und über den Staat auch die Bank Deutscher Länder gehört.

Sie bestimmen auch, ob und wieviel von dem Kapital des Fonds zur Dämpfung der Konjunktur im Ausland anzulegen ist, oder wieviel zur Konjunkturbelebung ausgeschüttet werden soll.

Das ist eigentlich kein Zwangssparen, sondern vielmehr ein Gemeinschaftssparen. So, wie man durch die Krankenversicherung einen Beitrag zur Erhaltung der Volksgesundheit geschaffen hat, sollte man wohl auch in der zweiten industriellen Revolution von allen einen Beitrag zur Erhaltung der Währung erwarten können. Wenn die Sozialpartner nach dieser Richtung hin nicht selbst aktiv werden, wird zwangsläufig der Staat veranlaßt, einzuschreiten, womit die Tarifautonomie eingeengt werden könnte.

**Friedrichs**

Bei dem Vorschlag, den Herr Dr. Körber gemacht hat, ist sicher eines richtig, nämlich die Überlegung, daß der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt u. a. auch von der Verwendung der Einkommen der Arbeitnehmer abhängt. Aber aus dieser volkswirtschaftlichen Erkenntnis den Schluß zu ziehen, ein Zwangssparen der Arbeitnehmer zu empfehlen, das scheint doch sehr problematisch zu sein. Sie haben es praktisch angeregt, indem Sie vorschlugen, einen Teil einer Lohnerhöhung einem Fonds zuzuführen, mit dem eine "Sozialpartnerbank" dann operieren könnte. Damit wollten Sie Ihre Sparidee anscheinend den Gewerkschaften schmackhaft machen. Wir haben aber gar nicht die Neigung, dem Arbeitnehmer über seinen Kopf hinweg einen bestimmten Teil der Lohnerhöhung, der ihm sonst bar zugeflossen wäre, vorzuenthalten, um ihn investiv anzulegen. Praktisch ist Ihr Vorschlag eine Spielart des Investivlohnes, und Investivlohn bedeutet Zwangssparen, weil das Sparen nicht aus dem freien Entschluß des einzelnen erwächst.

Abgesehen von dem moralischen Problem, das dieses Zwangssparen aufwirft, abgesehen auch von den innergewerkschaftlichen Problemen, die eintreten würden, wenn wir einer solchen Konzeption zustimmten, gibt es doch auch eine volkswirtschaftliche Problematik des Zwangssparens. Diese liegt, nach meiner Meinung, darin, daß irgendwann einmal diese Beträge, die zwangsweise angesammelt werden, freigegeben werden müssen, sonst hätten sie keinen Sinn und die ganze Aktion keinen Verstand.

Was geschieht in dem Augenblick, in dem die Sperrfrist abläuft? Fließen diese Beträge wieder in den Konsum, oder haben sich inzwischen die Spar- und Verbrauchsgewohnheiten derart geändert, daß man damit rechnen kann, daß ein großer Teil oder der überwiegende Teil dieser zwangsgesparten Beträge fest liegen bleibt und damit also weiterhin dem Einkommenskreislauf entzogen ist?

Ich glaube, man zäumt mit dem Investivlohn das Pferd am Schwänze auf.

Man hofft, lediglich durch eine zeitliche Verschiebung - meistens redet man ja von 5 Jahren - das eigentliche Problem, wie man die Spar- und Verbrauchsgewohnheiten in Deutschland ändern kann, zu lösen. Ich neige der Auffassung zu, die Herr Tacke hier vorgetragen hat. Er legte großen Wert darauf, die private, freiwillige Ersparnisbildung zu fördern, und zwar mit massiven materiellen Anreizen.

**Bombach**

Glauben Sie nicht, daß bei diesen Sparfonds, die ja dann ganz frei sind, die Gefahr besteht, daß sie im ungeeignetsten Augenblick mobilisiert werden?

**Friedrichs**

Diese Gefahr besteht immer. Ich weiß nicht, wie hoch unsere augenblicklichen Ersparnisse sind, aber wenn sie heute auf den Markt kommen, würden sie sofort eine Inflation auslösen.

**Bombach**

Ich möchte diese Gefahr nicht unterschätzen.

**Friedrichs**

Im Augenblick haben wir freiwillige Ersparnisbildung, und es ist offensichtlich gelungen, sie weitgehend zu halten.

**Bombach**

Wenn aber eine Inflations-Psychose kommt? Anzeichen dafür gab es schon einmal ...

**Friedrichs**

Dann ist sowieso alles verloren. Aber andererseits, wenn Sie zwangsgesparte Beträge einmal freigeben - Sie müssen sie ja einmal freigeben;- , dann ist die Gefahr doch offensichtlich viel größer, daß diese Beträge auf den Markt kommen.

**Bombach**

Ich will zugeben, daß es töricht wäre, von vornherein eine Frist zu nennen, etwa zu sagen, nach 5 Jahren seien die Mittel frei. Die Idee ist doch, einen beweglichen Fonds zu schaffen, den man zu aktiver Konjunkturpolitik einsetzen und freigeben kann, wenn es nötig ist.

**Friedrichs**

Aber das wäre für den Arbeitnehmer ja nun wirklich eine noch abstraktere Form der Ersparnisbildung. Das würde bedeuten, es würden ihm Beträge zugeschrieben, über die er je nach Meinung der politisch Mächtigen einmal zu einem bestimmten fernliegenden, undefinierten Augenblick verfügen kann.

**Bombach**

Ich teile alle Ihre Bedenken, Herr Friedrichs, doch bringe ich jetzt bewußt Gegenargumente vor. Ich könnte Ihnen sogar noch ein wichtiges Argument anbieten, auf das in anderem Zusammenhang Professor Ortlieb hingewiesen hat. Die Sparfonds tragen ja auch Zinsen. Nach spätestens einem Jahrzehnt wären die Fonds so groß, daß uns allein die Zinszahlungen wieder vor ein Problem stellen würden. Möglicherweise müßten dann, wenn es die Konjunkturlage erforderte, die Zinsen thesauriert werden.

**Friedrichs**

Es gibt auch das andere Argument, daß nach 5 Jahren - eine 5-Jahresfrist angenommen - die dann wieder festgelegten Beiträge dadurch kompensiert werden, daß die ersten Beträge frei werden, daß also praktisch das ganze Problem eine Einkommenserhöhung darstellt, die lediglich um 5 Jahre hinausgeschoben wird. Ich glaube nicht, daß mit dem Mittel des Zwangssparens eine Lösung gefunden werden kann.

Es gibt also folgende Alternative: Entweder, man vereinbart einen bestimmten Lohnanteil, der dem Arbeitnehmer nicht bar ausgezahlt, sondern ihm persönlich auf irgendein Konto gutgeschrieben wird und über das er später zu einem Zeitpunkt, den man fixieren muß, verfügen kann. Das ist eine Möglichkeit. Sie schließt aber die andere Möglichkeit aus, daß dieses Geld für Schulen und dergleichen verwendet wird.

**Körber**

Warum denn nicht? Der Erwerb einer besseren und umfangreicheren Bildung ist doch wohl auch ein bedeutungsvoller Anteil am Sozialprodukt.

**Bombach**

Es ist doch nicht so, daß heute ein Fonds gebildet und dieser nach einer bestimmten Zahl von Jahren wieder aufgelöst werden soll. In den Fonds werden ad infinitum neue Mittel einfließen, und zwar in einem mit wachsendem Volkseinkommen ständig steigenden Ausmaße. Zugleich werden ständig Beträge für den Konsum freigegeben werden, und es ist eine Art versicherungstechnisches Rechenexperiment, wie sich ein solcher Fonds im Bestand entwickeln wird.

**Friedrichs**

Die Sozialversicherung pflegt, soweit ich weiß, ihr Geld in irgendwelchen Anleihepapieren und dergleichen anzulegen.

**Bombach**

Ich glaube, wir sollten den vorgetragenen Vorschlag registrieren. Es ist ein Gedanke, den es zu verfolgen lohnt, den wir aber jetzt nicht ausdiskutieren können.

**Gehrels**

Ich möchte mich zu einigen Punkten zusammenfassend äußern. In der Frage des Sparens gibt es ein sehr einfaches Mittel, das man zeitweilig in den Vereinigten Staaten angewandt hat: Einschränkung der Konsumenten-Kredite. Man hat bei uns zeitweilig ein Gesetz gehabt, das der Zentralbank ermöglichte, die Konsumenten-Kredite einzuschränken. Warum tut man das in der Bundesrepublik nicht, warum wendet die Bundes-Zentralbank dieses Mittel nicht an, um die negativen Ersparnisse der Konsumenten einzuschränken?

**Bombach**

Ich glaube, daß dies mangels Masse noch nicht wirksam wäre. Verglichen mit den USA ist das Volumen der Konsumentenkredite bei uns wohl noch zu gering.

**Gehrels**

Ich wollte hauptsächlich etwas über die politische Möglichkeit der Preisstabilisierung sagen, die Herr Stohler und Herr Brechling bestritten. Sie meinten, daß die Vollbeschäftigung das Hauptziel jedes Landes sei und daß es deshalb unmöglich wäre, die Preise zu stabilisieren. Ich denke dabei vor allem an die Vereinigten Staaten.

Es stimmt nicht, daß wir eine schleichende Inflation hatten, abgesehen von der Zeit kurz nach dem 2. Weltkriege, als man im Jahre 1947 Preiskontrollen vornahm, dann wieder in der Koreakrise. Abgesehen von diesen zwei kurzen Perioden, hatten wir ein sehr stabiles Preisniveau. In den letzten 10-12 Jahren ist sogar der Konsumenten-Preisindex praktisch stabil geblieben. Man behauptet sogar, daß die geringe Steigerung eine statistische Illusion gewesen sei.

**Andreae**

Sie haben aber in den USA keine Vollbeschäftigung gehabt.

**Gehrels**

Für diese Preisstabilität haben wir allerdings einen Preis gezahlt. Ich meine die zu langsame Wachstumsrate.

Wir hatten, wie Sie sagten, keine Voll-, sondern eine Unterbeschäftigung mit einem Minimum von 3 Mill. Arbeitslosen - nach offizieller Meinung wohl das richtige Minimum. Wir kommen aber oft auf 5 bis 6 Mill. Arbeitslose, was völlig unnötig ist. Wir zahlen also einen hohen Preis für die Preisstabilität. Aber, das ist der wesentliche Punkt, man war dazu politisch bereit, nicht nur in der Eisenhower-, sondern auch in der Kennedy-Regierung.

Darf ich auch auf die deutsche Erfahrung in den ersten Jahren nach der Währungsreform hinweisen. Damals hatte ich durchaus den Eindruck, daß die Bundesbank viel stärker an Preisstabilität interessiert war als an Vollbeschäftigung, und zwar einmal wegen der stabilen Preise und zum anderen wegen der Devisenfrage, die damals noch für die Bundesrepublik schwierig zu lösen war. Hier bestand also auch politische Bereitschaft. Etwas ähnliches ließe sich zeitweilig auch über Italien sagen.

Darf ich nun ganz kurz noch etwas bemerken. Hier wurde behauptet, daß, wenn Löhne in einem inflatorischen Maße steigen, ein Substitutionseffekt entstehen würde.

Ich glaube, das ist grundsätzlich falsch; denn wenn die Löhne steigen, steigen auch die Preise der Maschinen, zumal der Maschinenbau arbeitsintensiver als die Produktion von Konsumgütern ist. Man würde dadurch einen ganz unerwünschten Effekt und eine negative Substitution auslösen.

**Bombach**

Herr Gehrels wollte uns u. a. sagen, daß wir einem Phantom nachjagen, wenn wir nach den Ursachen einer "schleichenden Inflation" suchen. In seinem Lande gibt es keine allmähliche, kontinuierliche Abnahme des Geldwertes. Die Inflation ist dort kein Trendphänomen, sondern das Preisniveau steigt vielmehr in Sprüngen: die Preiskurve hat eine Treppenform. Einmalige Ereignisse lassen die Preise hochschnellen (z. B. Korea-Krise), danach bleiben sie dann über längere Zeitabschnitte stabil. Ginge es auch bei uns nur um diesen Inflationstypus, so müßten Diagnose und Therapie anders lauten als bei einem ständigen, trendmäßigen Preisanstieg.

Wir sollten die Diskussion der Sparförderung an dieser Stelle abbrechen und uns in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit unserem dritten Problemkreis zuwenden, nämlich dem Verhältnis der Sozialpartner und der Lohnpolitik. Mit der Erörterung der Programme der Förderung der Ersparnisbildung aus Löhnen wurden, wenn man eine Institutionalisierung dieses Sparens im Auge hat, die Grenzen der allgemeinen Konjunkturpolitik ohnehin schon überschritten.

Natürlich ist meine Intervention nicht so gemeint, als sollten nunmehr generelle konjunkturpolitische Maßnahmen ganz ausgeklammert werden. Im Gegenteil: uns geht es ja gerade um die Zusammenhänge zwischen allgemeiner Konjunkturpolitik und Lohnbildungsprozeß. Deshalb sei das Resümee zu den bisherigen Erörterungen auch an das Ende der Sitzung verschoben.

**Friedrichs**

Wir haben uns nun der Frage zuzuwenden, inwieweit eine Einengung oder Einschränkung oder vielleicht sogar die Abschaffung der Tarifautonomie dem Problem der Preissteigerung in irgendeiner Weise besser gerecht würde als das gegenwärtige System.

Herr Professor Pütz hatte vorhin gesagt, daß nach seiner Auffassung das Gegeneinander der Tarifparteien nicht mehr in die heutige Landschaft paßt, daß die Tarifparteien sich in institutionalisierten Formen zusammensetzen müßten, damit man nicht zu einer staatlichen Lohnpolitik kommt. In Ihren Äußerungen wie in gewissen Teilen des Gutachtens der OECD liegt die Möglichkeit, daß eine staatliche Lohnpolitik eher geeignet wäre, das Problem der Löhne und Preise zu lösen, als die Tarifautonomie.

### **Bombach**

Ich habe stets das Gegenteil behauptet.

### **Friedrichs**

Eine staatliche Lohnpolitik ist doch nur dann eine Alternative, wenn man den Eindruck hat, daß sie eher in der Lage wäre, einen beruhigenden Einfluß auf Löhne und Preise auszuüben als die gegenwärtige Form der Lohnpolitik. Das aber möchte ich energisch bestreiten.

In der heutigen Diskussion ist das niederländische Beispiel schon des öfteren genannt worden. Herr Tacke hat ja bereits gesagt, daß in den Niederlanden eine Diskussion um das Lohnfestsetzungssystem im Gange ist, das für die Gewerkschaften unerfreulich ist und auch für die Gesamtwirtschaft keine übertrieben guten Erfolge gebracht hat.

Die EWG hat über die Entwicklung der Lohnkosten in den verschiedenen Ländern der EWG Zahlen zusammengestellt. Für mich war außerordentlich interessant, daß von 1954 bis 1961 sowohl in Deutschland, wo völlige Autonomie der Tarifvertragsparteien herrscht, als auch in den Niederlanden mit einer praktisch staatlichen Lohnpolitik die Steigerung der Lohnkosten etwa gleich ist. Die Steigerung der Lohnkosten je Produktionseinheit ist in den Niederlanden sogar einige Prozent höher als in der Bundesrepublik. Ich glaube, das ist ein bemerkenswertes Zeichen für die Unwirksamkeit einer staatlichen Lohnpolitik.

### **Bombach**

Ja, Sie dürfen aber auch nicht vergessen, daß in Holland die Arbeiter mit ihren Löhnen einiges aufzuholen hatten.

### **Friedrichs**

Es hat sich in Holland gezeigt, daß die effektiven Löhne von den staatlichen Löhnen völlig abweichen. Unser deutsches Problem, daß die Tariflöhne sich von den effektiven Löhnen unterscheiden, ist dort viel größer, weil die staatlichen Löhne sich am Produktivitätszuwachs orientierten, während die effektiven Löhne sich an den Marktverhältnissen ausrichteten. Diese waren in Holland in den letzten Jahren auch so, daß die Löhne beträchtlich stärker gestiegen sind, als es von Staats wegen eigentlich vorgesehen war. Es ist für unsere Diskussion doch nicht unwichtig, diese Tatsache zu kennen.

Wenn Sie, Herr Professor Pütz, sagten, daß es zu einer staatlichen Lohnpolitik kommen wird, wenn sich die Dinge nicht ändern ...

### **Pütz**

Ja, das befürchte ich auch.

### **Friedrichs**

... dann muß ich sehr deutlich sagen, daß diese staatliche Lohnpolitik wahrscheinlich keine Verbesserung darstellen wird.

### **Pütz**

Nein, Herr Friedrichs, Sie haben mich mißverstanden! Ich befürworte nicht eine direkte staatliche Lohnpolitik, sondern glaube, daß sie unvermeidlich wird, wenn die Preis-Lohn-Spirale nicht bei Aufrechterhaltung der Tarifautonomie zum Stillstand gebracht werden kann.

**Friedrichs**

Selbst die nationalsozialistische Lohnpolitik hat ja nicht in diesem Sinne eingegriffen.

**Bombach**

Sind sie sicher?

**Friedrichs**

Sie hat jedenfalls nicht in dem Sinne funktioniert, daß die staatlich festgesetzten Löhne auch die tatsächlich geltenden Löhne in der Praxis waren.

**Müller**

Ist denn die Tarifautonomie wirklich ein absoluter Wert, der unter allen Umständen gehalten werden muß? Selbstverständlich soll sie so lange wie möglich aufrecht erhalten werden. Für die Regelung der Arbeitsbedingungen des Arbeitsmarktes gilt, was Hermann Keller seinerzeit dem Staat zuschrieb, nämlich, daß er die ordnende Funktion letzter Instanz ausüben muß. Es sind ja Zeiten nicht nur denkbar, sondern auch schon da gewesen, wo der Staat diese Aufgabe erfüllte. Ich erinnere an die Jahre 30-33, die Zwangsschlichtungen kannten. Selbstverständlich waren das unerfreuliche Jahre, aber ich glaube mich an Gespräche mit befreundeten Gewerkschaftlern, wie mit meinem alten Freund Arb in Dresden, entsinnen zu können. Es mußte damals durch Eingriffe in noch laufende Tarifverträge Lohnabbau betrieben werden, und er sagte, daß derartige Abkommen nur schwer hätten vereinbart werden können, wenn nicht der Staat aus gleichsam höherer Gewalt in Erscheinung getreten wäre.

**Tacke**

Und die Konsequenz daraus?

**Müller**

Ist das wirklich so ganz ausgeschlossen, daß wir wieder einmal in eine ähnliche Lage kommen, in der vielleicht allein der demokratische Staat die Autorität besitzt, um die notwendigen Schritte zu vollziehen, die freiwillig zu vereinbaren keinem der Sozialpartner zuzumuten wäre?

**Tacke**

Ich fürchte, daß sich die politischen Verhältnisse in Deutschland dann sehr bald ändern würden. Das ist die Konstellation dieser politischen Charta.

**Bombach**

Eine Reihe wichtiger Probleme bleibt zu diskutieren. Herr Pütz hat die These vertreten, daß alle Bemühungen einer Überwindung der Preis-Lohn-Spirale vergeblich seien, solange ein genereller Nachfrageüberhang herrsche. Sie erinnern sich an seinen Satz: Die Inflation erst macht die Gewerkschaften stark und die Unternehmer nachgiebig (natürlich könnte man auch bei den Unternehmern sagen "stark", nämlich stark in bezug auf die Abwälzbarkeit der höheren Löhne).

Damit schneiden wir die Frage an, ob bei der Beseitigung des Nachfrageüberhanges nicht eine andere fundamentale Zielsetzung, nämlich Vollbeschäftigung, durchkreuzt wird. Die Interdependenzen zwischen Vollbeschäftigung, Wachstum und Tarifpolitik sind zu erörtern. Das Problem der Schrittmachergewerkschaften schließlich wird uns zum Produktivitätslohn führen, eine Idee, welche, obgleich schon mehrfach totgesagt, neulich durch eine Artikelserie in einer großen Zeitung wieder Auferstehung gefeiert hat. Einer meiner Kollegen vertrat dort die Meinung, man solle trotz aller anerkannten Schwächen nicht so hart über den Produktivitätslohn urteilen: Weshalb auf den Laubfrosch verzichten, wenn wir über keine besseren Instrumente der Wetterprognose verfügen, so lautete seine Devise.

Das Problem der Schrittmachergewerkschaften ist eindeutig: Es gibt immer Zweige mit weit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten, die hohen Lohnanstieg leicht verkraften können. Ihnen hängen sich dann andere Zweige an in dem Bestreben, traditionelle Einkommensrelationen aufrecht zu erhalten. Im Endeffekt kann dabei sehr leicht der volkswirtschaftliche Durchschnittslohnsatz stärker ansteigen als die Arbeitsproduktivität im Gesamtdurchschnitt, insbesondere wenn sich der gesamte tertiäre Sektor an das allgemeine Nominallohnwachstum anhängt, was natürlich sein gutes Recht ist.



**Stohler**

Mit dem Problem der Koppelung des Lohnes an die Produktivität kommen wir eigentlich zum ersten Themenkreis, zur Diagnose, zurück, wo wir zuerst unterschieden zwischen wage push und demand pull, und ich frage mich, ob uns das nicht zu einem dritten Inflationstyp, einer paradoxen "produktivitätsbedingten Inflation" führen müßte. In der Schweiz wurde vor einiger Zeit folgende These vertreten: Wenn in einem Sektor die Produktivität steigt und daher dort die Löhne erhöht werden, dann werden aus Gründen des Anspruchs auf Lohngleichheit, also eines Gerechtigkeitspostulates, auch in all jenen Sektoren die Löhne steigen, in denen die Produktivität nicht gestiegen ist. Dort entsteht ein inflationäres Mißverhältnis zwischen Ertrag und Kosten. Dieser Fall ist unumstritten; es handelt sich um einen Prozeß, der offensichtlich dann und wann zu beobachten gewesen ist.

Nun scheint mir eine interessante Erweiterung dieses Falles eine andere Möglichkeit zu sein, die viel zuwenig berücksichtigt worden ist. Wenn nämlich in einem einzelnen Sektor die Produktivität steigt und der Lohn erhöht wird, in den anderen Sektoren aber die Produktivität konstant bleibt und die Löhne nicht steigen, kann dennoch eine Inflation ausgelöst werden - auch durch diese scheinbar zurückhaltende, weil sektoral produktivitätsorientierte Politik. Die Arbeitnehmer des rasch wachsenden Sektors werden ihr zusätzliches Einkommen ja nicht allein für die Produkte dieses Sektors ausgeben, sondern größtenteils für Produkte anderer Sektoren, deren Produktivität nicht gestiegen ist. Sie werden damit in den anderen Sektoren die Nachfrage erhöhen. Das wird das Preisniveau in den anderen Sektoren heben, obwohl nur die Löhne in den Sektoren heraufgesetzt worden sind, in welchen die Produktivität gestiegen ist. Hier würde ich von einem "produktivitätsbedingten Inflationstyp" sprechen.

**Gehrels**

Da haben Sie etwas gemogelt, glaube ich, wenn Sie behaupten, daß die gesamte Nachfrage gestiegen ist.

**Stohler**

Die Gesamtnachfrage steigt, weil infolge des Produktivitätswachstums eines Sektors das gesamte Angebot zugenommen hat. Außerdem nehme ich an, daß die Kostenkurve nicht unendlich elastisch ist.

**Linder**

Man muß bei dieser Diskussion immer von der durchschnittlichen Produktivität, die in der gesamten Volkswirtschaft herrscht, ausgehen. Wenn man jedoch die Lohnpolitik so ansetzt, daß sie den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs der gesamten Volkswirtschaft nicht übersteigt, so tauscht man damit noch keineswegs die Garantie der Preisstabilität ein. Denn eine wesentliche Voraussetzung, daß im Rahmen einer solchen Politik Preisstabilität eintritt, besteht in einer unveränderten Einkommensstruktur, einer Bedingung also, die in einer wachsenden Wirtschaft, in der sich notwendigerweise auch Anpassungen an die Einkommensstruktur durchsetzen, nicht gegeben ist.

**Bombach**

Das setzt voraus, daß die Investitionen, der Staatsverbrauch, kurzum alle Nachfragekomponenten proportional wachsen.

**Linder**

Und das ist dann eben eine Voraussetzung, die wir in der heutigen Wirtschaftsentwicklung nicht voraussehen können.

**Bombach**

Wenn Sie Preisstabilität auf diese Weise erreichen wollen, müssen Sie immer die Produktivitätssteigerung vom nächsten Jahr voraussehen, nicht die der Vergangenheit verwenden. Meist handeln wir dann in dem Glauben, daß das, was in der Vergangenheit war, auch in der Zukunft sein wird. In Deutschland besteht im Augenblick eine gewisse Sorge, daß das, was in der Vergangenheit war, in der Zukunft etwas anders sein wird.

**Tacke**

Wir können natürlich nie mit Sicherheit sagen, wie sich in Zukunft unsere Produktivität entwickeln wird. Man kann aber, glaube ich, absolut auf den Erfahrungen der zurückliegenden 10-12 Jahre aufbauen. Insgesamt gesehen, hat bis Ende des Jahres 1961 das Lohneinkommen die Produktivität nicht wesentlich überschritten. Obschon die Gewerkschaften ihre Lohnpolitik nicht an dem Produktivitätslohn orientieren, ist in Wirklichkeit ein gewisser Ausgleich erfolgt. Dieser Ausgleich entsteht auch zum Teil dadurch, daß wir eine außerordentlich differenzierte Lohnentwicklung im gesamten Industriebereich haben. Ich habe das Gefühl, daß, wenn über diesen Lohn geredet wird, man immer eine globale Größe sieht, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Wir haben ein außerordentlich starkes Lohngefälle innerhalb aller Industriegruppen. Dann haben wir ein Gefälle, das über die gesamte Bundesrepublik reicht. Z. B. macht es von Hamburg bis nach Bayern rund 20% aus. Dann haben wir ein drittes Lohngefälle oder, besser gesagt, eine Differenzierung, nämlich den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen. Dabei muß man bedenken, daß in der Bundesrepublik 30% der Beschäftigten Frauen sind. Wir haben hier heute noch einen Lohnabstand von 30%, obwohl wir in der EWG bei weitem nicht mehr an der schlechtesten Stelle liegen.

Wenn Sie dann die Produktivitätsentwicklung in den Industrien, die unter dieses Lohngefälle fallen, sehen, werden Sie feststellen, daß Sie auch hier wieder eine fast gleichbleibende Entwicklung oder eine gewisse Ausbalancierung haben, daß also die Löhne nicht wesentlich über die Produktivitätssteigerung hinausgewachsen sind. Wir haben eigentlich den Überhang im Lohn über die Produktivität erst im Jahre 1961 bekommen, wo wir eine relativ starke Steigerung der Löhne im Gesamtdurchschnitt von über 11% zu verzeichnen hatten. Er wird dieses Jahr nicht so groß sein. Die Produktivität wird auch nicht so groß sein. Aber wenn man die Erfahrungssätze zugrundelegt, ist es nicht ausgeschlossen, daß wir im nächsten Jahr wieder zu stärkeren Produktivitätssteigerungen kommen werden, da stärkere Rationalisierungsinvestitionen, die die verteuerte Arbeitskraft eliminieren sollen, vorgenommen werden und außerdem im Augenblick die Tendenz besteht, die Tarifverträge auf eine längere Frist abzuschließen.

Noch ein paar Worte zum Schrittmacher-Push. Das ist weitgehend eine Fiktion. Es liegt natürlich nahe, daß, wenn eine Gewerkschaft einen "guten" Abschluß macht, die anderen versuchen, an diesen Abschluß heranzukommen. Aber selbst wenn sie die gleichen Prozentsätze abschließen, erreichen sie bei dem gegebenen Lohngefälle effektiv niemals die Höhe, die die sogenannte Schrittmacher-Gewerkschaft erreicht.

### **Spiegelhalter**

Darf ich dazu etwas sagen, und zwar zu den Zahlen, Herr Tacke. Was sich in den letzten zwölf Jahren parallel entwickelt hat, war weitgehend der Reallohn und die Produktivität. Der von Ihnen angeführte Vergleich sollte sich jedoch auf die Nominallohnentwicklung beziehen, also auf diejenige Lohnentwicklung, von der wir hier als "Lohnproblem" sprechen. Tariflohn usw. ist ja immer Nominallohn, Geldlohn. Dieser aber hat sich statistisch in den letzten Jahren im Gesamtdurchschnitt der Wirtschaft wesentlich stärker erhöht als die Produktivität. Während die Produktivität, bezogen auf die gesamten Erwerbstätigen, seit 1950 ungefähr um 75% anstieg, war der Lohn je Arbeitnehmer ungefähr um 140% gestiegen (1950-1961), also nahezu doppelt so stark. Die Preissteigerung hat das Ungleichgewicht dann natürlich wieder beseitigt. Man kann also nicht sagen, die beiden genannten Entwicklungsgrößen seien immer parallel gelaufen, sondern es war durchaus zwischen den beiden auch in den früheren Jahren eine erhebliche Diskrepanz.

Was das Lohngefälle angeht, so ist das zweifellos in der genannten Größenordnung da, über die Branchen und die Regionen hinweg. Aber für uns ist sehr viel wichtiger, ob sich in dieser Struktur im Laufe der Jahre viel verändert hat. Und wenn man da die Linien verfolgt - ich habe das versucht; -, dann sieht man eine außerordentlich große Parallelität, wenigstens nach 1952; zwar hatte die Anpassung unmittelbar nach der Währungsreform zunächst starke Ausschläge der Strukturen mit sich gebracht, aber schon nach kurzer Zeit hatten wir eine erstaunliche Parallelität in der Entwicklung der Einzellöhne. Das ist ja für das Problem, über das wir hier diskutieren, entscheidend.

### **Bombach**

Ich wollte, Herr Tacke, noch eines bemerken: Die Verhältnisse innerhalb der Industrie kennen Sie besser als ich. Sie mögen hier recht haben. Aber eines bleibt: Es besteht eine sehr starke Divergenz zwischen dem Produktivitätsfortschritt im industriellen Bereich und dem tertiären Sektor.

### **Tacke**

Wie wollen Sie die Produktivität eines Beamten messen?

### **Bombach**

Die amtliche Statistik veröffentlicht einen Index über das reale Sozialprodukt. Damit wird vorgesehen, daß auch der Beitrag des öffentlichen Bereichs zum Sozialprodukt gemessen werden kann und somit auch seine Produktivität. Ich selbst habe immer die größten Zweifel angemeldet.

Aber ganz einerlei, ob wir genau messen können oder nicht: Wir wissen, daß es in unserer Wirtschaft Bereiche mit geringen Chancen einer Produktivitätssteigerung gibt und daß diese Bereiche mit Schwerpunkt im tertiären Sektor zu suchen sind. Man kann aber die Beschäftigten dieser Bereiche dafür nicht bestrafen. Der geringe Produktivitätsfortschritt ist ihre Schuld nicht. Sie wollen sich berechtigterweise an die hohen Nominallohnsteigerungen des industriellen Sektors anschließen, und dabei kommt es zu dem beschriebenen Effekt.

### **Tacke**

So gerechnet, ja. Man kann es aber auch anders rechnen.

### **Bombach**

Unsere Frage sollte besser lauten: Was kann man dagegen tun? Das ist das von Ihnen aufgeworfene Problem, Herr Frisch. Wie können wir dafür sorgen, daß im industriellen Bereich die Löhne langsamer wachsen, als die industrielle Produktivität steigt, damit die im tertiären Bereich Tätigen auch am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben können, und zwar bei stabilen Preisen?

### **Tacke**

Sie müssen also die Produktivitätsüberschüsse aus der Produktionsindustrie in andere Gebiete verlagern. Der Versuch ist übrigens in der Bundesrepublik längst gemacht worden und gescheitert. Er datiert schon aus den Jahren 1951/52, als versucht wurde, mit den Gegenwertmitteln des Marshall-Planes in besonderen Bereichen unserer Industrie die Produktivität zu fördern. Es sollten aus den Betrieben, die durch solche Mittel zu einer höheren Produktivität kämen, Gewinnraten an andere Betriebe mit mangelnder Produktivität gegeben werden. Dadurch sollte zunächst ein Produktivitätsausgleich mit dem Ziel eines allgemeinen und ausgeglichenen Produktivitätsanstiegs erfolgen. Es handelte sich um das sogenannte Pilot-Programm. Der Versuch ist gescheitert. Warum? Weil sich ein solches Programm in einer freien Wirtschaft nicht verwirklichen ließ.

### **Bombach**

Alles in allem: Wir müssen festhalten, daß ein ernstes Problem besteht. Natürlich mag man einwenden, Realpolitik und Produktivität im tertiären Sektor seien nicht quantifizierbar. Damit sei auch der Preisindex als Durchschnitt aller Preise indeterminiert. Weil nicht meßbar, gäbe es somit auch gar keine Inflation!

### **Küng**

Liegt hier nicht eine Fehleinschätzung vor? Man spricht immer vom tertiären Sektor und seiner niedrigen Produktivitätssteigerung. Mir will scheinen, daß hier die Dinge falsch gesehen werden. Tatsache ist, daß im tertiären Sektor - nehmen Sie Banken, Versicherung, Handel usw. - die Lohnsätze steigen, daß daraufhin die Preise der Güter des tertiären Sektors heraufgesetzt werden und daß die Konsumenten offenbar dennoch bereit sind, diese höheren Preise zu bezahlen, ja daß sie sogar einen immer wachsenden Teil ihres Einkommens diesem tertiären Sektor zuwenden, sei es nun den Dienstleistungen des Staates oder jenen der Privatwirtschaft.

Die subjektive Wertschätzung der Güter des tertiären Sektors ist also gegeben, die geforderten Preise werden bewilligt. Worauf es nun hier ankommt, ist - wie mir scheint - gar nicht so sehr die sogenannte mengenmäßige Produktivität und ihre Entwicklung, sondern die wertmäßige Produktivität. Der einzige Maßstab zur Erfassung dieser wertmäßigen Produktivität liegt natürlich bei der Entwicklung der totalen Erlöse des tertiären Sektors. Und da stellen wir fest, daß sie mindestens so stark zunehmen wie jene des sekundären Sektors. Daraus schließe ich, daß offenbar die Produktivität im tertiären Sektor ebenso stark zunimmt wie im sekundären.

### **Bombach**

Herr Küng, so leicht können wir uns nicht aus der Affäre ziehen. Das ist das Problem, das wir in der OEEC bei internationalen Vergleichen lange diskutiert haben. Beim Handel z. B. ist es außerordentlich schwierig, zwischen Mengen- und Preiskomponenten zu unterscheiden. Nach welchen Kriterien sollte man beim Steigen der Handelsspanne unterscheiden, ob hier eine Preissteigerung oder eine qualitativ verbesserte Verteilung (eine bessere Darbietung, zusätzliche Funktionen) vorliegt? Aber wir können doch nicht einfach sagen, daß eine Qualitätssteigerung immer dann gegeben ist, wenn die Konsumenten bereit sind, höhere Preise zu zahlen.

**Küng**

Nein, das schließe ich nicht daraus.

**Bombach**

Sie könnten sonst auch sagen, daß, wenn das Haarschneiden plötzlich statt zwei Franken vier Franken kostet, es eben nunmehr doppelt so gut sein muß.

**Küng**

Diese Schlußfolgerung ziehe ich nicht.

**Bombach**

Aber ich habe Sie so verstanden.

**Küng**

Dann liegt ein Mißverständnis vor, da ich nie von einer Qualitätsverbesserung sprach.

**Gehrels**

Wenn Sie für diesen Zweck einen Produktionsindex konstruieren wollen, können Sie entweder die neuen Preise oder die ursprünglichen nehmen. An Hand des einen wie des anderen würden Sie keine Erhöhung der Leistung pro Kopf erzielen.

**Küng**

Die Leistung läßt sich eben mengenmäßig überhaupt nicht zureichend messen.

**Gehrels**

Es sei denn, daß man die Haare jetzt elektrisch schneidet.

**Bombach**

Überhaupt nicht, würde ich sagen. Meines Erachtens bieten auch viele Zweige des tertiären Sektors die Möglichkeit der Berücksichtigung des Qualitätsfaktors und damit der Unterscheidung zwischen Mengen und Preisen.

**Küng**

Die Probleme gelten für den gesamten tertiären Sektor nicht. Die Schwierigkeiten sind hier unüberwindlich. Sie können nur ausgehen von der nominellen Wertzunahme.

**Bombach**

Ich wiederhole: Man kann nicht generalisieren. Im Distributionsbereich kann man zumindest umgesetzte Mengen messen. Im Transportsektor kann man Personen-Kilometer und Tonnen-Kilometer messen. Auch das Nachrichtenwesen ist einer Quantifizierung zugänglich. Und noch sehr viel mehr kann gemessen werden.

**Tacke**

Die Banken messen es nach den Umsätzen pro Beschäftigtem.

**Bombach**

Ja, da hat man die Produktivitätsuntersuchungen gemacht. Die Buchungen pro Stunde usw. kann man schon messen, das ist gar nicht unmöglich. Ich meine, beim Beamten ist das alles nicht so hoffnungslos. Nehmen Sie die ganze Finanzverwaltung. Da können Sie heute sehr gut messen, mit wieviel Personal sie bestimmte Operationen abwickelt und wie sich das bei Einführung elektronischer Maschinen verbessert. In der Administration ist das natürlich sehr viel schwieriger.

### **Küng**

Mir will scheinen, daß der Begriff der physischen Produktivität im tertiären Sektor höchst problematisch ist und man infolgedessen resolut auf die Wertmessung der Produktivität in diesem Sinne verzichten sollte. Statt dessen sollte man einfach von der Erlössumme ausgehen, die ja eine homogene Dimension hat und sich auch erfassen läßt. Sie ist alsdann auf die Zahl der Beschäftigten oder der Arbeitsstunden zu beziehen, und diese Relationsgröße ist im Zeitablauf zu verfolgen.

### **Bombach**

Wir sind jetzt aber plötzlich in die Indextheorie abgeglitten. Dies ist ein Randgebiet der Theorie der Inflation. Natürlich sollten wir wissen, was Preisstabilität ist, wenn die Politik der Preisniveaustabilisierung zur Diskussion steht. Es ist jedoch unmöglich, diese komplizierten Dinge ausdiskutieren. Psychologische Faktoren spielen hier eine große Rolle. Gefahren drohen immer dann, wenn die Leute das Gefühl haben, daß der Geldwert sich verschlechtert. Solange sie glauben, daß sie für höhere Preise bei den Diensten des tertiären Sektors auch realiter mehr einhandeln, ist zu keiner Besorgnis Anlaß.

### **Friedrichs**

Ich wollte auf das allgemeine Thema zurückkommen. Eine Bindung der Löhne an die Branchenproduktivität würde zu einer Differenzierung der Löhne führen, die einfach untragbar ist. Insofern stimme ich Ihnen zu. Aber auch die Lohn-Produktivitäts-These im gesamtwirtschaftlichen Sinne ist nach meiner Meinung inzwischen überholt, jedenfalls seit dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium. Übrigens ist auch die Vorausschätzung der Produktivitätsentwicklung problematisch, wie das Blessing-Gutachten zeigte. Blessing schätzte damals 4%, aber die tatsächliche Entwicklung hat nicht unerheblich darüber gelegen. Auch die holländische Erfahrung zeigt, daß man bei Produktivitätsvorausschätzungen immer viel zu vorsichtig gewesen ist.

### **Pütz**

Orientierung am Zukünftigen ist viel zu problematisch. Wenn wir die bekannte Produktivitätsentwicklung, das heißt die der abgelaufenen Jahre, zur Grundlage machen und darauf die Löhne abstellen, dann kaufen diese Einkommen jene Konsumgüter, die eben mit der "gestrigen" Produktivitätssteigerung, wenn ich mich so ausdrücken soll, erzeugt worden sind. Von der Steigerung der Produktivität im Produktionsprozeß bis zum Auftreten des erhöhten Konsumgüterangebots auf den Märkten verstreicht eine gewisse Zeit.

### **Friedrichs**

Das würde im konkreten Fall der Bundesrepublik heute heißen, daß wir uns an der Produktivitätsentwicklung des vergangenen Jahres orientieren müssen, die ganz offensichtlich höher gewesen ist, als sie in diesem Jahr wahrscheinlich sein wird.

### **Pütz**

Es wäre falsch, in die Zukunft hinein zu prognostizieren. Man sollte mit den Einkommen kein Produkt antizipieren, das noch gar nicht auf dem Markt ist.

### **Spiegelhalter**

Wir müssen dieses Problem klären, um eine Versachlichung des Verteilungsprozesses im jeweils kommenden Jahr zu erreichen. Es handelt sich nicht nur um die Frage Lohn-Produktivität im engeren Sinn.

Herr Professor Pütz, haben Sie nicht den Standpunkt vertreten, daß alle, die Ansprüche an das Sozialprodukt erheben, diese Ansprüche koordinieren, damit die Nachfrage der kommenden Periode

nicht über das Angebot hinausgeht? Dann kann es sich doch nur um die Verteilung dessen handeln, was in der kommenden Periode verfügbar ist.

### **Pütz**

Die Größe des Sozialproduktes von morgen hängt von der Produktivität von heute weitgehend ab.

### **Bombach**

Eigentlich sind zwei Mechanismen zu diskutieren und auseinanderzuhalten.

Das ältere, in mehreren Ländern als "Patentlösung" praktizierte Verfahren ist die Anpassung der Nominallöhne an die Lebenshaltungskosten. Diese Politik ist eindeutig auf Stabilisierung des einmal erreichten Lebensstandards ausgerichtet. In Zeiten kräftig und stetig wachsender Produktivität ist sie eigentlich wenig aggressiv.

Der Produktivitätslohn hingegen hat die proportionale Beteiligung am Wachstum zum Inhalt. Expansion, nicht nur Stabilisierung, ist hier die Zielsetzung.

Geboren wurde die Idee des Produktivitätslohnes gewiß aus dem Bestreben, für die Lohnforderungen eine Obergrenze zu setzen, welche ohne Gefährdung der Preisstabilität nicht überschritten werden kann. Auch damit sollte also etwas stabilisiert werden: nicht der Lebensstandard, sondern das Preisniveau. Man glaubte, das Produktivitätsargument würde einen mäßigenden Einfluß auf die Lohnpolitik ausüben. Heute jedoch müssen wir ernstlich fragen, ob nicht gerade das Gegenteil eingetreten ist. Vielleicht hat der Gedanke des Anhängens an die Arbeitsproduktivität erst recht ein expansives Element in die Lohnpolitik hineingetragen.

Herr Friedrichs, Sie sagten, daß die Idee des Produktivitätslohnes eigentlich tot sei. Aber in den Köpfen der Menschen steckt sie doch noch drinnen. Wir wägen ja doch immer von neuem Lohnanstieg und Produktivitätsfortschritt gegeneinander ab und suchen dabei implicite nach Normen für die Lohnpolitik, die wir sonst ausdrücklich ablehnen.

### **Friedrichs**

Natürlich.

Aber der Gedanke des Produktivitätslohnes ist tot bei uns. Er wird selbst von den Arbeitgebern nicht mehr vertreten. Daß die Entwicklung der Produktivität einen gewissen Einfluß auf die Lohnpolitik, also auch auf unsere Forderungen hat, möchte ich nicht abstreiten. Das aber ist etwas ganz anderes.

### **Andreae**

Da möchte ich gern noch etwas hinzufügen:

Auch der Einkommensteuertarif wird im Grunde aus der Tiefe des Gemüts geschöpft. Wir stellen also irgendetwas hin und sagen, wir empfänden das als gerecht. Um so gerechter, wenn wir es überdies mathematisch formuliert haben. Im Grunde ist es so: 1. Stufe: Anpassung an das Preisniveau, d.h. Stabilisierung der Versorgungssituation. 2. Stufe: Anpassung an das Produktivitätsniveau. Folge: die Arbeiter z. B. bekommen den gleichen Anteil am Sozialprodukt wie bisher. 3. Stufe: Wir lösen uns von all diesen Dingen und folgen unseren eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen hinsichtlich des Anteils am Sozialprodukt. Das scheint in Herrn Friedrichs' Gedankengang zu stecken. Wenn alle Gruppen so vorgehen, bekommt jeder den Anteil am Sozialprodukt, der seiner Macht entspricht. Alle Versuche, die eine oder andere Gruppe an einen sogenannten sachlichen Maßstab anzuhängen, sind Ideologie oder ähnliches.

### **Bombach**

Auch ich gehöre zu denjenigen, die nicht viel von einer sogenannten "Versachlichung" der Lohnpolitik, durch welche Automatismen auch immer, halten. Was heißt auch die vielzitierte "Lohnpolitik unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten"? Es wird nicht gelingen, eine der großen, handelnden Gruppen davon zu überzeugen, daß die Bindung des Einkommens an einen Index sinnvoll, gerecht und richtig sei.

Es besteht kein Zweifel, daß jene Gruppe, die die Indexbindung akzeptiert, dabei hereingelegt wird. Sobald sichergestellt ist, daß mindestens einer in der Volkswirtschaft für die Preisstabilität einsteht und am Ende die Zeche bezahlt - d. h. sich mit dem Teil des Kuchens begnügt, der übrig bleibt;- , werden die anderen keinen Grund sehen, mit ihren Wünschen zurückzustecken. Wenn die

Lohnempfänger maßhalten - um den gegenwärtigen Modeterminus zu wählen;- , dann brauchen es die öffentlichen Haushalte nicht, und man braucht auch keine Politik des teuren Geldes zu betreiben, die, wie Präsident Pfeleiderer zugeben wird, immer unpopulär ist. Erst wenn von der Lohnseite her eine massive Bedrohung des stabilen Preisniveaus einsetzt, wird man handeln. Solange es keine wohlkoordinierte Wirtschaftspolitik gibt - vielleicht ist sie ohnehin Utopie, und es wird ohne Tauziehen niemals recht gehen;- , kann sich m. E. niemals eine einzelne Gruppe mit einer rein passiven Rolle zufriedengeben.

### **Linder**

Man sollte in diesem Zusammenhange einem Experiment mehr Beachtung schenken, das gegenwärtig vor unseren Augen abrollt und das, obwohl es noch nicht abgeschlossen ist, als Modellfall der "Planung in einer freien Wirtschaft" unser Interesse verdient; ich meine das englische Beispiel des National Economic Development Council. Letztlich geht es bei diesem Experiment darum, die Sozialpartner und neutrale Experten mit ihrer gegensätzlichen Interessenlage auf einer übergeordneten Ebene an einen Tisch zu bringen; die Sozialpartner haben in diesem Gremium die Möglichkeit, ihre wirtschaftspolitischen Auffassungen zu diskutieren und zu konfrontieren sowie den Versuch zu wagen, die auseinanderstrebenden Meinungen auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren. Dieses Gremium hat mithin primär die Funktion einer wirtschaftspolitischen Clearingstelle zu erfüllen und ist nicht als Element einer durchrationalisierten Planungsmechanik zu qualifizieren, die ja in einer freien Wirtschaftsordnung ohnehin nicht möglich wäre. Selbstverständlich muß eine solche Organisation auf dem Boden einer Institution stehen, die das zur Diskussion stehende Grundlagen- und Dokumentationsmaterial liefern kann. Und weiter spielt bei einer solchen Konzeption das Prinzip der Freiwilligkeit eine entscheidende Rolle, denn nur unter dieser Voraussetzung läßt sie sich mit den Ordnungselementen einer freien Wirtschaft in Übereinstimmung bringen. Nicht völlig zu negieren ist allerdings die Gefahr, daß eine auf diese Weise strukturierte "Planung" den Neigungswinkel des Interventionismus verstärken könnte.

### **Bombach**

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Linder, daß Sie den letzten Gedanken in die Debatte geworfen haben. Die Koordination der Ansprüche an das Sozialprodukt, um die unsere ganze Diskussion kreist, kann sich in sehr verschiedener Weise vollziehen. Bisher haben wir uns gescheut, ein Extrem zu nennen, nämlich das Nationalbudget, in dem manche liberale Ökonomen ein Instrument des Teufels sehen. Zwar erkenne ich nicht jene Kausalkette an, die vom Nationalbudget über die Zwangswirtschaft zur Kollektivierung und zum Untergang der freien Welt führen soll; ich habe aber auch wenig Verständnis für den Wunderglauben, welchen man diesem Instrument noch immer entgegenbringt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es der *dernier cri*, aber inzwischen sind manche Illusionen zerstört worden. Bei der Kohlenkrise riefen sogar erklärte Skeptiker nach dem Nationalbudget; wie hätte es helfen sollen, hätten wir wirklich eines gehabt? Heute wird es wieder energisch gefordert, nunmehr im Zusammenhang mit der lohnpolitischen Diskussion.

Herr Linder verwendet den Begriff des wirtschaftspolitischen Clearings, den ich persönlich sehr treffend und glücklich finde. Gemeint ist ein Prozeß des wechselseitigen Abtastens und Abklärens, der möglicherweise auch in einem großen Land funktionieren könnte. Man muß sich zusammensetzen und sich über Prioritäten einigen. Ein Nationalbudget könnte nur das Ergebnis eines solchen Koordinationsprozesses sein, aber es könnte ihn niemals ersetzen, d. h. es kann nicht am Anfang stehen. Persönlich vermag ich mir nicht vorzustellen, daß ein solches wechselseitiges Abstimmen in unserem Lande in einem festen Ziffernplan enden könnte. Eine prospektive Gesamtrechnung ist für mich immer nur eine - meiner Überzeugung nach sehr nützliche - Diskussionsgrundlage.

### **Brechling**

Vielleicht sollte ich aus meinen unmittelbaren Erfahrungen etwas zum englischen Experiment beisteuern. Selwyn Lloyd hat in Nachfolge der unfruchtbaren Arbeit der drei "wise men" den neuen National Economic Development Council gegründet. Dieser Ausschuß, der alle ein bis zwei Monate tagt, besteht aus Vertretern der Sozialpartner und der Regierung. Das Sekretariat (Office), das 30-40 Nationalökonomern, Statistiker usw. beschäftigt, bereitet sowohl wirtschaftliche Analysen als auch wirtschaftspolitische Vorschläge vor, die die Mitglieder des Council diskutieren und die dann der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Die Regierung kann, muß aber natürlich nicht, die Ratschläge des Council annehmen.

Im Office beschränken wir uns nicht auf das Inflationsproblem, denn die Aufgabe, die uns gestellt worden ist, besteht aus einer Untersuchung der Gründe für das mangelnde wirtschaftliche Wachstum.

Was die Einkommenspolitik anbetrifft, so hat sich unter den "backroom boys" im Office die Meinung gebildet, daß sich diese Probleme leichter lösen lassen in einer Wirtschaft, die schneller wächst, als das in England in den Nachkriegsjahren der Fall war. Aus diesem Grunde untersuchen wir, ob und durch welche Mittel die Arbeitsproduktivität um 4-5% pro Jahr gesteigert werden kann.

Wir sind aus folgenden Gründen zu dieser Meinung gekommen: Obwohl eine Einschränkung der Autonomie der Sozialpartner zur Lösung des Problems vielleicht beitragen könnte, halten wir eine derartige Einschränkung für politisch nicht möglich. Die zweite anti-inflationistische Maßnahme besteht aus dem Herabdrücken der effektiven Nachfrage. Leider haben unsere empirischen Studien gezeigt, daß dadurch das Wachstum der Arbeitsproduktivität und deshalb der Wirtschaft ebenfalls herabgedrückt wird. Uns bleibt also nichts anderes übrig, als mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeitsproduktivität heraufzutreiben und dadurch den Druck der Löhne auf die Güterpreise zu mindern.

### **Bombach**

Unter der Voraussetzung, daß dann nicht doch höhere Löhne gefordert werden.

### **Brechling**

Diese Voraussetzung ist natürlich notwendig. Im Rahmen der empirischen Analyse des Inflationsproblems, über die ich schon berichtet habe, stelle ich mir die Diagnose ungefähr wie folgt vor: Eine Arbeitslosigkeit von 2% verursacht Effektivlohnsteigerungen von ca. 4% pro Jahr. Unser Ziel sollte sein, sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die effektive Nachfrage um ungefähr 4% zu steigern, denn dann würden Güterpreise ebenso wie Arbeitslosigkeit konstant bleiben.

Es ist natürlich möglich, daß unsere Bemühungen, die Arbeitsproduktivität heraufzusetzen, zu weiteren Lohnsteigerungen führen. Da kommt es darauf an, welche wirtschaftspolitischen Mittel wir bei diesen Bemühungen benutzen. Ich arbeite zur Zeit im National Economic Development Office an diesem Problem, das uns sehr viel Schwierigkeiten macht.

### **Frisch**

Wir kommen nicht um die Notwendigkeit eines Mindest-Nationalbudgets herum. Wir müssen doch irgendwie wissen, was geschieht, und Sie müssen sich doch darüber klar sein, daß eine geregelte Expansion der Stabilität ohne Beschränkung der Tariffreiheit, der Autonomie der Sozialpartner, nicht erreichbar ist. Wir stoßen immer wieder auf den Widerspruch zwischen der Praxis und der Theorie, in allen Fällen.

Das französische Planungsexperiment war auf dem Lohnsektor bisher im Grunde genommen negativ. Die Sachverständigen haben zwar festgelegt, um wieviel das Sozialprodukt steigen muß, und das Ziel wurde auch erreicht, aber die Löhne sind schneller gestiegen. In Frankreich spielt im rein gewerkschaftlichen Sinne die Tariffreiheit eine untergeordnete Rolle. Die meisten Löhne werden in der Privatindustrie innerbetrieblich ausgehandelt. Es gibt zwar Rahmenverträge, aber die sind wirklich nur Rahmen. Sie betreffen viel mehr die zusätzlichen Leistungen, wie bezahlte Arbeitstage, Urlaub, bezahlte Feiertage, Arbeitsbedingungen usw.

Im öffentlichen Sektor ist der Staat Arbeitgeber, mit der Regierung identisch und kennt keine Lohnfreiheit. Dort wird versucht, die Löhne nicht über die Zunahme des Nationalproduktes pro Kopf hinausgehen zu lassen; aber auch das gelang bisher nicht. Infolgedessen haben wir eine mehr oder weniger schleichende Inflation.

### **Knapp**

Mich wundert, daß wir seit Stunden über Tarifautonomie diskutieren und uns noch nicht überlegt haben, was wir darunter verstehen wollen: die "klassische" Tarifautonomie der Einzelgewerkschaften oder eine "nationale Lohnpolitik" des zentralen Gewerkschaftsbundes. Beispielsweise sitzen in der österreichischen Paritätischen Kommission nicht etwa die Vertreter der Einzelgewerkschaften, bei denen statutengemäß die Tarifautonomie liegt, sondern ausschließlich Delegierte des Gewerkschaftsbundes, der eigentlich für die Lohnpolitik gar nicht zuständig ist. Es entsteht also ein ernstes innergewerkschaftliches Problem: Wie soll der Gewerkschaftsbund die autonomen Einzelgewerkschaften zu einer - wie immer definierten - einheitlichen Lohnpolitik anhalten? Einer der Gründe, die den österreichischen Gewerkschaftsbund zur Propagierung einer Paritätischen Kommission veranlaßt haben, war jedenfalls gerade die Hoffnung, seine eigenen Gewerkschaften, die ihm zu stark geworden waren, mit Hilfe dieser Kommission zu bremsen.



Wenn irgendein gemeinsamer Council für Lohnfragen geschaffen wird, besetzt ihn auf beiden Seiten die zentrale Instanz. Die Autonomie im bisherigen Sinn, nämlich die Autonomie der Einzelgewerkschaft, geht also auch so verloren, wenn auch nicht an den Staat, sondern an irgendeine Dachorganisation. Besonders kritisch wird dieses Problem, wenn man eine "nationale Lohnpolitik" versucht, also sich auf eine bestimmte durchschnittliche Lohnerhöhung einigt: wieweit dann nämlich die konkreten Lohnerhöhungen von diesem Durchschnitt abweichen dürfen, müßten logischerweise die Einzelgewerkschaften untereinander - und nicht mehr mit den Unternehmerverbänden - aushandeln.

### **Pütz**

Wir verstehen unter Tarifautonomie, daß nicht der Staat die Löhne bildet, sondern die Löhne aus Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern hervorgehen. Das ist schließlich kein Einwand gegen Ihre Vorstellungen, daß die Einzelgewerkschaften in einem starken Gewerkschaftsbund eine solidarische Politik machen. Das ist doch keine Einschränkung der Tarifautonomie. Die Tarifautonomie betrifft ja nur das Verhältnis von Staat und Gewerkschaft, und diese Tarifautonomie bleibt bei uns in Österreich völlig erhalten.

Wir tasten bei unseren Therapieversuchen in einer völlig neuen geschichtlichen Situation nach neuen Formen. Alles sind Versuche; ich halte sie aber für ungemein interessant und zukunftsreich. Jedes Ausweichen in Richtung Beschränkung der Tarifautonomie erscheint mir als Flucht vor dem Problem.

### **Bombach**

Die fortgeschrittene Stunde zwingt uns leider, die Diskussion an einem besonders interessanten Punkt abzubrechen. Nicht alle Gedanken, die Herr Pütz in seinem Referat vorgebracht hat, konnten ausdiskutiert werden. Andere Probleme sind erwartungsgemäß hinzugetreten.

Lassen Sie mich versuchen, ein kurzes Resümee zu ziehen. Mit dem interessanten Votum von Herrn Brechling möchte ich beginnen. Vielleicht hat man Anti-Inflationspolitik immer zu sehr als eine Beschneidung der monetären Nachfrage gesehen. Heute beginnt man sich wieder mehr auf das Angebot zu besinnen. Eine Ausweitung des Angebots leistet für die Preisstabilisierung das gleiche, und niemand wird bestreiten, daß sie viel wünschenswerter ist. Deshalb heute in England der Ruf nach mehr Wachstum und deshalb dort die Gründung eines besonderen Expertengremiums. Gerhard Colm hat sich als Berater der amerikanischen Regierung schon viel früher in gleicherweise geäußert. Nominallohnsteigerungen in bestimmtem Umfange pro Jahr werden wir immer haben, ganz ohne Rücksicht auf die jeweilige wirtschaftliche Situation. Betrachten wir sie als gegeben, so ist der Inflationsgrad offenbar um so geringer, je stärker die Produktivität steigt.

Wir haben heute abend keine Patentlösung gefunden. Wen sollte dies wundern! Perfektionistische Reformpläne sind von vornherein verdächtig, und ich begrüße es, daß in diesem Gespräch keine offeriert wurden. Immerhin sind wir uns in diesem großen und heterogenen Kreise darin einig geworden, wie der Ausweg nicht gefunden werden kann und auch nicht gesucht werden sollte.

Zunächst und vor allen Dingen ist nicht an der Tarifautonomie gerüttelt worden. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß alles nur Mögliche getan werden muß, sie zu erhalten. Zum zweiten haben alle jene Pläne keinen Anklang gefunden, die den Ausweg in einem Automatismus suchen, in einer Art "idealer Lohnformel". Der Produktivitätslohn scheint ausdiskutiert zu sein.

Herr Pütz hat sich, wie von mir schon betont, sehr dezidiert zu den Nachfragesog-Theoretikern bekannt. Von der Kostendruck-Theorie, sonst so heftig verfochten, ist heute erstaunlich wenig zu hören gewesen.

Der Argumentation von Herrn Pütz folgend, haben wir somit das Problem der Überwindung der Preislohnspirale im wesentlichen als das Problem der sinnvollen wechselseitigen Abstimmung der verschiedenen Ansprüche an das Sozialprodukt diskutiert. Das Verteilungsproblem hat immer im Hintergrund gestanden. Dies ist m. E. ein ganz konsequentes Vorgehen. Der Nachfrageüberhang schafft, so sagt uns Herr Pütz, das Inflationsklima. Also müssen Vorkehrungen getroffen werden, die expandierende Nachfrage dem zurückhinkenden Angebotswachstum anzupassen. Aber wer soll zurückstecken? Dies ist ein Verteilungsproblem, also ein politisches Problem, keiner formal-theoretischen Lösung zugänglich.

Die Nachfrage kann reduziert werden durch eine vermehrte Spartätigkeit. Maßnahmen zur Förderung der Ersparnisbildung sind in extenso diskutiert worden, beginnend mit der bloßen Anregung mit leichter Hand, bis zum Zwangssparen und Investivlohn. Alle schienen sich darin einig, daß vermehrtes

Sparen höchst wünschenswert sei; hinsichtlich der zweckmäßigsten Maßnahmen jedoch scheint eine fundamentale Meinungsverschiedenheit fortzubestehen.

Der Prozeß der wechselseitigen Abstimmung der Ansprüche an das Sozialprodukt hat uns mit Recht am meisten beschäftigt. Dieses Gespräch auf internationaler Ebene war deshalb höchst aufschlußreich, weil es uns verschiedenste Wege gezeigt hat, die in den einzelnen Ländern beschritten worden sind. Manche dieser Wege scheinen Erfolg zu versprechen, andere haben sich als Irrwege erwiesen. Herr Pütz hat uns vorgeführt, wie man sich in Österreich in freundschaftlichem Gespräch, sagen wir, "zusammengerauft" hat. Er beurteilt die Erfahrung als positiv, aber wir wissen nicht, ob wir sie so ohne weiteres auf ein großes Land übertragen können. Herr Frisch schilderte die Besonderheiten in Frankreich, Herr Brechling die zunächst negativen Erfahrungen in England und die nunmehr unternommenen neuen Versuche. Auf das holländische Beispiel wurde mehrfach Bezug genommen. In Deutschland will man heute den Versuch mit einem neutralen Gutachtergremium machen. Wir haben interessante Ausführungen über die Vereinigten Staaten gehört, und schließlich haben die schweizerischen Vertreter wesentliche Beobachtungen beisteuern können. Alles in allem scheint es uns, als könnte gerade dieser internationale Austausch von Erfahrungen sehr dazu beitragen, einen guten Schritt voranzukommen.

Zum Schluß möchte ich allen Teilnehmern für ihre aktive Mitarbeit Dank sagen. Besonders aber müssen wir unserem Gastgeber danken; die Atmosphäre dieses Hauses hat sicher dazu beigetragen, daß unser Gespräch über ein gewiß heikles Thema in so angenehmer Weise verlaufen ist.

### **Körber**

Meine Dame und meine Herren!

Darf ich Ihnen allen herzlich für diesen reichen internationalen Gesprächsabend danken. In unserer Zeit recht unterschiedlicher Konjunkturvoraussetzungen ist es notwendig, sich über die Grundlagen zu verständigen, von denen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ausgehen. Da wir uns auf die Sozialstaatlichkeit berufen und um die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft in der freien industriellen Gesellschaft besorgt sind, ist offene, sachliche Diskussion für die Meinungsbildung von entscheidender Bedeutung, denn nur so können wir im Interesse aller zu weiterführenden Prozessen kommen. Die Argumente, die heute vorgebracht wurden, haben den Boden für eine sachliche Aussprache über die bundesdeutsche Problematik der Preis- und Lohnpolitik vorbereitet.

Ich danke Ihnen allen nochmals herzlich für Ihre rege Teilnahme an der Diskussion und danke ganz besonders Herrn Professor Bombach für seine anregende und disziplinierte Gesprächsführung sowie Herrn Professor Pütz, der durch sein Referat dem heutigen Abend seine wissenschaftliche Gestalt gab.